

8812

THEK KLAGENFURT

ABWEHRKAMPF UND VOLKSABSTIMMUNG

IN

KÄRNTEN 1918—1920

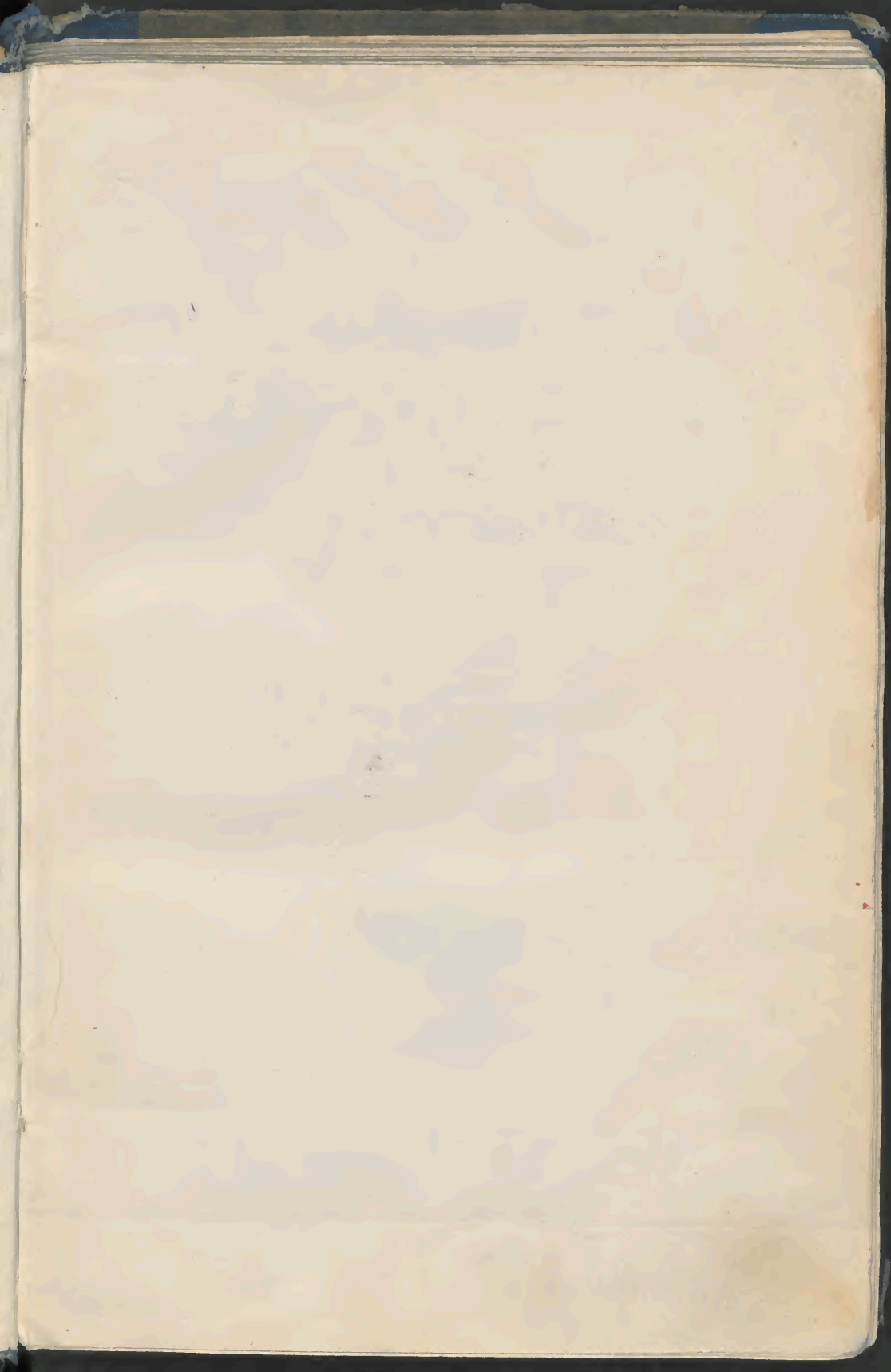
HERAUSGEGEBEN
IM AUFTRAGE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
LANDESPARTEIVERTRETUNG KÄRNTENS VON

HANS LAGGER

KLAGENFURT 1930

IM VERLAGE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN LANDESPARTEIVERTRETUNG
KÄRNTENS

DRUCK VON FERD. KLEINMAYR, KLAGENFURT



ABWEHRKAMPF UND VOLKSABSTIMMUNG

IN

KÄRNTEN 1918—1920

HERAUSGEGEBEN

IM AUFTRAGE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
LANDESPARTEIVERTRETUNG KÄRNTENS VON

HANS LAGGER

UB Klagenfurt



+L12853504

ES I 28802



KLAGENFURT 1930

IM VERLAGE DER SOZIALDEMOKRATISCHEN LANDES-
PARTEIVERTRETUNG KÄRNTENS

DRUCK VON FERD. KLEINMAYR, KLAGENFURT

I 28802

I N H A L T

Vorwort	5
Die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Abwehrkämpfe und die Volksabstimmung in Kärnten. Von Anton Falle	7
Abwehrkämpfe und Volksabstimmung. Von Florian Gröger	16
Erinnerungen an den Kärntner Abwehrkampf. Von Dr. Julius Deutsch (Wien)	25
Ferlach. Geschichtsbilder	42
Eisenkappel. Von Franz Haderlapp	69
Völkermarkt. Von Anton Buchleitner	84
Arnoldstein. Von Georg Schnabl	92
Rosenbach. Von Friedrich Ramusch	97
Das besetzte Klagenfurt. Zwei Stimmungsbilder	102
Wichtige Parteikundgebungen:	
1. Nationalrat und Volksabstimmung	106
2. Aufruf	108
3. Die sozialdemokratische Bezirksorganisation von Klagenfurt und Umgebung und die Volksabstimmung	110
4. Landtag und Volksabstimmung	111
5. Der sozialdemokratische Landesparteitag und die Volksabstimmung	113
6. Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Kärntens in letzter Stunde	114
Aus dem Kärntner Landesausschuß (Landesregierung). Von August Neutzler	117
Vom Wehrausschuß der vorläufigen Kärntner Landesversammlung	121
Von der Volkswehr	122

Berichte von Volkswehrmännern :

1. Ferdinand Wedenig, Völkermarkt	123
2. Hans Hofer, Villach	126
Heimwehren und Arbeiterbataillone	129
Wie Sozialdemokraten in den Heimwehrkompagnien kämpften. Von Jakob Truppe	135
Vom Kärntner Heimatdienst. Von Ing. Franz Pichler	138
Die Proletarierfrauen und die Volksabstimmung	153
Warum nicht auch Steiermark einen Abwehrkampf führte. Von Hans Lagger	155

V O R W O R T

1920! Der südliche Teil Kärntens von Jugoslawen besetzt! Die Demarkationslinie vor den Toren Klagenfurts! Jugoslawische Bewaffnete in der Zone „A“, deutsche Bewaffnete in der Zone „B“! Die Kriegspsychose feierte in den Hirnen vieler Menschen auf beiden Seiten der provisorischen Grenzlinie wahre Orgien; da gab es viel zu reden und zu disputieren über Siege, Niederlagen, über Tote, Verwundete, Krüppel, über Helden, Feiglinge, Spione, Flüchtlinge, über Vormärsche, Rückzüge, Stürme, über das ganze militärische Requisit des eben beendeten Kärntner Abwehrkampfes. Die Ansichten über den Wert und die Bedeutung dieses Kampfes waren schon damals verschiedener Art. Die Berufsmilitärs urteilten darüber anders als etwa die Politiker oder die Wirtschaftler, die Mitkämpfer anders als die Hinterländler, die Kärntner anders als etwa die Bewohner irgendeines anderen österreichischen Landes.

Demgemäß tragen auch alle Publikationen über den Abwehrkampf, die seit 1920 erschienen sind, den Stempel der Einseitigkeit, ja der Parteilichkeit an sich. Es ist geradezu auffallend, daß publizistisch fast nur Berufsmilitärs zu Worte gekommen sind und die Volksabstimmung und die Vorbereitungsarbeiten hiezu, welche allein endgiltig über das künftige Schicksal des südlichen Kärnten entschieden, ganz in den Hintergrund gerückt erscheinen.

1930! Die Kriegspsychose in gewissen Kreisen noch nicht abgeebbt! Ja, es sind Leute und ganze Organisationen da, die von Zeit zu Zeit im Gleichschritt aufmarschieren und sich selbst glauben zu machen versuchen, sie seien im Abwehrkampf gestanden; es gibt gewesene Militärs, die gar so gern Heldenrollen übernehmen möchten; und es gibt wieder andere Menschen, die

emsig tätig sind, durch allerlei Märchen, Fabeln und Legenden das wahre Bild der Abwehrkämpfe und der Volksabstimmung zu verfälschen und zu verzerren.]

Die Sozialdemokratische Partei, die als stärkste Partei des Landes einen großen Teil der Verantwortung für das, was 1918 bis 1920 in Kärnten geschehen ist, zu tragen hat, ist zu dem Beschlusse gekommen, anlässlich der Feier der zehnten Wiederkehr des Tages der Volksabstimmung in diesem Jahre zu einer objektiven künftigen Geschichtsschreibung insofern beizutragen, als sie selbst aus breitesten Volksschichten des Abstimmungsgebietes und darüber hinaus Beiträge zur Beurteilung der damaligen Geschehnisse einforderte. Leider kann nur ein Teil des eingelangten wertvollen Materials in der vorliegenden Broschüre veröffentlicht werden. Aufsätze, die Angriffe gegen andere Volksschichten enthalten, wurden ausgeschieden. Der Zweck des Buches liegt darin, einige der krassesten Vorurteile, Irrtümer und Legenden zu zerstören, die ausschlaggebende Tätigkeit der breiten Schichten des arbeitenden Volkes in der Abwehr- und Abstimmungszeit in das richtige Licht zu rücken, dem Wirken der vielen unbekannten Soldaten und Wähler wenigstens einigermaßen gerecht zu werden und deutschen und slowenischen Arbeitern und Bauern Kärntens die Haltung der Sozialdemokratischen Partei des Landes verständlich und begreiflich zu machen.

Wir ließen uns bei allen unseren Handlungen der damaligen Zeit stets von den großen Gedanken demokratischer, republikanischer und sozialer Freiheiten leiten und — niemand wird es bestreiten können — setzten uns immer wieder als deutliche Ziele: Versöhnung, Brüderlichkeit, Gleichheit, Solidarität aller arbeitenden Menschen unseres Landes, zu welcher Sprache, Nation oder Konfession sich diese immer bekennen wollen. In diesem Sinne mögen auch die nachfolgenden Aufsätze gewertet werden und gute Aufnahme finden.

Hans Lager.

DIE POLITISCHEN UND WIRTSCHAFT- LICHEN VORAUSSETZUNGEN DER VOLKSABSTIMMUNG IN KÄRNTEN

VON ANTON FALLE

Die Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 im südlichen Teile Kärntens brachte der jungen deutschösterreichischen Republik einen großen politischen und moralischen Erfolg. Mit großer Mehrheit entschied sich die überwiegend slowenische Bevölkerung des Abstimmungsgebietes für die deutschösterreichische Republik. Für das Land Kärnten hatte die Volksabstimmung lebenswichtige Bedeutung. Ihr Ergebnis bewahrte das Land vor der Zerstückelung und sicherte seine von der Natur gegebene geographische und wirtschaftliche Einheit.]

Die politischen Gegner der Sozialdemokraten in Kärnten nützen die Volksabstimmung von Jahr zu Jahr mehr für ihre parteipolitischen Zwecke aus. Besonders die sogenannten nationalen Parteien, die Großdeutschen, die Hakenkreuzler aller Richtungen und die Landbündler, bezeichnen sich als „Heimattreue“ und behaupten, sie hätten in erster Linie die Heimat gerettet. Sie seien heimattreu, während die Sozialdemokraten international und daher heimatlos sind. Die nationalistischen Parteien und vor allem der Heimatschutz, der sich ebenfalls als eine Vereinigung von Heimattreuen bezeichnet, bemächtigen sich alljährlich der Volksabstimmungsfeiern und beuten sie für ihre Parteizwecke aus. So werden Legenden gebildet, die das Verdienst an dem Zustandekommen der Volksabstimmung und ihrem glück-

lichen Ergebnis den deutschnationalen Parteien und einzelnen Personen zusprechen und die geschichtliche Wahrheit vergewaltigen. Es ist daher notwendig, dieser Legendenbildung die Tatsachen gegenüberzustellen.

Das südwestliche Grenzgebiet des Landes Kärnten war im Weltkrieg Kriegsschauplatz. Von der italienischen Kriegserklärung im Mai 1915 bis zur österreichisch-deutschen Offensive im Oktober 1917 bildete im allgemeinen die Grenze zwischen Kärnten und Italien die Kampffront. Ein Teil Kärntens gehörte zum engeren Kriegsgebiet, Villach war der Sitz eines Armeekommandos. In Kärnten wirkte sich das entsetzliche Grauen des Krieges noch unmittelbarer aus als in den anderen Bundesländern.

Die unmittelbaren Wirkungen des Krieges vernichteten das Ansehen und die Autorität der bürgerlichen Parteien, die an dem Krieg politisch oder moralisch mit-schuldig waren, in Kärnten noch mehr als in den anderen Bundesländern. Es ist kein Zufall, daß die Sozialdemokratie nach dem Zusammenbruche des Weltkrieges in diesem Lande relativ stärker war als in den anderen Bundesländern der Republik. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 16. Februar 1919, den ersten Wahlen nach dem Kriege, erhielt die Sozialdemokratische Partei in Kärnten

77.961

Stimmen. Auf alle bürgerlichen Parteien zusammen entfielen bei dieser Wahl 79.270 Stimmen, also nur um 1309 Stimmen mehr als auf die Sozialdemokraten. Nicht weniger als 49 Prozent aller gültigen Stimmen vereinigte die Sozialdemokratie auf ihre Kandidatenliste. Die Sozialdemokratische Partei war die weitaus stärkste, die entscheidende Partei des Landes, wie sie es zahlenmäßig noch heute ist.

Der tatsächliche Einfluß der Partei in den ersten Jahren nach dem Kriege reichte aber weit über ihre zahlenmäßige Stärke

hinaus. Als nach dem Kriegsende hunderttausende Soldaten aller Nationalitäten der alten Monarchie vom italienischen Kriegsschauplatz durch Kärnten in ihre Heimat strömten, gab es außer den Sozialdemokraten niemanden, der Einfluß auf die Massen gehabt hätte. Das wichtigste Werkzeug der bürgerlichen Herrschaft, der Militarismus, lag zertrümmert auf dem Boden, die Autorität der bürgerlichen Parteien war verbraucht. Die Sozialdemokratische Partei allein hatte die Autorität, regelnd einzugreifen, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten und das drohende Chaos zu verhindern. Sie war damals auch die einzige Partei, die in ihren geschlossenen Organisationen eine reale Macht hinter sich hatte.

Am 12. November 1918 wurde Deutschösterreich von der provisorischen Nationalversammlung zur Republik erklärt. Alle Vorrechte der Geburt und des Geschlechtes wurden aufgehoben, die vollständige politische Gleichberechtigung der Staatsbürger proklamiert. Die ganze Bevölkerung begrüßte jubelnd die Freiheit. Die aus dem Kriege heimgekehrten Soldaten, voll Empörung über die ungeheuren Erlebnisse des Krieges, fügten sich begeistert der neuen Ordnung, die sie aus der Zwangsmaschine des Militarismus loslöste und in die Freiheit setzte. Republik, Gleichberechtigung der Staatsbürger, Freiheit für alle Menschen, das war das Werk der Sozialdemokraten.

So standen die politischen Verhältnisse im Lande, als jugoslawische Streitkräfte in Kärnten eindringen. Das Land organisierte den Abwehrkampf und die kriegsmüden Menschen, die froh waren, endlich von den Schrecknissen des Krieges befreit zu sein, griffen nochmals zu den Waffen und verteidigten die Heimat, die ihnen die gleichen politischen Rechte, die republikanische Freiheit gab. Die Leute, die sich heute als Retter und Befreier des Landes aufspielen, möchten gern vergessen machen, daß ein Abwehrkampf ohne Sozialdemokraten, ohne Mitwirkung der Partei, hinter der die Hälfte der Bevölkerung Kärntens stand, die allein das Ver-

trauen der Massen besaß, unmöglich und undenkbar war.

Der Abwehrkampf hatte den Zweck, die Welt auf das dem Lande drohende Unrecht aufmerksam zu machen und die Volksabstimmung herbeizuführen. Der Kampf wurde mit Unterstützung der Staatsregierung unter der Verantwortung der provisorischen Landesversammlung von Kärnten und der Landesregierung geführt. Er konnte und durfte nicht anders geführt werden. Eine offizielle Teilnahme der Staatsregierung an den Abwehrkämpfen hätte einen Konflikt mit Jugoslawien und mit der Entente herbeigeführt. Ein solcher Konflikt hätte den Einmarsch der Ententetruppen zur Folge gehabt und den Bestand der jungen Republik in Frage gestellt. Der Kampf konnte daher nur als Abwehrkampf der einheimischen Bevölkerung gegen die fremden Eindringlinge geführt werden. Der Kampf dauerte sechs Monate und endete mit der Besetzung der Landeshauptstadt Klagenfurt durch jugoslawische Truppen. Obwohl er nicht mit einem Siege der Kärntner Truppen endete, hat der Abwehrkampf zweifellos wesentlich dazu beigetragen, daß es in Kärnten zu einer Volksabstimmung gekommen ist. Er hat seinen Zweck erreicht.

Die Teilnehmer an den Abwehrkämpfen waren zum überwiegenden Teil Sozialdemokraten. Die damals improvisierten Heimwehrkompagnien, denen auch viele Arbeiter angehörten, hatten mit dem späteren Heimatschutz nichts zu tun. Der „Heimatschutzverband Kärnten“, die Gewaltorganisation der Reaktion, ist erst im Jahre 1921, also zwei Jahre nach Beendigung der Abwehrkämpfe, gegründet worden.

Der „heimattreue“ Heimatschutz, der die „heimatlosen“ Marxisten vernichten möchte, war an den Abwehrkämpfen nicht beteiligt. Ihm fehlt jede Legitimation, bei den Abstimmungsfeiern das große Wort zu führen. General Hülgerth, der Landesbefehlshaber der Kärntner Truppen im Abwehrkampf, hat selbst am 5. Mai 1929 bei einer „Befreiungsfeier“ in Völkermarkt erklärt, daß der Hauptträger der Abwehrkämpfe die vielverlästerte rote Volkswehr war, die bekanntlich fast

restlos aus Sozialdemokraten bestand. Neben den Sozialdemokraten, die als Volkswehrmänner oder als Angehörige der Heimwehrkompagnien mitkämpften, gab es noch eigene Arbeiterbataillone (Wolfsberg, Villach, Klagenfurt), die sich ausschließlich aus sozialdemokratischen Arbeitern zusammensetzten und ebenfalls an den Kämpfen aktiv teilnahmen. Den Sozialdemokraten fiel nicht nur bei der Entscheidung der Frage, ob der Kampf geführt werden soll, die ausschlaggebende Rolle zu, sie hatten auch an den Abwehrkämpfen selbst den größten Anteil.

Bei den Friedensverhandlungen von Saint-Germain ist es der österreichischen Delegation unter Führung des Staatskanzlers Dr. Karl Renner gelungen, für Kärnten die Volksabstimmung durchzusetzen. Das Abstimmungsgebiet wurde in zwei Zonen eingeteilt. Zuerst sollte in der Zone „A“ abgestimmt werden. In der Zone „B“ sollte später und nur dann abgestimmt werden, wenn sich die Zone „A“ für Jugoslawien entschieden hat. Da sich die Zone „A“ für Deutschösterreich entschieden hatte, unterblieb die Abstimmung in der Zone „B“. Die Zone „A“ war der südliche Teil des strittigen Gebietes mit vorwiegend slowenischer Bevölkerung, die Zone „B“, zu der auch Klagenfurt gehörte, der nördliche Teil mit vorwiegend deutscher Bevölkerung. Von der Bevölkerung der Zone „A“ bekannten sich bei der Volkszählung im Jahre 1910 31·4 Prozent zur deutschen und 68·6 Prozent zur slowenischen Umgangssprache. Die Bevölkerung, die durch Abstimmung darüber entscheiden sollte, ob das Gebiet der Zone „A“ zu Österreich oder zu Jugoslawien kommen soll, bestand also zu mehr als zwei Dritteln aus Slowenen.

* * *

Das Land Kärnten bildet wirtschaftlich und geographisch ein natürliches, geschlossenes Ganzes. Das Land ist durchwegs von mächtigen Gebirgszügen umgeben. Es liegt langgestreckt

zwischen den Hohen Tauern im Norden und der Karawankenwand im Süden. Die Täler, Flüsse, Eisenbahnen und Straßen führen in das Klagenfurter und Villacher Becken. Jedes Tal, selbst das der Lavant, jede Gemeinde, jedes Dorf ist aus geographischen Gründen auf die Konsum- und Handelszentren Klagenfurt, Villach, St. Veit an der Glan oder Spittal an der Drau angewiesen. Die Bevölkerung des industriearmen Landes setzt sich zum überwiegenden Teil aus Bauern und Kleinbürgern zusammen. Die Bauern bringen ihre überschüssigen Produkte: Getreide, Vieh, Geflügel, Gemüse, Milch usw. auf den Klagenfurter und Villacher Markt und kaufen dort landwirtschaftliche Geräte und Textilwaren ein. Klagenfurt und Villach nehmen die Mittelschüler, die Kranken, die Siechen, die Irren, die Erzeugnisse des Landes auf und decken den Bedarf seiner Bevölkerung. Klagenfurt und Villach sind, wirtschaftlich betrachtet, das Herz des Landes, das Blut aufnimmt und es wieder abgibt.

Nun sollte das Land knapp südlich von Klagenfurt und südöstlich von Villach durch eine Reichsgrenze getrennt werden. Die Grenze der Volksabstimmungszone „A“ verlief südlich von Villach die alte Karawankengrenze, erreichte wenige Kilometer östlich von Villach die Drau, durchschnitt den Wörthersee der Länge nach, führte knapp südlich von Klagenfurt vorbei und wendete sich dann nach Nordosten. Die Bauern des ganzen Rosentales, des südlichen und südöstlichen Teiles des Klagenfurter Beckens und des ganzen Bezirkes Völkermarkt sollten von ihrem natürlichen Absatzmarkte getrennt und dem Lande jenseits der Karawanken angeschlossen werden. Die Arbeiter und Kleinhäusler, die südlich und südöstlich von Klagenfurt und Villach wohnen und als Bauarbeiter, als industrielle und gewerbliche Arbeiter in diesen beiden Städten beschäftigt sind, sollten von ihren Arbeitsstätten durch eine Reichsgrenze getrennt werden. Die Reichsgrenze knapp südlich an Klagenfurt und Villach vorbei hätte in wirtschaftlicher Beziehung eine Mauer mitten entlang einer verkehrsreichen Straße bedeutet. Die wirtschaftlichen Lebens-

interessen der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes entschieden für die Zugehörigkeit des Gebietes zu Kärnten.

Die soziale Gliederung der Bevölkerung im Abstimmungsgebiet (Zone „A“) entspricht im allgemeinen der sozialen Gliederung im übrigen Teil des Landes. Die überwiegende Mehrheit bilden Bauern, Kleinhäusler und Arbeiter, die fast ausnahmslos Slowenen sind. Die Lehrer, die öffentlichen Beamten, die Forstbeamten, die Ärzte und Eisenbahnbeamten sind zumeist Deutsche und ihrer Mehrheit nach Anhänger der Deutschnationalen (Großdeutsche und Nationalsozialisten). Diese dünne Schicht, die deutschnationale Intelligenz, verbindet ihr Dienstverhältnis, das ihr die Lebensstellung und die Pension verbürgt, mit dem Staat und mit dem Lande.

Die wirtschaftlich stärkste Schicht sind die größeren Kaufleute in den verkehrsreicheren Hauptorten, die größeren Grund- und Wirtschaftsbesitzer, die Vieh- und Holzhändler, Sägewerksbesitzer usw. Diese Leute sind zum größeren Teil Slowenen, bezeichnen sich aber als Deutsche. Das sind die sogenannten „windischen Deutschnationalen“, die Führer des Landbundes. Ihr Anhang, der zumeist von ihnen wirtschaftlich abhängig ist, bildet die Gefolgschaft des Landbundes. Diese wirtschaftlich führende Schicht verbinden starke geschäftliche Interessen mit Klagenfurt und Villach.

Die Bauern sind fast ausnahmslos Slowenen. Von den Slowenen in Krain (Jugoslawien) durch den gewaltigen Gebirgszug der Karawanken getrennt, sind sie wirtschaftlich an ihren Absatzmärkten Klagenfurt und Villach interessiert. In den Dörfern steht aber den slowenischen Bauern die wirtschaftlich stärkere Schicht der Landbundführer (Geschäftsleute, Vieh- und Holzhändler usw.), die in der Regel auch die Dorfmächtigen stellt, als politischer Gegner gegenüber. Die staatliche und die Landesverwaltung dokumentiert sich den slowenischen Bauern in der Person des deutschnationalen Beamten, des deutschnationalen Lehrers. Das verletzt das Selbstbewußtsein

der slowenischen Bauern und treibt sie in die Gefolgschaft der ganz dünnen Schicht der slowenischen Intelligenz, der slowenischen Geistlichkeit, die die jugoslawisch orientierte Partei der Kärntner Slowenen führt und geistig beherrscht.

Die slowenischen Kleinbauern, Kleinhäusler und Arbeiter bilden wieder eine andere Interessengruppe. Die Arbeiter und Kleinhäusler sind Oberbauarbeiter bei der Bahn, Holzknechte in den herrschaftlichen Forsten, Säge- und Bretterarbeiter. Viele arbeiten als Bauarbeiter, als industrielle und gewerbliche Arbeiter in Klagenfurt und Villach, Ferlach, Feistritz im Rosentale, Eisenkappel und Völkermarkt. Alle diese proletarischen Schichten haben das stärkste Interesse an dem Kampf, den die österreichische Arbeiterklasse um die Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse, um Schutz für die Gesundheit und das Leben der Arbeiter, um höhere Löhne führt. Sie gehören zur Interessen- und Kulturgemeinschaft der österreichischen Sozialdemokratie und sind treue Anhänger der Republik.

Diese soziale Gliederung der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes findet ihren Niederschlag in den Ergebnissen der politischen Wahlen. Bei den Wahlen in den Nationalrat und in den Kärntner Landtag am 19. Juni 1921, den ersten Wahlen nach der Volksabstimmung, erhielten in den 51 Gemeinden, die zum Volksabstimmungsgebiete (Zone „A“) gehören, von den deutschen Parteien Wählerstimmen: Sozialdemokraten 11.847, Landbund 5143, Großdeutsche 1769, Christlichsoziale 494. Die Partei der Kärntner Slowenen, die bei der Volksabstimmung für Jugoslawien eingetreten ist, erhielt bei dieser Wahl in den 51 Gemeinden des Volksabstimmungsgebietes 9075 Stimmen. Die späteren Wahlen haben an diesem Kräfteverhältnis der politischen Parteien keine wesentlichen Änderungen herbeigeführt. Die Sozialdemokratie ist auch heute in diesem Gebiet die stärkste Partei.

Bei der Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 wurden bei einer Wahlbeteiligung von 95 Prozent (bei politischen Wahlen erreicht die Wahlbeteiligung in diesem Gebiete selten 80 Prozent) für Deutschösterreich 22.025 oder 59·04 Prozent, für Jugoslawien 15.279 oder 40·96 Prozent der gültigen Stimmen abgegeben. Mehr als die Hälfte der für Deutschösterreich abgegebenen Stimmen waren, wie das oben angeführte Kräfteverhältnis der Parteien beweist, sozialdemokratische Stimmen. Der Sozialdemokratie kam bei der Volksabstimmung ebenso wie bei den Abwehrkämpfen die entscheidende Bedeutung zu.

ABWEHRKÄMPFE UND VOLKS- ABSTIMMUNG

VON FLORIAN GRÖGER

(aus der Selbstbiographie „Von unten auf“).

Das Erwachen der Nationen und ihre Loslösung von der alten österreichisch-ungarischen Monarchie brachte Kärnten in die große Gefahr der Zerreißung des Landes, auf die die klerikalen Slowenenführer Dr. Brejc, Müller und Smodej mit aller Kraft hinarbeiteten. Am 26. Oktober 1918 trat an Stelle des alten Landesausschusses ein Vollzugsauschuß, in welchem die Sozialdemokratische Partei durch mich und Julius Lukas vertreten war. Die brennendste Frage der nächsten Tage war der Rücktransport der Armee aus Italien nach Ungarn und Böhmen. Das war eine harte Aufgabe, denn mit den durchziehenden Truppen war nicht zu spaßen. Es mußte für ausreichende Verpflegung vorgesorgt werden. An manchen Tagen zogen über 70.000 Mann durch Kärnten in ihre Heimat. In den ersten Novembertagen liefen Tausende herrenloser Pferde auf den Feldern und in den Straßen der Städte herum. Viele gingen wegen Futtermangels zugrunde, die anderen wurden bei Bauern untergebracht.

Mittlerweile hatte sich der slowenische Nationalrat für Kärnten gebildet, an dessen Spitze der Geistliche Franz Smodej, dann Dr. Brejc und Dr. Müller standen. Dieser Nationalrat verlangte die Angliederung Kärntens an das neugegründete süd-slawische Reich Jugoslawien, kurz SHS (Serbien, Kroatien und Slowenien) genannt. Zumindest sollte aber jener Teil Kärntens zu Jugoslawien kommen, welcher gemischtsprachig war. Die bürgerlichen Mitglieder des deutschen Vollzugsausschusses verhandelten wiederholt mit den Leitern des slowenischen Nationalrates, jedoch ohne Erfolg. Schließlich wurden ich und Lukas beauftragt, mit

den Slowenen neuerliche Verhandlungen zu führen. Dr. Müller und Smodej stellten folgende Bedingungen:

„Der slowenische Nationalrat Kärntens bedauert vor allem, daß sich der Vollzugsausschuß nicht vorher mit ihm in Verbindung gesetzt hat, um die strittigen Fragen im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen. Er protestiert dagegen, daß die deutschen Beamten und Gendarmen die slowenische Bevölkerung terrorisieren und in deutschnationalem Sinne beeinflussen.

Der slowenische Nationalrat für Kärnten stellt als Verhandlungsbasis mit dem deutschen Vollzugsausschuß folgende, bis zur endgiltigen Regelung der Landesgrenzen durch den Friedenskongreß oder die Volksabstimmung geltende Vereinbarungen auf, die als ein Provisorium und keinesfalls als Präjudiz zu gelten haben:

Um eine geregelte Aufrechterhaltung des Verkehres, der Ruhe und Ordnung, des Ernährungswesens und der Bildung von Bürgergarden durchzuführen, sollen dem slowenischen Nationalrat für Kärnten alle slowenischen Gebiete nach der lebenden nationalen Grenze unterstellt werden.

Die Verkehrsfreiheit soll gesichert, die Ernährung gewährleistet und für die Bildung von Bürgergarden Waffen beigestellt werden. Die Instruktoren zur Organisierung der Bürgerwehren entnehmen die Slowenen in ihrem Gebiete ihren eigenen Reihen. Die deutschen Bewohner der slowenischen Gebiete sind zur Mitwirkung berechtigt. In administrativer Hinsicht soll bis zur Neuregelung der staatlichen Abgrenzung die bisherige Verwaltung bestehen bleiben, so daß an der Besetzung der Ämter und Gemeindevertretungen nichts geändert wird. Nur für Ferlach soll insofern eine Änderung eintreten, als die Aufnahme von zwei Slowenen, unter ihnen Herr Poschinger, in den Gemeinderat verlangt und als Bedingung gestellt wird. Der slowenische Nationalrat für Kärnten erklärt, Herrn Poschinger zur Vor-

nahme seiner Amtshandlung in Ferlach und Umgebung nicht bevollmächtigt zu haben. Die Anordnungen des Herrn Poschinger geschahen ohne Wissen des slowenischen Nationalrates.

Als-provisorische Grenze des slowenischen Gebietes wird verlangt:

Unterdrauburg—Leifling—Schwabegg—Ruden—Griffen, die Gebirgskette hinter Griffen—St. Ulrich—Brückl (Bürgermeister Scheriau erklärte beim Kaiser, er sei der Vertreter der Slowenen in Kärnten), die Gebirgskette westlich von St. Filippen, Ottmanach, mehrere Ortschaften der Gemeinde Maria-Saal, St. Georgen, St. Jakob a. d. Str., Ebental, Viktring, Maiernigg, Pirk, St. Martin a. T., Wernberg, Maria-Gail, Fürnitz, Gailtal, Dobratsch, die Gebirgskette bis Hermagor. Dieses Gebiet gilt für die Vereinbarung als unbestritten. Strittiges Gebiet sind Klagenfurt und Villach, wo während des Provisoriums die Mitarbeit bei der Verwaltung gewünscht wird. Diese Grenze darf aber nicht als Grenze des jugoslawischen Staates betrachtet werden, weil über dieselbe erst später entschieden wird. Sie gilt jetzt lediglich als Grenze für die Aufrechterhaltung des Verkehres, der Sicherheit und des Ernährungswesens. Der slowenische Nationalrat protestiert gegen die Vereidigung aller Angestellten und Beamten durch den Vollzugsausschuß ohne Rücksicht auf die Nationalität und erklärt, sich diesem Diktat nicht zu fügen. Der slowenische Nationalrat ist sofort bereit, die slowenischen Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung einzuberufen; er verwahrt sich aber dagegen, daß der deutsche Vollzugsausschuß slowenische Soldaten einberuft, wozu er kein Recht hat, weil dies Sache der slowenischen Regierung ist. Er verlangt jedoch, daß die Beamten angewiesen werden, die Aufträge des Herrn Smodej als Kommissärs der slowenischen Regierung durchzuführen. Die Benützung der slowenischen Sprache bei Telegrammen und Telephongesprächen darf kein Hindernis bilden.

Wegen des Abzeichens für die Bürgergarde im slowenischen Gebiet werden die Farben Rot-Blau vorgeschlagen, um nationale Agitation auszuschalten.

Was die Aussteckung der slowenischen Fahne bei Trabelsinger in Klagenfurt anbelangt, so sind die Slowenen bereit, die Fahne nicht mehr zu hissen, wenn dieselbe zurückgestellt wird. Bindende Versprechungen können sie jedoch nicht geben.

Rasche Verständigung über die Vorschläge ist nötig.

Der Nationalrat ist bereit, mit deutschnationalen Mitgliedern des Vollzugsausschusses in Gegenwart der sozialdemokratischen Vertreter zu verhandeln.

Ablehnung des Vorschlages ist Bruch mit dem Frieden — Verantwortung lehnen sie ab. Zusammenbruch unausbleiblich — Slowenen fürchten nichts — nicht Gewalt — nicht Kerker — nicht Galgen.“

Diese Forderungen des slowenischen Nationalrates konnten nicht erfüllt werden und so zerschlugen sich die Verhandlungen. Die Folge waren die militärische Besetzung eines großen Teiles von Kärnten und dessen Verwaltung durch die Jugoslawen. Dagegen setzte sich die übrige Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Partei zur Wehr, wodurch es zu den bekannten Abwehrkämpfen kam, die viel Opfer forderten, schließlich aber doch die Aufmerksamkeit der Entente auf sich lenkten und zur Festsetzung einer Volksabstimmung im strittigen Gebiet Kärntens durch den Friedensvertrag von Saint-Germain führten.

* * *

Am 11. November 1918 trat die provisorische Landesversammlung zusammen, die nach dem Ergebnis der Reichsratswahlen vom Jahre 1911 zusammengesetzt war. Sie bestand aus 58 Abgeordneten, von denen auf die Deutschnationalen 27, auf die Sozialdemokraten 18, auf die Christlichsozialen 11 und auf die neugebildete Volkswehr 2 Vertreter entfielen. Als erste weibliche Abgeordnete erschien im Kärntner Landtag meine Frau

Anna Gröger. In das Präsidium des Landtages wurden gewählt Dr. Richard Strobl, Julius Lukas und Michael Paulitsch. Für die Sozialdemokratische Partei gab ich eine programmatische Erklärung ab. In die Landesregierung wurden gewählt: als Landeshauptmänner Dr. Artur Lemisch, Florian Gröger, Doktor Gustav Frank; als Mitglieder der Landesregierung August Neutzler, Dr. Angerer, Alois Hönlinger, Franz Kirschner, Vinzenz Schumy, Johann Schatzmayr und Silvester Leer. Während der Sitzung traf die Nachricht vom Ableben unseres Dr. Viktor Adler ein, die im ganzen Hause tiefe Trauer auslöste. Der Vorsitzende Michael Paulitsch hielt dem Verstorbenen einen warmen Nachruf.

Neben der Landesregierung beschäftigte sich nunmehr auch der neue Landtag in eingehender Weise mit den Forderungen des slowenischen Nationalrates, mit der jugoslawischen Besetzung Kärntens und dem dagegen zu führenden Abwehrkampf.

Daß wir Sozialdemokraten dabei oft in die schwierigste Situation gerieten, beweist ein Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, welcher der provisorischen Landesversammlung unterbreitet wurde. Aus historischen Gründen sei er hier festgehalten:

„Erklärung der sozialdemokratischen Abgeordneten
Kärntens im Kärntner Landtag am 3. Dezember 1918:

Die Sozialdemokraten sind seit jeher gegen jede nationale Unterdrückung und Verfolgung aufgetreten. Wir erklären auch heute unsere brüderliche Solidarität mit den Völkern aller Nationen, weil wir darin die einzige Gewähr für den Weltfrieden und die Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus erblicken.

Den Einmarsch der jugoslawischen Truppen in Kärnten und die Besetzung deutscher Gebiete vor Festsetzung der Reichsgrenzen erachten wir jedoch als Gewaltakt, den wir im Interesse der Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen

können, weil dadurch die Ruhe und Ordnung gestört und die geordnete Verpflegung der Bevölkerung, insbesondere der Arbeiterschaft, gefährdet werden. Unsere Abwehrstellung gegenüber dem Eindringen südslawischer Truppen in die deutschen Gebiete entspricht daher nur dem Zwange der Not und zum Schutze des deutschen Volkes unseres Landes. Wir haben stets für das Selbstbestimmungsrecht der Völker gekämpft, verlangen dasselbe Recht aber auch für die deutsche Nation. Das Eindringen südslawischer Truppen in die deutschen Gebiete Kärntens ist eine Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes und ein Vorgehen gegenüber dem Beschluß der Friedenskonferenz.

Unter Vorbehalt folgender Punkte sind wir bereit, für den Antrag Dr. Dörflinger zu stimmen (Abwehrkampf):

1. müssen genügend verlässliche Truppen und Munition vorhanden sein;
2. muß sich auch das Bürgertum der Abwehr zur Verfügung stellen;
3. dürfen die zur Abwehr verwendeten Truppen nicht zwangsweise ausgehoben werden;
4. gilt unsere Stellungnahme nur bis zum Abschlusse der Laibacher Verhandlungen.

* * *

Das gewaltsame Vorgehen der Jugoslawen und die dagegen ergriffenen Maßnahmen führten in Kärnten zum Kriege nach dem Kriege. Monatelang wurde gekämpft und Siege wechselten mit Niederlagen. Während dieser Kämpfe wurde auch die Stadt Klagenfurt von den Jugoslawen besetzt und sie befand sich zwei Monate lang — vom 6. Juni bis 30. Juli 1919 — im Besitze der Jugoslawen. Die Landesregierung und der Landtag wurden nach Spittal a. d. Drau, später nach St. Veit verlegt; die Redaktion des „Arbeiterwille“ mußte sich nach Villach zurückziehen. In Klagenfurt sah es aus wie in einer belagerten Festung. Es gab keinen Eisenbahn-, keinen Post-, keinen Telegraphen- und Tele-

phonverkehr. Auswärtige Zeitungen wurden nicht hereingelassen, zur Überschreitung der Stadtgrenze oder gar der Demarkationslinie war eine Bewilligung des jugoslawischen Militärkommandos notwendig. Letztere wurde nur selten erteilt. Die Agitations- und Organisationsarbeit war dadurch lahmgelegt. Da weder der „Arbeiterwille“ noch die „Arbeiter-Zeitung“ nach Klagenfurt kamen, gab ich die „Sozialdemokratischen Mitteilungen“ heraus, welche wöchentlich zweimal erschienen und eine Gesamtauflage von rund 30.000 Exemplaren erreichten. Dadurch wurde der Arbeiterschaft einigermaßen Ersatz geboten für den Verlust der Organisationstätigkeit und das Fehlen anderweitiger sozialdemokratischer Zeitungen. Die „Mitteilungen“ kämpften wacker gegen alles Unrecht, welches der Bevölkerung durch die jugoslawische Besetzung zugefügt wurde, und sie fanden dadurch überall viel Beachtung. Die Arbeiterschaft schöpfte den nötigen Mut zum Ausharren bis zum Tage der Befreiung. Das jugoslawische Militärkommando konfiszierte mehrere Nummern und stellte sogar einmal die „Mitteilungen“ ganz ein. Ich protestierte persönlich beim serbischen Militärkommandanten Obersten Milenković gegen diese Behandlung und kündigte sofort die Herausgabe eines neuen Blattes unter dem Titel „Volkswille“ an, wovon auch eine Nummer erschien, allerdings nur in zehn Exemplaren, weil Oberst Milenković die Einstellung der „Mitteilungen“ daraufhin gleich aufhob.

Eine häßliche Erscheinung darf nicht unerwähnt bleiben. Viele Kaufleute und Geschäftsleute, die sonst nicht genug „Heil!“ schreien konnten und sich immer als die Stützen des deutschen Nationalismus ausgaben, fielen aus gemeinen egoistischen Geschäftsinteressen während der Besetzung um und warfen sich den Jugoslawen in die Arme. Manche sind dabei reich geworden, aber an Achtung haben sie nicht gewonnen.

Endlich sprach die Friedenskonferenz in Saint-Germain ihr Machtwort und zerriß Kärnten in drei Teile: das Mießtal mit seinen Bergwerken in Liescha, Schwarzenbach und Mieß, mit seinen Eisenwerken in Prävali, Gutenstein und Streiteben, mit seinem Eisenbahnknotenpunkt Unterdrauburg fiel an Jugo-

slawien; das Kanaltal mit Tarvis und Raibl wurde Italien zugesprochen. Dadurch verlor Kärnten 10.661 Slowenen und 3136 Deutsche an Jugoslawien und 5622 Deutsche und 1541 Slowenen an Italien nebst wichtigen Bodenschätzen und Eisenbahnknotenpunkten. Für das übrige gemischtsprachige Gebiet forderte der Friedensvertrag von Saint-Germain eine Volksabstimmung, durch welche die Bevölkerung selbst die Entscheidung über ihre Staatszugehörigkeit zu treffen hatte. Als Abstimmungsgebiet galt das sogenannte Klagenfurter Becken, welches in zwei Abstimmungszonen geteilt wurde. Die Zone „A“ war das eigentliche strittige Gebiet, weil dort die meisten Slowenen wohnten. Dort wurde zuerst abgestimmt, und zwar am 10. Oktober 1920. Die Mehrheit der Bevölkerung entschied sich für die demokratische Republik Österreich. Es stimmten für Österreich 22.025 (= 59,04 Prozent), für Jugoslawien 15.279 (= 40,96 Prozent) der stimmberechtigten Personen. Zu dem günstigen Abstimmungsergebnis haben die Sozialdemokraten viel beigetragen. All die mühevollen Arbeit, die da geleistet wurde, zu schildern, ist unmöglich. Für uns bedeutet das Abstimmungsergebnis einen Sieg der Demokratie und der sozialdemokratischen Errungenschaften über die reaktionäre Militärherrschaft des Staates SHS. Ich habe das in vielen Artikeln in der „Arbeiter-Zeitung“ und im „Arbeiterwille“ dargelegt.

Die ersten Wahlen für den Nationalrat in der neuen Republik Österreich fanden am 16. Februar 1919 statt. Mitten in den Abwehrkämpfen mußten wir in Kärnten diese Wahlen durchführen. Obwohl die besetzten Gebiete nicht wählen konnten, erhielten wir 77.961 Stimmen und waren somit die weitaus stärkste Partei im Lande. Die bürgerlichen Parteien erhielten zusammen 79.270 Stimmen, also nur um 1309 Stimmen mehr als die Sozialdemokraten allein. Gewählt wurden von den Sozialdemokraten: Gröger, Gabriel, Tusch und Hubmann, wobei wir noch 15.000 Reststimmen hatten.

In der Landesverwaltung hätten wir damals nahezu die Mehrheit gehabt; da wir aber die Landtagswahlen wegen der Ab-

wehrkämpfe nicht zugleich mit den Nationalratswahlen vornehmen konnten, weil dadurch die besetzten Gebiete im Landtag nicht vertreten gewesen wären, was bei den Nationalratswahlen nicht so sehr in Betracht kam, behielten die Bürgerlichen die Mehrheit im Landtag und in der Landesverwaltung noch weiter. Landeshauptmann war Dr. Artur Lemisch, welcher während der Zeit der Abwehrkämpfe und der Volksabstimmung mit der größten Energie die Interessen des Landes vertrat. Obwohl Dr. Lemisch unser politischer Gegner ist, muß sein Verdienst um die Führung des Landes in der schwersten Zeit lobend anerkannt werden.

ERINNERUNGEN AN DEN KÄRNTNER ABWEHRKAMPF

VON DR. JULIUS DEUTSCH (WIEN)

Wie jedem außerordentlichen Ereignis folgte auch dem Kärntner Abwehrkampf die Bildung eines reichen Legendenkranzes. Es wird oft schwer, aus dem üppigen Rankenwerke der Legende den wahren Kern der Geschehnisse herauszuschälen. Und doch ist es notwendig, daß dies beizeiten geschieht, denn sonst treten Geschichten an die Stelle der Geschichte.

Die Zehn-Jahr-Feier des Kärntner Abwehrkampfes bietet die Gelegenheit, rückschauend festzuhalten, was damals wirklich vor sich ging. Natürlich kann dies von meiner Seite aus nur so weit geschehen, als ich persönlich an den Ereignissen beteiligt war. Nur von meinen unmittelbaren Wahrnehmungen soll in dieser Skizze die Rede sein.

Als nach dem Umsturz jugoslawische Truppen in Südsteiermark und Kärnten einfielen, war es die erste Aufgabe, vor allem festzustellen, ob man es mit regulären Abteilungen der jugoslawischen Armee zu tun habe oder mit mehr oder minder abenteuernden Banden, die auf eigene Faust handelten. Oberstleutnant Hülgerth, der Landesbefehlshaber Kärntens, versuchte Klarheit zu schaffen, indem er am 14. Dezember 1918 eine in Grafenstein lagernde friedliche Abteilung mit etwa 140 Mann deutschösterreichischer Soldaten überfiel, um „einmal nachzusehen, was es mit diesen Ententetruppen für eine Bewandnis habe“. Das Ergebnis dieser Aktion schildert Hülgerth selbst in der Beilage zum Befehl Präs. 4464/A. R. von 1919. Es heißt dort:

„Der Überfall gelang glänzend, und nun stellte sich heraus, daß diese sogenannten Ententetruppen nichts weiter waren, als durchgegangene serbische Kriegs-

gefangene und in serbischer Uniform steckende Untersteirer vom I.-R. 87. Auftrag hatten sie weder von der Entente noch von Belgrad. Alte Weiber in Männerhosen jammerten und fürchteten die Strafe der Entente; diese Strafe hatte jedoch nur der Lbh. zu tragen und nicht sie. Als die Strafe der Entente ausblieb, ward es nun klar, daß die Entente nicht hinter den Slowenen stehe und auch wahrscheinlich gar nichts von dem slowenischen Abenteuer einiger Advokaten und des sogenannten Generals Majster wisse.“

Die Regierung Deutschösterreichs war der selbstverständlichen Meinung, daß man sich einbrechenden Banden gegenüber mit allem Nachdruck verteidigen müsse. Dagegen warnte sie die Kärntner Bevölkerung, eventuell im Lande operierende Ententetruppen anzugreifen, weil dies zu einem Konflikt mit den Siegern im Weltkrieg hätte führen müssen, dem das kleine, schwache Deutschösterreich nicht gewachsen sein konnte. Die gleiche Haltung nahm auch der Kärntner Landtag ein.

Am 5. Dezember 1919 faßte der Kärntner Landtag einstimmig den entscheidenden Beschluß:

„Ententetruppen sind ungehindert passieren zu lassen, südslawischen Truppen ist Widerstand zu leisten.“

Gegenüber den später mit Vorbedacht verbreiteten Märchen gewisser Heimatschützer, die für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, das Kärntnerland allein verteidigt zu haben, ist es wohl am Platze, die Tatsachen wieder einmal an unserem geistigen Auge vorbeiziehen zu lassen. Übrigens hat der Landesbefehlshaber Hülgerth den späteren Märchenerzählern vorweg den Wind aus den Segeln genommen, indem er im November 1919 in der Beilage zu dem oben zitierten Befehl verlautbaren ließ:

„Der Kärntner Freiheitskampf war kein Privatkrieg einzelner, sondern alle Parteien

des Landes waren vollkommen einverstanden. Und der Kampf wurde erst begonnen, als der Landtag einstimmig den Beschluß hiezu gefaßt hatte.“

Zur Vertreibung der eingebrochenen Banden stellte die deutschösterreichische Regierung ohne Zögern Waffen und Munition zur Verfügung. Von einer Unterstützung mit Mannschaften konnte vorerst abgesehen werden, weil die serbischen und slowenischen Banden zahlenmäßig keineswegs so stark waren, daß die in Kärnten befindlichen Streitkräfte nicht ausgereicht hätten, die Eindringlinge erfolgreich abzuwehren. Schließlich einigten sich die militärischen Führer beider Kampfgruppen auf eine vorläufige Demarkationslinie. Das war begreiflich nicht allein dem Lande Kärnten, sondern auch der Regierung Deutschösterreichs eine sehr erwünschte vorläufige Regelung, denn sie vermied weiteres Blutvergießen. Daß nach dem grauenvollen Unglück, das der Weltkrieg über die Völker Österreichs gebracht hatte, jede Regierung verantwortungsbewußter Männer danach trachten mußte, neuen kriegерischen Zusammenstößen entgegenzuwirken, war eine Selbstverständlichkeit. Im Falle Kärntens war ein solches Verhalten um so notwendiger, als von allem Anfange an kein ernster Mensch daran zweifeln konnte, daß die letzte und endgiltige Entscheidung nur durch die Friedenskonferenz zu erwarten war.

In dieser Auffassung waren — wie gesagt — die Mitglieder der Wiener Regierung mit denen des Kärntner Landtages durchaus einig.

Die Formationen Kärntens lagen nun denen Jugoslawiens mehrere Monate lang gegenüber, ohne daß es zu größeren Zusammenstößen gekommen wäre. Im großen und ganzen wurde von beiden Seiten die vereinbarte Demarkationslinie respektiert. Das blieb so bis Ende April 1919. In den letzten Apriltagen kam es zu dem folgenschweren Ereignisse des Überfalles der Jugoslawen auf Klagenfurt. Als mir am 29. April der Oberstleutnant Hülgerth telegraphisch meldete, daß jugoslawische Abteilun-

gen die getroffenen Vereinbarungen gebrochen hätten und von Völkermarkt gegen Klagenfurt marschierten, gab ich den Befehl, mit sämtlichen Volkswehrformationen Kärntens bewaffneten Widerstand zu leisten.

Noch war es nicht klar, ob der Angriff der jugoslawischen Truppen eine Aktion der Unterführer darstellte, die sich ja schon wiederholt Eigenmächtigkeiten ähnlicher Art geleistet hatten, oder ob der Vorstoß von der jugoslawischen Armee auf Befehl ihrer Regierung unternommen worden war. Es war eher das erstere anzunehmen. Aber sollte es wie immer sein, es schien mir selbstverständlich, daß wir berechtigt waren, uns gegen Angriffe, kämen sie von welcher Seite immer, zur Wehr zu setzen. Deshalb hielt ich es für eine Pflicht der deutschösterreichischen Regierung, die spontane Abwehraktion der Kärntner mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Als verantwortlicher Leiter des Staatsamtes für Heerwesen bemühte ich mich, nicht allein die Schlagkraft der Kärntner Formationen zu stärken, sondern versuchte, ihnen auch von Wien aus eine unmittelbare Hilfe zukommen zu lassen.

Fürs erste beantragte ich im Kabinettsrate, der Kärntner Landesregierung die Vollmacht zu geben, nicht bloß die von ihr geforderte Einberufung von vier Jahrgängen durchzuführen, sondern diese Maßnahme auf sechzehn Jahrgänge auszuweiten. Der Kabinettsrat stimmte diesem Antrag zu. Es erfolgte daraufhin auch tatsächlich die Einberufung von sechzehn Jahrgängen der Kärntner wehrhaften Bevölkerung. Leider wurde der Einberufungsverordnung in Kärnten nicht mit der erwarteten Vollzähligkeit Folge geleistet. Ein gewiß unverdächtig Zeuge, nämlich Dr. Martin Wutte, bemerkt über dieses so wenig erfreuliche Ergebnis in seinem Buche „Kärntens Freiheitskampf“ (Verlag Ferd. Kleinmayr, Klagenfurt 1922) auf Seite 109:

„Militärischerseits wurden alle Vorbereitungen getroffen, um den bevorstehenden Angriff bis zur Entscheidung der Friedenskonferenz aufzuhalten. Alle Heimwehr-

formationen wurden zur Dienstleistung einberufen und Aufrufe zur Bildung von Freiwilligenformationen an die Bevölkerung erlassen. Sie hatten leider nicht den gewünschten Erfolg. Ebenso brachte die neuerliche Einberufung mehrerer Jahrgänge Wehrpflichtiger kein Resultat, wenn auch vom Staatsamte für Heerwesen die nötigen Ausrüstungsgegenstände und die Bewaffnung beigelegt wurden.“

Bevor noch die einberufenen Jahrgänge formiert waren und in Funktion treten konnten, hatte die Kärntner Volkswehr, unterstützt durch einige Freiwilligenbataillone, den Kampf gegen die Jugoslawen aufgenommen. Zu ihrer Unterstützung entsandte ich schon am 30. April, also einen Tag nach dem erfolgten Überfall, das Klosterneuburger Volkswehrbataillon nach Kärnten. Wieder einen Tag später, nämlich am 1. Mai, folgten den Klosterneuburgern zwei Wiener Volkswehrbataillone, zwei Gebirgskanonenbatterien und eine Gebirgshaubitzenbatterie zu je vier Geschützen. Drei weitere Volkswehrbataillone waren am selben Tage marschbereit und ebenso eine Abteilung von etwa 400 Unteroffizieren.

Die verlangte Artilleriemunition rollte in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai ab und am folgenden Tage wurden vom Arsenal vierzig Geschütze abtransportiert.

Die von den Kärntnern verlangte Hilfe wurde also in vollem Ausmaß geleistet. Wir gingen sogar noch über das Geforderte hinaus.

Die von Wien aus geleistete Hilfe war nicht allein in der Beistellung von Waffen und Munition sehr ausgiebig — was auch die Kärntner militärische Landesleitung stets anerkannt hat —, sondern bedeutete auch zahlenmäßig durch die Entsendung nichtkärntnerischer Volkswehrformationen eine recht erhebliche Verstärkung der Kämpferschar. Um das Ausmaß dieser Unterstützung würdigen zu können, muß man bedenken, daß in den entscheidenden Tagen des Mai 1919 das ganze Kärntner Aufgebot,

und zwar Volkswehr samt Freiwilligenformationen, nur 1100 bis 1200 Feurgewehre stark war, denen noch etwa 100 Maschinen-
gewehre und 20 Geschütze zur Seite standen. Da bedeutete die
Unterstützung durch die obengenannten Wiener Volkswehr-
formationen schon sehr viel.*)

Freilich hat sich über die während der Kämpfe beobachtete
Haltung der Wiener Volkswehrmänner eine Diskussion ent-
spannen, in der — aus durchsichtigen Motiven — politische
Gegner von einem „Versagen“ zu sprechen unternahmen. In
Wirklichkeit handelte es sich aber um die Auswirkung einer Ver-
schiedenartigkeit der Auffassung der Regierungskreise über die
politische Lage. Wo die Wiener Volkswehr ein-
gesetzt wurde, hat sie tapfer gekämpft, was ja
auch die von ihr erlittenen blutigen Verluste be-
zeugen. Als man aber in Wien zur Überzeugung gelangt war,
daß eine Überschreitung der Draulinie einen politi-
schen Fehler darstellte, mußten sich die vom Staatsamte für
Heerwesen entsandten Volkswehrabteilungen befehlsgemäß der
weiteren Teilnahme an den Kämpfen enthalten.

Mit der Überschreitung der Draulinie hatte es folgende
Bewandtnis:

Unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus
Kärnten hatte ich mich an die ausländischen Militär-
missionen gewendet, ihnen von dem jugoslawischen Überfall
Mitteilung gemacht und sie um ihre Unterstützung gebeten. Sie
wurde mir auch zugesagt, aber nur unter der Be-
dingung, daß die österreichischen Truppen die
Demarkationslinie nicht überschreiten. Sollte dies
im Verlaufe der Kämpfe dennoch geschehen, so müßte Österreich
die volle Verantwortung für alles tragen, was daraus entstünde.

*) Vgl. Dr. Martin Wutte (Seite 103):

„Die Kärntner Landesregierung hatte nämlich unter dem Eindrucke der
Gefahr des südslawischen Überfalles am 29. April telegraphisch beim Staatsamte
für Heerwesen um Entsendung von Hilfstruppen angesucht. Diesem
Ansuchen wurde sofort Folge gegeben und es trafen am 2. Mai ein:
im Lavantale 35 Offiziere, 620 Mann und 2 Gebirgsgeschütze;
in Maria-Elend im Rosentale 20 Offiziere, 430 Mann und 8 Gebirgsgeschütze
von Volkswehrformationen aus Wien und Umgebung.“

Vor dem Abmarsch der Truppen schärfte ich deshalb sowohl den Kommandanten wie den Soldatenräten ein, bei einem eventuellen Vormarsch an der Demarkationslinie — ich bezeichnete, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, die Draulinie als Grenze — unbedingt haltzumachen.

Inzwischen war es den Kärntnern in der Tat gelungen, die Jugoslawien in die Demarkationslinie, aus der sie vorgebrochen waren, zurückzudrängen. Durch ihren Mißerfolg eingeschüchtert, wichen sie sogar noch weiter zurück, wobei es mir allerdings sofort schien, als ob dieses Zurückweichen nicht zumindest deshalb erfolgte, weil der ursprüngliche Angriff eine Eigenmächtigkeit war und nun die höheren Kommanden die Unterstützung versagten. In dem Augenblicke, in dem der ganze militärische Apparat Großserbiens sich gegen uns in Bewegung setzte, waren wir ja verloren. Die reguläre jugoslawische Armee mußte aber eingreifen, wenn wir unseren Rückstoß über die Demarkationslinie hinaus in das von den Jugoslawen offiziell besetzte Gebiet vortrugen. Alles kam deshalb darauf an, daß wir an der Demarkationslinie stehenblieben, uns durch einen weiteren Vormarsch nicht ins Unrecht setzten und dadurch sowohl die reguläre serbische Armee als auch die übrige Entente gegen uns auf die Beine brachten. Was hatten wir denn davon, wenn wir die irregulären Scharen jetzt ein Stück Landes weiterjagten, wenn damit der Angriff der Regulären gegen uns um so sicherer bewirkt wurde! Wir befreiten, um einiger militärischer Lorbeeren willen, die in diesem Augenblick so billig wie Brombeeren waren, die Serben geradezu aus einer Verlegenheit.

Andererseits bedeutete die Abwehr des Angriffes, wenn wir an der Draulinie stehenblieben, für uns sehr viel. Wir hätten dann als Sieger gegolten und auch einen wichtigen Gebietsstreifen, nämlich Völkermarkt und Umgebung, den die Jugoslawen ganz widerrechtlich eine Zeitlang besetzt gehalten hatten, in unseren Besitz gebracht.

In Kärnten war man aber von dem Abwehrsieg geradezu bezaubert und drängte danach, jetzt das ganze Land mit einem Schlage zu befreien. Jeder Hinweis auf die wirklichen Macht-

verhältnisse prallte wirkungslos ab. Eine Handvoll studentischer Schreier und Reserveoffiziere terrorisierte das Land. Wer anderer Meinung war, wurde, wie immer in solchen Fällen, als Schwächling, wenn nicht gar als Verräter niedergebrüllt. Die Leute, die dieses Geschrei erhoben, waren dieselben, die einige Wochen später mit der absurden Behauptung herumliefen, die „Wiener“ Regierung hätte den Jugoslawen Munition für die Kärntner Kämpfe geliefert . . .

Das war die Situation, als die Wiener Volkswehr eintraf. Wo sie sich noch diesseits der Demarkationslinie wähnte, tat sie in Reih und Glied ihre Pflicht. Einem Befehl, über die Demarkationslinie vorzugehen, weigerte sie sich, Folge zu leisten, indem sie sich ganz mit Recht auf die bindende Weisung des Staatsamtes für Heerwesen berief. Die Kärntner gingen nun allein weiter vor. Die Wiener Volkswehr ist, mit Ausnahme der Artillerie, die noch einige Wochen dort blieb, schon in der ersten Maihälfte wieder zurückberufen worden.

Am Vormittag des 1. Mai hatte ich eine ausführliche Unterredung mit dem Chef der Waffenstillstandskommission, dem italienischen General Segré. Er bat mich nochmals dringend, die Demarkationslinie nicht überschreiten zu lassen, da wir dann die jetzt für Österreich günstige Position wieder verlieren müßten. Die Italiener wären bereit, uns nach Kräften zu unterstützen, doch dürften wir uns durch einen weiteren Vormarsch nicht selbst ins Unrecht setzen. Auf meine Erwiderung, daß die regulären österreichischen Truppen den Befehl erhalten hätten, nicht weiter vorzugehen, es aber möglich sei, daß das Kärntner Aufgebot den Vormarsch aus eigenem Antrieb fortsetze, wiederholte er nochmals, daß er jeden Vormarsch österreichischer Formationen, seien es nun Reichs- oder Landestruppen, als ungemein gefährlich für unser Land erachten müsse. Während zur Behauptung der Draulinie auch die aktive Unterstützung Italiens in Aussicht stünde und das vierte Armeekommando Vittorio bereits eine Infanterietruppendivision zu diesem Zwecke in den Raum Aßling—Villach vorgeschoben

habe, würde im anderen Falle Österreich auf seine eigenen Kräfte allein angewiesen bleiben.

Ich berichtete den Inhalt dieser Unterredung sofort den anderen Regierungsstellen. Am nächsten Tage, als die Meldung eingetroffen war, daß Völkermarkt von unseren Truppen genommen worden sei, setzten wir uns mit der Kärntner Landesregierung in Verbindung und verlangten die Einstellung des weiteren Vormarsches. „Begnügt euch mit Völkermarkt und der Draulinie!“ war unsere Mahnung.

Am zweitfolgenden Tag teilte mir General Segré mit, daß er in Laibach die Einstellung der Feindseligkeiten verlangt habe und das gleiche nunmehr von uns fordere, was ich wieder sofort nach Klagenfurt weitergab. Darauf kam am 5. Mai folgende Depesche der Kärntner Landesregierung an das Staatsamt für Äußeres:

„Die Äußerung des Staatssekretärs Deutsch, daß General Segré in Laibach die Einstellung der Feindseligkeiten verlangt und jedenfalls das gleiche für Deutschösterreich zugesagt habe, hat Bestürzung und Erregung gegen Wien hervorgerufen. Momentan gibt es keine Macht der Erde, die hier die Feindseligkeiten stoppen könnte, wenn nicht mindestens das Gebiet zwischen Drau und Südbahn frei wird. Bitte dringend, Segré derzeit keine bindenden Zusagen zu machen, sie würden hier nicht honoriert werden.“

General Segré hatte aber inzwischen schon den offiziellen Protest gegen die Überschreitung der Demarkationslinie vorgelegt.

Um dem ins Unglück rennenden Kärnten doch noch zu helfen, beschloß nunmehr die Regierung, offiziell an die Jugoslawen mit dem Vorschlag auf sofortigen Waffenstillstand heranzutreten. Ich war selbst bei dem jugoslawischen Gesandten Pogačnik, der unseren Vorschlag sogleich weiterzuleiten versprach. An die Kärntner Landesregierung und an den Landesbefehlshaber richteten wir folgende Depesche:

„Der Chef der Ententemission, General S e g r é, hat soeben beim Staatsamt für Heerwesen gegen die Überschreitung der Draulinie Protest erhoben und Deutschösterreich für die Folgen dieses Bruches des Waffenstillstandsvertrages verantwortlich gemacht. Staatssekretär für Heerwesen Dr. Deutsch hat vorgeschlagen, daß durch Vermittlung des Generals Segré mit der jugoslawischen Regierung ein neuerlicher Waffenstillstand vereinbart werde und daß zur Festsetzung einer neuen Demarkationslinie Vertreter der Entente und der SHS-Regierung nach Klagenfurt eingeladen werden, wohin Staatssekretär Deutsch persönlich sich begeben würde. Staatssekretär Deutsch kommt auf jeden Fall Donnerstag nach Klagenfurt. Das Weiter vorrücken unserer Formationen ist bis dahin unbedingt hintanzuhalten. Die Staatsregierung sieht in dem Vorgehen Kärntens eine Gefährdung des ganzen Staates und vor allem Kärntens selbst, das bei den nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen Gefahr läuft, zur Verantwortung gezogen zu werden. Sofortiges Einstellen jeglichen Vormarsches durchzusetzen, ist Pflicht der Landesregierung.

Dr. Karl Renner.

Dr. Julius Deutsch.“

Bei der feindseligen Stimmung mancher bürgerlichen Kreise gegen die „Wiener“ Regierung schien es uns überdies notwendig, den Hauptausschuß der Nationalversammlung zur Unterstützung anzurufen. Die Sitzung fand am 7. Mai statt. Renner und ich referierten. Die Vertreter aller Parteien erklärten sich mit unserem Vorgehen einverstanden und beschlossen einstimmig, folgendes Telegramm abzuschicken:

„An die Landesregierung für Kärnten,

Klagenfurt.

Sämtliche im Hauptausschuß vereinigten Parteien der Nationalversammlung bitten einstimmig ihre Angehörigen und die Landesregierung in Kärnten dringend, dahin zu wirken, daß jede weitere Vor-

rückung unterbleibt, da sonst die Folgen für Kärnten und Südsteiermark nicht abzusehen sind. Abgeordnete aller Parteien werden zur mündlichen Rücksprache über die hochernste Lage sogleich nach Klagenfurt entsendet.

Für den Hauptausschuß: Seitz.“

Im Arbeitszimmer Renners hatten wir überdies eine gründliche Besprechung mit den Kärntner Abgeordneten aller Parteien, deren Ergebnis war, daß alle — auch der Deutsch-nationale Angerer — sich bereit erklärten, mit mir nach Kärnten zu fahren, um den Standpunkt der Reichs-regierung dort durchzusetzen.

Am Abend des 7. Mai machten wir uns auf den Weg. Die Verkehrsverhältnisse waren noch die denkbar schlechtesten, fuhr doch nach Kärnten nur jeden zweiten Tag ein sehr langsamer Personenzug. Wir kamen erst am 8. Mai mittags an. Auf dem Bahnhof erwarteten mich der Landesbefehlshaber Hülgerth und sein Stab. Die Herren waren sehr erstaunt, daß ich an der Dauerhaftigkeit ihrer bisherigen Siege zweifelte. Aus ihrem Bericht war aber auch für ein weniger kritisches Gemüt der wahre Sach-verhalt zu entnehmen. Nur die Kämpfe vor der Draulinie waren heftig gewesen und hatten Opfer gefordert. Als dieselbe einmal überschritten war, zogen sich die Jugoslawen wider-standslos zurück, so daß zum Beispiel auf dem ganzen Vor-marsch von Völkermarkt bis zu den Karawanken die Kärntner nicht einmal ein halbes Dutzend Verwundete hatten. Da konnte man doch nicht im Ernste glauben, regulärer serbischer Militärmacht gegenübergestanden zu sein! Eine eigen-mächtig vorgegangene Truppe war geschlagen worden und hatte sich schließlich hinter ihre bisherigen Stellungen zurücktreiben lassen. Sobald man aber auf die reguläre serbische Armee stieß, mußte sich das Blatt sofort wenden.*)

In dieser Erkenntnis war nun mein Bestreben vor allem darauf gerichtet, den wirklichen Sachverhalt klar herauszuarbeiten

*) Vgl. Julius Deutsch: „Aus Österreichs Revolution“, Wien 1921, Seite 71 bis 77.

und den verantwortlichen Stellen zum Bewußtsein zu bringen. Diesem Zwecke diene eine vertrauliche Sitzung des Kärntner Landtages, die am 9. Mai stattfand. Die Vorgänge in dieser Sitzung waren insofern interessant, als nun auch die übergroße Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten Kärntens, an ihrer Spitze die Christlichsozialen, sich ganz entschieden gegen die unverantwortliche Politik einiger Deutschnationalen wandte. Es war ein regelrechtes Strafgericht, das über die Leute niederging, die vorgaben, die Heimat schützen zu wollen, während sie in Wahrheit die ernstesten Gefahren für das Land heraufbeschworen. Übrigens haben dann die bürgerlichen Parteien nicht allein in der Verschwiegenheit einer vertraulichen Landtagssitzung, sondern auch in der Öffentlichkeit aus ihrer richtigen Einschätzung gewisser Heimatschützer kein Hehl gemacht.

Wegen einer Volksversammlung, die ich in diesen Tagen in Klagenfurt abhielt, entstand eine Polemik zwischen den deutschnationalen „Freien Stimmen“ und dem christlichsozialen „Kärntner Tagblatt“. Abschließend bemerkte das christlichsoziale Organ am 11. Mai 1919:

„Die ‚Freien Stimmen‘ bringen einen Bericht über die obige Versammlung, der den Anschein erwecken möchte, als wenn die beiden deutschdemokratischen Redner Dr. Pflanzl und Jacobi weiß Gott was Gescheites damit getan hätten. Haben wir schon gestern über diese Versammlung unsere Mißbilligung zum Ausdrucke gebracht, so können wir dies heute nur wiederholen und um so entschiedener tun, als wir wissen, daß auch nicht ein verantwortliches Mitglied der politischen Parteien sich mit der Stellungnahme dieser beiden Redner einverstanden erklärte. Wenn die ‚Freien Stimmen‘ Gelegenheit gehabt hätten, gestern in die vertrauliche Sitzung der Landesversammlung hineinzuhorchen, dann hätten sie erfahren, wie reife Politiker über diese ernsten Dinge in diesen so hochernsten Tagen denken. Die Bevölkerung hat es endlich satt bekommen, sich

von unverantwortlichen Herren in der Öffentlichkeit blamieren zu lassen. Mit Studenten geht man nicht Politik machen. Das ist Sache reifer Männer. Das könnten einmal die ‚Freien Stimmen‘ wissen.“

In Gesprächen, die ich mit führenden christlichsozialen Politikern Kärntens hatte, führten diese immer wieder aus, daß sie es entschieden ablehnen müßten, sich von den paar Deutschnationalen, die eine Art Privatkrieg führen wollten, ins Schlepptau nehmen zu lassen. Ich erinnere mich da insbesondere eines Gespräches mit dem Fürstbischof Dr. Hefter, den ich auf seine Einladung hin besuchte und der mir in Gegenwart des Nationalrates Dr. Paulitsch sehr eindringlich darlegte, daß sich deutschnationale Heimatschützer zu Exzessen gegen katholische slowenische Priester hätten hinreißen lassen, die der Sache Österreichs unendlichen Schaden zufügten . . .

Alles in allem war es keineswegs so, daß die bürgerliche Bevölkerung Kärntens von dem eigenmächtigen Vorgehen einzelner Formationen restlos entzückt gewesen wäre. Das Gegenteil war vielmehr der Fall. Der größte Teil des Bürgertums und der Bauernschaft war ebenso wie die Arbeiterschaft entschlossen, die Heimat zu verteidigen. Aber alle drei Klassen wollten sich lediglich auf die Verteidigung beschränken und im übrigen die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten. Deshalb hatten sie für die Haltung der Reichsregierung, die auch in den stürmischen Maitagen die Draulinie von den österreichischen Truppen nicht überschreiten lassen wollte, volles Verständnis.

Freilich, nachdem gegen den Willen und gegen den Rat aller Einsichtigen die Draulinie trotzdem überschritten worden war, mußte der Versuch gemacht werden, auf diplomatischem Wege die Sache wieder einzurenken. Vor allem mußte so rasch wie möglich ein Waffenstillstand abgeschlossen werden, um für eine friedliche Auseinandersetzung eine günstigere Atmosphäre zu schaffen. Zu diesem Zwecke sollten direkte Ver-

handlungen zwischen uns und Vertretern der jugoslawischen Regierung stattfinden. Am 10. Mai begannen im Gebäude der Kärntner Landesregierung unter meinem Vorsitz die Beratungen. Sie kamen nur langsam vom Fleck, weil sich bald herausstellte, daß die Vertreter Jugoslawiens eine gebundene Marschroute hatten.

Die Verhandlungen waren zuerst ein endloses Debattieren um Formalitäten. Der Austausch und die Prüfung der gegenseitigen Vollmachten, die Feststellung, wer an den Verhandlungen teilnehmen dürfe (die Vertreter der Kärntner Landesregierung wurden von den Jugoslawen abgelehnt, weil diese nur Vollmacht hatten, mit den Vertretern der Staatsregierung zu verhandeln), und was dergleichen diplomatische Nichtigkeiten mehr sind, vertrödelten viel Zeit. In der Sache selbst verlangten wir den Waffenstillstand auf Grund der jetzigen Frontlinie, während die Jugoslawen die vor dem 29. April von ihnen gehaltene Linie neuerdings besetzen wollten.

Als ich vorschlug, über eine neue Linie zu verhandeln, die beiden Teilen etwas entgegenkommen sollte, erklärten die Jugoslawen, nur die Vollmacht zu haben, über die Modalitäten bei der Besetzung der von ihnen verlangten Linie zu verhandeln, nicht aber über eine neue Linie selbst. Da war es denn klar, daß ein Ausgleich nicht gelingen konnte, weil die Jugoslawen ihn von vornherein ablehnten. Ich ließ deshalb die Klagenfurter Verhandlungen von dem Vertreter des Staatsamtes des Äußern, dem Konsul Dr. Hoffinger, der sich als sehr geschickt und umsichtig erwiesen hatte, weiterführen und fuhr noch in der Nacht nach Wien, um bei den dortigen Ententevertretern eine Vermittlung anzuregen.

Bekanntlich ist auch dieser Versuch fehlgeschlagen.

Die Serben bestanden darauf, ihre durch unser Überschreiten der Demarkationslinie angeblich verletzte Waffenehre wiederherzustellen. Die Kärntner mußten vor der Übermacht zurückweichen — sogar Klagenfurt ging für einige Zeit verloren — und schließlich eine neue Demarkationslinie erdulden, die für uns weitaus ungünstiger verlief als die frühere.

Mit dem Versuche, durch eine Intervention der Ententevertreter eine Fortsetzung der Kämpfe hintanzuhalten und dem Lande Kärnten eine bessere Stellung vor der Friedenskonferenz zu erringen, endete meine Tätigkeit. So klar und unverdeckt sie sich vor aller Augen abspielte, wurde sie trotzdem zum Gegenstande von allerlei tückischen Verdächtigungen. Wohl die infamste war die, daß das unter meiner Leitung stehende Staatsamt für Heerwesen den gegen uns kämpfenden Jugoslawen Munition geliefert hätte. Diese bühische Verleumdung war zuerst in einem Wiener Blatte aufgetaucht. Sie wurde sofort durch ein amtliches Dementi beantwortet, das am 16. Mai 1919 durch die Staatskorrespondenz ausgegeben wurde. Es lautete:

„Die Meldung eines Wiener Mittagblattes, daß von der deutschösterreichischen Heeresverwaltung Munitionslieferungen an den südslawischen Staat oder eines seiner Organe erfolgt seien, ist absolut unzutreffend; solche Lieferungen haben niemals, daher auch nicht im Austausch gegen Lebensmittel, stattgefunden.“

Trotz dieser eindeutigen amtlichen Erklärung glimmte der böswillige Tratsch unter der Decke weiter. Als ich dann im Herbst 1919 wieder in Kärnten weilte, stellte in einer Versammlung ein Teilnehmer an den Kämpfen öffentlich die Frage an mich, was es mit der angeblichen Munitionslieferung an die Jugoslawen für eine Bewandnis habe. Ich erwiderte nachdrücklich, daß daran kein wahres Wort sei. Nach Wien zurückgekehrt, beauftragte ich sofort die zuständige Abteilung meines Amtes, der Sache nachzugehen, und es erging unter 7/P, Nr. 2304 vom 28. Oktober, ein Erlaß des Staatsamtes für Heerwesen an alle Landesbefehlshaber mit Ausnahme des Klagenfurters:

„In Kärnten wird behauptet, daß während der Kämpfe des Landes gegen die Jugoslawen die deutschösterreichische Regierung an die Jugoslawen Munition verkauft hat. Diese Behauptung ist vollkommen unwahr. Die Landesbefehlshaber haben zu melden, ob Anhaltspunkte vorliegen, daß

vielleicht von irgendeiner anderen Seite Munition an die Jugoslawen geliefert wurde.“

An den Kärntner Landesbefehlshaber erging gleichzeitig unter 7/P, Nr. 2302, ein Erlaß mit dem Auftrag zur kommissionellen Einvernahme des Leutnants Eduard Birkenauer — der in der Klagenfurter Versammlung die Anschuldigungen ausgesprochen hatte —, der sich im Krankenstande eines Klagenfurter Spitals befinden soll, über die angeblichen Munitionslieferungen.

Ferner holte ich vorsichtshalber nochmals Erkundigungen in Wöllersdorf ein und erhielt von der Direktion der Wöllersdorfer Werke die authentische Auskunft:

„Im Februar oder März 1919 wurde keinerlei Munition erzeugt oder rekonstruiert. Es ist ausgeschlossen, daß Munitionsverschläge mit der Aufschrift ‚Wöllersdorf 1919, Februar und März‘ die staatlichen Wöllersdorfer Werke verlassen haben.“

Nun bestand kein Zweifel mehr, daß politische Gegner die Munitionslüge glatt erfunden hatten, ohne hiezu auch nur die geringste Spur einer Berechtigung zu haben. Ich richtete deshalb am 13. Oktober 1919 ein Schreiben an die Klagenfurter „Freien Stimmen“, die die Verleumdung gebracht hatten, in dem es hieß:

„Es ist unwahr, daß Wien für ein paar Sack Mehl den Südslawen Munition geliefert hat. Wahr ist vielmehr, daß weder Wien noch die Wiener Regierung oder irgendeine Wiener amtliche Stelle den Südslawen, sei es für Mehl, sei es überhaupt, Munition geliefert hat.

Es ist unwahr, daß in den feindlichen Stellungen Munitionsverschläge mit dem Aufdruck ‚Wöllersdorf 1919, Februar und März‘ gefunden werden konnten. Wahr ist vielmehr, daß in Wöllersdorf im Februar und März 1919 überhaupt keine Munition, und zwar weder Artillerie- noch

Infanterie- noch Nahkampfmunition, erzeugt oder rekonstruiert wurde, daß eine solche Munition also auch nicht verschickt und irgendwo gefunden worden sein konnte.“

Ein altes Sprichwort sagt, daß Lügen kurze Beine haben. Im politischen Leben scheint es anders zu sein. Da tauchen eines Tages längst widerlegte Lügen nach jahrelangem Schläfe wieder aus der Versenkung auf, um trotz aller Widerlegungen neuerdings ihr Unwesen zu treiben. Deshalb habe ich hiemit nochmals die alte Lüge von den angeblichen Munitionslieferungen an der Hand amtlicher Dokumente zerpfückt. Ob nunmehr diese Lüge endgiltig tot und abgetan ist? Das hängt wahrscheinlich nur davon ab, ob unseren politischen Gegnern nicht inzwischen eine neue Lüge eingefallen ist, die ihnen die alte, in jahrelangem Gebrauche bewährte Verleumdung für den täglichen Schimpfgebrauch entbehrlich macht.

Aber sei dem wie immer. Wir Sozialdemokraten sind gewohnt, Verleumdungen über uns ergehen lassen zu müssen, ohne deshalb in der Erfüllung unserer Pflichten wankend zu werden. Auch im Kärntner Abwehrkampfe standen wir, allen Verunglimpfungen zum Trotz, in Reih und Glied, unsere Pflicht gegenüber unserem Volke treu erfüllend. Auf diese Pflichterfüllung hinzuweisen, haben wir am Jahrestage der Volksabstimmung, die Kärnten der Republik Deutschösterreich rettete, ein wohlbegründetes Recht.

FERLACH / GESCHICHTSBILDER

Der Krieg war vorbei, das Zurückströmen der Truppen vollzog sich in Ferlach wohl so wie in den anderen Orten Kärntens. Diese Ereignisse werden also übergangen.

Der slowenisch gesinnte Teil der Bevölkerung Ferlachs machte sich das Manifest Kaiser Karls I., wonach alle Teile der früheren Monarchie, welche südlich der Drau gelegen sind, einem mit nationaler Freiheit ausgestatteten südslawischen Teile der Monarchie anzugehören hätten, zunutze und erklärte, Ferlach gehöre nunmehr dem „südslawischen Staate“ an. Am 2. November 1918 stellte sich Jakob Poschinger, Fabrikant in Jaklinhammer bei Ferlach, an die Spitze der jugoslawischen Bewegung. Im Verein mit zwei anderen Personen begab er sich zum Gendarmeriepostenkommando und wollte dort den Postenkommandanten unter Eid nehmen. Dieser jedoch legte den Eid nicht ab und sagte, er müsse sich früher mit seiner bisher vorgesetzten Behörde ins Einvernehmen setzen. Jakob Poschinger spielte sich als Gerent (Machthaber) Jugoslawiens aus; mit welchem Rechte, ist unbekannt geblieben. Von der Gendarmerie weg begab sich Poschinger zum Gemeindeamt. Er forderte die damals rein bürgerliche Gemeindevertretung auf, alle Macht in seine Hand zu legen. Die Gemeindevertretung behielt sich Bedenkzeit vor, gab aber nach wenigen Stunden dem gestellten Begehren Folge. Der Bevölkerung wurde diese Änderung durch Austrommeln bekanntgegeben. Auch fand eine von Poschinger einberufene öffentliche Volksversammlung statt, in welcher dieser sich als Vertreter der neuen südslawischen „Republik“ ausgab und die Bevölkerung darauf aufmerksam machte, daß sie jetzt Bürger dieser „Republik“ seien, in welcher alle, gleichgiltig, ob deutsch oder slowenisch, ein einträchtiges freies Leben führen

werden. Ganz besonders verwies er darauf, daß Österreich am Verhungern sei, während Jugoslawien Lebensmittel im Überfluß habe.

Die sozialdemokratische Organisation von Ferlach hat in einer einen oder zwei Tage nachher beim „Kleinegger“ stattgefundenen Nachtsitzung der Vertrauensmänner beschlossen, sich diesem Diktat nicht ohne weiteres zu beugen, sondern vielmehr das Verlangen zu stellen, daß neun sozialdemokratische Vertrauensmänner in die bisherige Gemeindevertretung aufzunehmen seien. Diesem Verlangen wurde auch stattgegeben.

Das diktatorische Vorgehen Poschingers währte nicht lange. Wohl versuchte er, einen slowenischen Volksrat für das Gebiet südlich der Drau im Bezirke Ferlach zu organisieren. Zu diesem Zweck berief er aus dem ganzen Bereich slowenische Vertrauensmänner zusammen und lud auch die Sozialdemokratische Partei dazu ein. Diese sandte zwei Vertrauensmänner zu dieser Versammlung mit der Aufgabe, über etwa gefaßte Beschlüsse Bericht zu erstatten. Die erste Sitzung dieses „Volksrates“ fand im Gasthofe Just in Ferlach in den ersten Tagen des November statt. Poschinger ernannte für jede Gemeinde einen „Kommissär“, indem er zugleich die bisherigen Bürgermeister als abgesetzt erklärte. Anschließend an diese Tagung fand auch auf dem Marktplatze zu Ferlach eine Volksversammlung statt, die, weil es ein Sonntag war, gut besucht war. Poschinger faselte vom neuen jugoslawischen Reich, von seinem Reichtum an Lebensmitteln, von politischer Freiheit, von Jagdfreiheit, Aufteilung des Großgrundbesitzes zum Wohle der Kleinbauern, Hausbesitzer und Büchsenmacher und der Durchführung einer Agrarreform, wonach die großen Waldungen der Herrschaften Hollenburg und Voigt unter die Bauern des angrenzenden Gebietes aufzuteilen seien.

Die sozialdemokratischen Vertrauensmänner haben über diese Vorgänge in der Vertrauensmännerversammlung Bericht erstattet, worauf der Beschluß gefaßt wurde, mit diesem Volksrat jedwede Verbindung abubrechen. Übrigens fand Poschinger

auch nicht die nötige Unterstützung der Slowenen und so nahm seine Herrlichkeit bald ein Ende.

Im Protokollbuch der Gemeinde Ferlach ist über diese Vorgänge folgendes vermerkt: „2. November: Eine Gemeindevertretersitzung ist für diesen Tag einberufen.“ Der Kopf des Sitzungsprotokolls ist geschrieben, eine Sitzung fand aber nicht statt, jedenfalls deshalb, weil wegen des Vorgehens Poschingers die politischen Verhältnisse ungeklärt blieben.

Die nächste Sitzung war am 17. November 1919. An derselben nahmen bereits die neun sozialdemokratischen Vertrauensmänner teil. Aus dem Sitzungsprotokoll sei folgendes auszugsweise angeführt:

„Der Herr Bürgermeister beginnt: Der durch neun Herren der Sozialdemokratischen Partei, und zwar die Herren Hedenig Franz, Stark Josef, Fux Richard, Halle-moschnig Albin, Stummer Karl, Doujak Michael, Krobath Josef und Koban Paul, erweiterte Ausschuß der Marktgemeinde Ferlach ist heute zusammengetreten, um nach einer kurzen Unterbrechung die Gemeindegeschäfte wieder zu übernehmen, nachdem Herr Poschinger am Samstag, den 2. November, nachmittags unter Androhung von Gewaltmaßnahmen angeblich über Auftrag des slowenischen ‚Nationalrates‘ in Klagenfurt den Ausschuß zur Abtretung gezwungen und Herrn Bürgermeister Josef Ogris, welcher abwesend war, als abgesetzt erklärt hatte. Herr Poschinger Jakob hatte den Pfarrer Herrn Trunk Georg als Kommissär zur Leitung der Gemeinde und Herrn August Kastner als dessen Stellvertreter erklärt. Gegen diese vollständig ungesetzliche Handlung wurde vom ganzen Gemeindeausschuß Protest an den deutschen Nationalrat in Kärnten erhoben und derselbe gebeten, in direktem Verkehr mit dem slowenischen Nationalrat in Klagenfurt für die Herstellung der früheren Verhältnisse bis zur definitiven staatsrechtlichen Zuteilung des hiesigen Gebietes an Deutschösterreich oder den kroatisch-slowenisch-dalmatinischen Staat sich ein-

zusetzen. Bei den gestern in Klagenfurt durch Vermittlung der Herren Abgeordneten Gröger und Lukas geführten Verhandlungen zwischen dem deutschen und dem slowenischen Nationalrat stellte es sich heraus, daß Jakob Poschinger entgegen seiner Behauptung vollständig eigenmächtig und ohne jegliches Mandat seitens des slowenischen Nationalrates gehandelt habe. Der gesamte anwesende Ausschuß erteilt stimmeneinhellig den unternommenen Schritten des Herrn Bürgermeisters seine volle Zustimmung.“

* * *

Nach Herstellung normaler Verhältnisse und Wiedereinsetzung der berufenen Gemeindevertretung wurde an die Errichtung einer Ortswehr geschritten, welche die Aufgabe hatte, für Ruhe und Ordnung innerhalb des Marktes zu sorgen. Zum Kommandanten dieser Ortswehr wurde Fachlehrer Dorfer (Sozialdemokrat) gewählt. Mitglieder derselben waren fast ausschließlich aus dem Kriege heimgekehrte Sozialdemokraten.

Am 11. November 1918 traf, von Eisenkappel über St. Margareten kommend, ein Lastauto mit jugoslawischem Militär unter Kommando eines Leutnants ein. Der Leutnant verhandelte mit dem Kommandanten der Ortswehr, Dorfer. Auf Befragen, was er mit seiner Abteilung in Ferlach wolle, erklärte er, über Auftrag der Laibacher Regierung gekommen zu sein, um dieses Gebiet in Besitz zu nehmen, und berief sich dabei auf das schon einmal erwähnte Manifest des Kaisers K a r l. Da die Ortswehr von der Landesregierung den strikten Befehl hatte, sich in keinerlei Kämpfe mit jugoslawischen Abteilungen einzulassen, sondern sich beobachtend zu verhalten, kam es auch anläßlich dieses Einzuges zu keinerlei weiteren Zwischenfällen. Die Militärabteilung quartierte sich bei Renko ein. Am nächsten Tage traf eine zweite Abteilung unter Kommando eines Oberleutnants ein. Mit diesem Oberleutnant fand nun im „Rosentalerhof“ eine Verhandlung statt, welcher Dorfer, Oberleutnant Tschებაus, Hauptmann Gratze u. a. namens der österreichisch

Gesinnten beiwohnten. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß dem jugoslawischen Militär ein bestimmter Raum zugewiesen wurde. Der genannte Oberleutnant begab sich am nächsten Tage nach Laibach, um von dort weitere Weisungen zu holen. Er kehrte nicht mehr zurück, vielmehr folgte ihm nach wenigen Tagen die gesamte bisher in Ferlach eingetroffene jugoslawische Besatzung.

In Ferlach änderte sich die Situation nun insofern, als von der Landesregierung eine Volkswehr organisiert und eine kleine Abteilung derselben unter dem Kommando des Hauptmannes Hans Huß ins Loibltal entsendet wurde. Diese Abteilung stieß kurz darauf mit einer von Laibach kommenden, unter dem Kommando des Hauptmannes Kren stehenden jugoslawischen, 80 Mann starken Truppe zusammen und mußte das Gebiet räumen, weil sie über Auftrag der Landesregierung nicht das Recht hatte, sich in Kampfhandlungen einzulassen.

Hauptmann Kren zog nun in Ferlach ein und übernahm am 19. November das Stationskommando über den Ort und das umliegende Gebiet. Er meldete sein Eintreffen der Marktgemeindevorsteherung mit folgendem Schreiben:

„An das Gemeindeamt in Borovlje!

1. Ich habe mit gestrigem Tage das Stationskommando in Borovlje und Abschnitt Borovlje übernommen.

2. Sämtliche Ämter bleiben in ihrer früheren Unterstellung. Zunächst wird vom jugoslawischen Staate kein Eingriff in den dienstlichen Betrieb erfolgen. Sämtliche Vorstände sind persönlich verantwortlich, daß keinerlei Unterbrechung in der Führung der Geschäfte erfolgt.

3. Auszugsweise wird der Inhalt der Besprechung mit der Kärntner Regierung bekanntgegeben: a) Als Demarkationslinie zwischen dem jugoslawischen Staate und dem österreichischen Besatzungsgebiet gilt zunächst die Drau im Stromstrich. b) Deutschösterreichisches Militär darf den Raum südlich der Drau nicht betreten. c) Die Freizügigkeit wird zugestanden, soweit sie nicht gegen die Interessen des

jugoslawischen Staates verstößt. *d)* Approvisionierung hat wie bisher zu erfolgen. *e)* Die Bürgergarde (zehn Mann) und Gendarmerie verbleiben auf ihren Dienstposten, die Mannschaft wird jedoch mittels Handschlages dem jugoslawischen Stationskommando verpflichtet und hat die Ordnung und Sicherheit der Person und des Eigentums zu wahren. *f)* Im Gebiete südlich der Drau werden jugoslawische Nationalgarden organisiert. *g)* Gegen die deutsche Bevölkerung werden von seiten des jugoslawischen Kommandos keinerlei Repressalien ausgeübt, jedoch hat sich dieselbe aller antislawischen Kundgebungen und jeder Propaganda, welche gegen die Interessen des souveränen Staates „Jugoslavija“ verstoßen, zu enthalten.

4. Zum Polizeikommandanten von Borovlje ernenne ich den nadpor (Oberleutnant) Hajnihar und ersuche, daß demselben in der Gemeindeganzlei ein Schreibtisch zugewiesen werde zum Zwecke einer engen Fühlungnahme und im gemeinsamen Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung. Gendarmerie und Bürgergarde unterstehen zum Zwecke der Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung dem nadpor Hajnihar.

5. Die Sperrstunde für Gast- und Kaffeehäuser bleibt wie bisher 9 Uhr und 10 Uhr abends.

6. In den Gemeinderat wolle, wie schon mündlich mit Herrn Bürgermeister Ogris besprochen, Herr Ludwig Borovnjig aufgenommen werden.

7. Das Gemeindeamt wird gebeten, beruhigend auf die Bevölkerung einzuwirken, um im gemeinsamen Interesse die Ruhe und Ordnung nicht zu stören. Besonders wird aufmerksam gemacht, daß dem Anrufe der Posten und der Wache unbedingt Folge zu leisten ist.

8. Das „Stacejko povelje Borovlje“ (Stationskommando Ferlach) befindet sich: Gasthof Just, I. Stock, Zimmer 2, und ist äußerlich durch eine Aufschrifttafel und zwei jugoslawische Fähnchen kenntlich.

9. Vorkommende Mißverständnisse wollen sofort dem Stationskommando bekanntgegeben werden.

10. Die angeführten Weisungen wollen in Abschrift genommen werden; das Original vidiert gegen gefälligen Rückschluß . . . Borovlje, am 20. November 1918. Kren, Stanjski poveljnik.“

Diese Vorschriften wurden durch Austrommeln der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht. Von der Bürgerwehr ließ sich niemand beeden; sie löste sich stillschweigend auf. Die Bevölkerung konnte sich nicht wehren, weil sie von keiner Seite entsprechende Unterstützung fand. Es war eine Zeit völliger Ungeklärtheit. Südlich der Drau standen jugoslawische Posten, nördlich derselben die österreichische Volkswehr. Das jugoslawische Militär machte sich aber bald bemerkbar. An verschiedenen Punkten des Ortes wurden Maschinengewehre aufgestellt, neben dem Gemeindeamte und vor dem Volksschulgebäude je ein Geschütz.

* * *

In der Hauptsache bewirkte der Umstand, daß die Versorgung mit Lebensmitteln alles zu wünschen übrig ließ, daß sich der Bevölkerung eine immer mehr zunehmende Nervosität bemächtigte, welche wieder auf das jugoslawische Militär rückwirkte und dasselbe zu immer größeren Vorsichtsmaßregeln veranlaßte. Es kam so weit, daß in verschiedenen Gegenden ab und zu unaufgeklärte Schüsse hörbar wurden. Das Stationskommando nahm dies zum Vorwand, um einzelne Ferlacher Bürger als Geiseln einzuziehen und dieselben über Nacht festzuhalten, während sie sich tagsüber wiederholt zu melden hatten. Um sich vor solchen und weiteren Schikanen zu sichern, verließ Bürgermeister Ogris heimlich bei Nacht den Ort. Er wurde von Draubauarbeitern über die Drau gebracht und erreichte so österreichische Sicherheit. Daraufhin wurde er vom Stationskommando als Bürgermeister für abgesetzt erklärt und das Verlangen gestellt, daß an seiner Stelle durch die Gemeindevertretung

ein anderer Bürgermeister gewählt werde. Als solcher wurde am 21. Dezember 1918 Johann Schaschl-Outschar (deutschfreierlich) gewählt. Seine Wahl wurde von der Laibacher Regierung bestätigt, die Gemeindevertretung aber als aufgelöst erklärt und an Stelle derselben wurden dem Bürgermeister folgende Gemeindevertreter zugewiesen: Pfarrer Trunk (Slowene) als Stellvertreter und als Beiräte: Ludwig Borovnik (Slowene), Anton Lečnik (Slowene), Kaspar Krainer (Slowene), Josef Sturm (Sozialdemokrat), Karl Stummer (Sozialdemokrat), Stephan Spöck (parteilos). Als Amtssprache wurde „Slowenisch“ bestimmt.

* * *

Am 23. Dezember versuchte das jugoslawische Militär, die Drau zu überschreiten. Es kam zu einem Feuergefecht, dessen Ergebnis der Rückzug der jugoslawischen Truppen an das rechte Draaufer war. Am 24. Dezember neuerlich beiderseitiges Geschützfeuer ohne sichtbares Ergebnis. Die Weihnachtsfeiertage verliefen zwar gefechtslos, waren aber für die seßhafte Bevölkerung qualvoll wie wohl keine anderen Weihnachten. Nach Neujahr sickerten Nachrichten durch, daß von österreichischer Seite ein Angriff zum Zwecke der Entsetzung des Rosentales stattfinden werde. Diese Hoffnung erfüllte sich am 7. Jänner. In den Nachmittagsstunden dieses Tages erfolgte nach heftigem Artilleriefeuer von Hollenburg aus der Vorstoß über die Drau, der nach verhältnismäßig kurzem Kampfe, dank dem überaus mutigen Angriffe der Volkswehr und der ihr angeschlossenen freiwilligen Heimatverteidiger, vollen Erfolg hatte. Die Österreicher erreichten noch an diesem Abend die Dobrova (westlicher Teil Ferlachs). Am 8. Jänner erfolgte der Sturm auf Ferlach. Um 10 Uhr vormittags war der Ort frei von feindlichen Truppen. Sie hatten zum Teil schon bei Nacht den Ort geräumt. Diese Kämpfe erforderten mehrere Menschenopfer auf beiden Seiten. Der Jubel über die Befreiung war groß. Die österreichische Volkswehr bezog Posten auf der Sapotnitza, in Waidisch und Glainach und sandte regelmäßig Patrouillen ins hintere Loibltal, nach Zell und gegen St. Margareten. Das Kommando und die

Haupttruppe der Volkswehr waren in Ferlach stationiert. Noch am 8. Jänner wurden vom österreichischen Militär Verhaftungen von Personen vorgenommen, welche als „Verräter“ denunziert worden waren. Auch Stummer (Sozialdemokrat) befand sich unter diesen Verhafteten, wurde aber schon am nächsten Tage nach Klärung seiner völligen Schuldlosigkeit freigelassen. Leider fanden am genannten Tage auch Plünderungen statt.

Nunmehr trat verhältnismäßige Ruhe ein. Die Schulen wurden eröffnet und regelmäßiger Unterricht gehalten. Die Gemeindevertretung wie auch sämtliche anderen Behörden walteten ihres Amtes, der Verkehr nach Norden war frei. Es setzte sofort ein überaus eifriges Parteileben der Sozialdemokratischen Partei ein, da es auch galt, die Wahlen für den konstituierenden Nationalrat vorzubereiten. Politische Aufklärungsvorträge fanden in rascher Folge bei überaus großer Beteiligung statt. Ende Jänner fand, von Bürgerlichen einberufen, eine große, wohl die größte Wählerversammlung, die Ferlach jemals gesehen hat, statt, die der Sozialdemokratischen Partei einen vollen Erfolg brachte. Die darauffolgende Nationalratswahl brachte ein unerwartet günstiges Ergebnis für die Sozialdemokratische Partei.

* * *

Sofort nach der Befreiung Ferlachs von den Jugoslawen wurde darangegangen, Abwehrformationen (Alarmkompagnien) aufzustellen. Das Hauptkontingent dieser Truppe bildeten sozialdemokratische Arbeiter. Kompagnie- und Zugskommandanten waren zum großen Teil Sozialdemokraten (Orasch, Just, Wieser, Weiß, Lora, Dorfer, Weghofer, Poschinger und andere). Diese Alarmzüge hatten, vereint mit der Volkswehr, die Aufgabe, die vorgeschobenen Posten zu besetzen und Patrouillengänge zu machen. Viele sozialdemokratische Arbeiter arbeiteten eine Woche lang beim Schraubstock oder im Eisenwerke, um in der nächsten Woche Militärdienst zu machen, eine Aufopferung, wie sie schöner nicht gedacht werden kann.

Seit 28. Jänner 1919 bereiste eine amerikanische Kommission, bestehend aus Oberleutnant Miles, Professor Coolidge und Leutnant King, das nun frei gewordene Gebiet von Unterkärnten und dem Rosentale und traf in Ferlach am 1. Februar ein. Diese Kommission wurde von der Gemeindevertretung Ferlachs feierlich empfangen, und Gemeindevertreter Weghofer (Sozialdemokrat) setzte in einer längeren, wohl vorbereiteten Rede alle Umstände auseinander, welche die Zugehörigkeit des Rosentales zu Deutschösterreich begründen. Er brachte den bestimmten Willen der überwiegenden Mehrheit der Bewohner dieses Gebietes, seien sie nun Deutsche oder Slowenen, bei Österreich zu verbleiben, markig zum Ausdruck, den Willen, der sich in den bisherigen Kämpfen so ausdrucksvoll gezeigt hatte. Er erklärte auch die wirtschaftlichen Zusammenhänge zwischen dem Rosentale und dem Becken von Klagenfurt und bewies, daß die Karawanken eine Scheidewand sind, die einen Anschluß an Jugoslawien unmöglich machen. Auch zeigten die ältesten Dokumente sowie die Grabsteine auf allen Friedhöfen, daß im Gebiete der Drau seit vielen Jahrhunderten Deutsche und Slowenen in voller Eintracht lebten und leben, wenn sie nicht von außen her in dieser Friedsamkeit gestört werden. Jedenfalls hat diese Bereisung der genannten Kommission und wohl auch die Ansprache Weghofers viel dazu beigetragen, daß die neutrale Kommission den Eindruck empfing, daß die vorgebrachten Wünsche der Kärntner begründet seien. Dieser Umstand mag vielleicht auch mitbestimmend gewesen sein, daß beim Friedensschlusse in Saint-Germain für das südliche Kärntner Gebiet eine Volksabstimmung festgelegt wurde.

* * *

Am 29. April 1919 in frühester Morgenstunde brachen trotz beschlossenen Waffenstillstandes die Jugoslawen, von St. Margareten, Zell, Windisch-Bleiberg und Bärental kommend, überraschend in das Rosental ein. Die Werkssirene rief die Abwehrkämpfer zu den Waffen. Der Waidischer Posten wurde überrumpelt, nur ein Mann entkam. Die Glainacher Posten

waren ebenso überrascht, und kämpften in Unterkleidern erfolgreich gegen die Jugoslawen, wobei sie diese zurückdrängten und viele Gefangene machten. Schon vormittags waren Waidisch und Glainach von den Überfallstruppen befreit. Nachmittags entwickelten sich die Kämpfe von Weizelsdorf im Rosental aufwärts, so daß es gelang, die Überrumppler bis Feistritz zurückzudrängen. In der Nacht noch wurde der Bahnhof letztgenannten Ortes von den Unseren erstürmt. Auch in dieser Kampfzone wurden Gefangene, Tragtiere, Waffen und Munition erbeutet. Am nächsten Tage wurde Rosenbach erreicht, jedoch gelang es nicht, den Karawankentunnel zu säubern. Auf Seite der Jugoslawen gab es zahlreiche Tote und Verwundete, während auf unserer Seite die Verluste viel geringer waren.

Wieder trat die so sehnlich erwünschte Ruhe ein. Die Sozialdemokraten hatten eine große Maifeier vorbereitet. Wegen der vorangegangenen Kämpfe, der allgemeinen Ermüdung und der noch größeren Aufregung der gesamten Bevölkerung konnte diese Feier leider nicht abgehalten werden. Sie wurde bis Juni verschoben, fand aber auch da wegen der folgenden Ereignisse nicht statt.

Anfang Mai 1919 wurde ein großzügiger Angriff gegen die noch im Rosentale verbliebenen slawischen Truppenteile vorbereitet und durchgeführt. Viele auswärtige Alarmtruppen und die gesamten Arbeiter Ferlachs, neben denen die Zahl der bürgerlichen Abwehrkämpfer Ferlachs gering zu nennen war, beteiligten sich daran. Bei stockfinsterner Nacht wurde auf nur wenigen Ansässigen bekannten Gebirgssteigen vorgedrungen. Die Angriffe erfolgten um 4 Uhr morgens und hatten einen vollen Erfolg. Am Abend dieses schönen Maientages war das ganze Rosental von den Jugoslawen gesäubert. Am folgenden Montag war ganz Kärnten frei, da die Volkswehr, unterstützt von Freiwilligen, bis Eisenkappel und darüber hinaus vormarschiert war.

Es ist ein trauriges Kapitel dieser sonst so erfreulichen Abwehrkämpfe, daß in den vielen von unseren Kämpfern eingenommenen Orten leider wiederholt Plünderungen vorkamen, welche den späteren Abstimmungsarbeiten viel

schadeten. Es gab Leute, die im allgemeinen Siegestaumel sich bietende Gelegenheiten benutzten, um sich fremdes Eigentum anzueignen, oftmals auch dieses völlig unnützerweise zu zerstören. Festgestellt ist aber, daß kein Mann der Arbeiterformationen sich solcher Verfehlungen schuldig machte.

Nunmehr benützten die Sozialdemokraten die wieder eingetretene Ruhe, um die bevorstehende, der späteren Ereignisse wegen aber nicht durchgeführte Landtagswahl vorzubereiten und Wählerversammlungen selbst in den kleinsten Orten abzuhalten. Die Aussichten für die Sozialdemokratische Partei standen diesmal besonders günstig, weil sich die Sozialdemokraten wegen ihres mannhaften Eintretens für die Befreiung vom jugoslawischen Joch hervorragende, allgemein anerkannte Verdienste erworben hatten.

Es galt aber auch, die erkämpfte Freiheit zu sichern. Zu diesem Behuf wurden die schon früher bestandenen Patrouillenformationen wesentlich verstärkt. Dies war um so nötiger, als die früher in Ferlach und Umgebung stationierte Volkswehr nach Eisenkappel verlegt worden war. Abermals stellten sich zumeist Industriearbeiter in den Dienst dieser besonders nötigen Sicherungsmaßnahmen. Geführt wurden diese Patrouillen von den schon früher erwähnten Zugkommandanten.

Bald drängten die Jugoslawen wieder über die Bergkämme der Karawanken und wiederholt stießen die Patrouillen mit diesen zusammen, wobei es Kleinkämpfe und auch Gefangene und Tote auf unserer Seite gab. Immer mehr verstärkten sich die Meldungen, daß der Gegner neuerlich, diesmal aber mit serbischem Militär, vorstoßen werde. Leider wurden diese Befürchtungen zur Wahrheit.

* * *

In den Morgenstunden des 27. Mai 1919 rief durch unausgesetztes, markerschütterndes Heulen die Werkssirene alle waffenfähigen Männer Ferlachs zu den Waffen. Überall wurde die Arbeit sofort niedergelegt und die Alarmformationen besetzten die ihnen zugewiesenen Gebiete, da es galt, einen letzten Waffen-

gang zu wagen. Die Ferlacher Kämpfer, unterstützt von vielen auswärtigen Formationen, hatten die Aufgabe, das Waidischthal und das Loibltal zu schützen und hier die Eindringlinge abzuwehren. Aufopfernd, mit vielen Verlusten, wurde an diesem Tage, die ganze Nacht und am darauffolgenden Christi-Himmelfahrts-Tage gekämpft. Besonders heftig war der Kampf in der Sapotnitz am „Posch“. Diese Stellung wurde erst aufgegeben, nachdem jede Flankensicherung abgezogen war. Der Kommandant dieser Stellung war ein Sozialdemokrat. Alle Mühe, alle Opfer waren vergebens gegenüber den zahlenmäßig weit überlegenen, wohlausgerüsteten und kampfgewohnten, von aktiven Offizieren befehligten serbischen Truppen. In später Nacht dieses unvergeßlichen Christi-Himmelfahrts-Tages rückten die Serben in Ferlach ein. Ihnen entgegen zogen einige Sozialdemokraten, um vom Kommandanten zu erbitten, er möge Denunziationen, gewöhnlich hervorgegangen aus selbstsüchtigen Racheplänen, so lange nicht glauben, als bis die Wahrheit der Anschuldigungen von ihm erforscht sei. Auch wurde um Schonung des Marktes und um Schutz vor Plünderung gebeten. Dies versprach der kommandierende Major und hat das gegebene Versprechen auch eingehalten.

Schon in der Nacht am 27. und während des ganzen Tages am 28. Mai flüchtete ein großer Teil der bürgerlichen Bewohnerschaft über die Drau nach Klagenfurt und weiter. Auch einzelne Arbeiter mußten, allerdings erst, nachdem jede Abwehr als vergeblich erkannt worden war, ihre Heimatstätte verlassen, weil sie wegen ihrer besonders eifrigen Abwehrtätigkeit Denunziationen und die Rache der einrückenden Serben zu befürchten hatten.

Noch in den Morgenstunden zum 29. Mai wurde durch Austrommeln verkündet, daß das Standrecht über den Ort verhängt sei und daß sämtliche Waffen unverzüglich abzuliefern seien. Wenn auch von seiten der einziehenden Truppen Plünderungen im Orte hintangehalten wurden, so geschahen diese doch vielfach von jugoslawisch gesinnten Einheimischen und von aus Krain herübergekommenen dunklen Elementen. Am meisten litten

darunter der wohleingerichtete „Karawankenhof“ und die Ogris-Werkstätte. Auch setzte bald die Gefangennahme der am Abwehrkampfe hervorragend beteiligten oder sonst unliebsamen Personen ein. Unter anderen wurden auch die Sozialdemokraten Lora, Dorfer und Heinzl sowie der Sprengelarzt Dr. Vetter nach Laibach und später nach Serbien transportiert, von wo sie erst Ende September zurückkehren durften.

Auf unaufgeklärte Weise wurde beim Bahnhof Unterbergen ein jugoslawischer Wachtposten angeschossen. Die Folge davon war die Verlautbarung folgender Kundmachung von seiten des Militärkommandos:

„Auf Befehl des Höchstkommandos wird folgendes zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung kundgemacht:

1. Jene Dörfer, welche sich dem gegenwärtigen Zustand widersetzen, werden mit der gesamten Bevölkerung vollständig niedergemacht.

2. Für jeden getöteten oder verwundeten jugoslawischen Soldaten im Gemeinderayon werden 25 Deutsche oder Renegaten erschossen.

3. Im Gemeinderayon, wo Telephondraht zerschnitten wird, bzw. die Brücken, Viadukte, Eisenbahnstrecken beschädigt werden oder versucht wird, dieselben zu beschädigen, oder auf die Eisenbahnzüge geschossen wird, werden die Bürgermeister und der ganze Gemeindeausschuß bzw. alle politisch verdächtigen Personen unter das Standrecht gestellt und werden gegen die Bevölkerung die strengsten Repressalien vorgenommen.

4. In Häusern, in denen nach dieser Kundmachung Waffen und Munition und anderes Kriegsmaterial noch vorgefunden werden, wird der Besitzer bzw. der Verwalter unter das Standrecht gestellt.

5. Im Dorfrayon, wo die deutschen Patrouillen erscheinen, müssen diese von der Ortsbehörde entwaffnet werden, bzw. muß das nächste Militärkommando davon sofort

verständigt werden; im entgegengesetzten Falle werden gegen die Bevölkerung die strengsten Repressalien vorgenommen. Das gleiche geschieht mit Dörfern und deren Bewohnern, denen man nachweisen kann, daß sie mit geflüchteten deutschen Soldaten in Verbindung stehen.“

Bis 4. Juni gab es nun fortgesetztes Artilleriefeuer zwischen den auf der Sattnitz postierten österreichischen und den am Karawankenfuß aufgestellten serbischen Geschützen. Die zurückgebliebene Bevölkerung von Ferlach stand in steter Gefahr, von den Geschossen der österreichischen Artillerie getroffen zu werden. Der Sozialdemokrat Rauber wurde getötet, einige andere Personen, unter diesen auch das sozialdemokratische Parteimitglied Josefine Ebner, wurden erheblich verletzt. Die Ogris-Werkstätte und die Häuser der Besitzer Obiltschnig und Huß erhielten Volltreffer. Am stärksten war das Feuer am 4. Juni, an welchem Tage sich die serbischen Truppen den Übergang über die Drau erzwingen; die Eisenbahn- und Bundesstraßenbrücke sowie die Überfuhren über diesen Fluß waren schon am 28. April von den zurückweichenden Österreichern gesprengt worden.

* * *

In Ferlach wurden nun eine Bezirkshauptmannschaft mit eigener Polizeiabteilung, ein serbisches Militär- und Stationskommando, Bezirksgericht, Steueramt und andere Ämter eingesetzt. Die Schulen blieben noch geschlossen. Das wirtschaftliche Leben kam allmählich wieder in Betrieb. Die bürgerliche Gesellschaft hatte jedwedes Selbstvertrauen verloren, während die Sozialdemokratische Partei sich bald wieder ihrer Stärke bewußt wurde. Ein Zeichen dafür ist das mannhafte Eintreten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft der Kärntnerischen Eisen- und Stahlwerksgesellschaft für den technischen Leiter dieses Werkes, den Oberingenieur Albert Reinhard, der von den Jugoslawen interniert worden war, aber auf das energische Eintreten der Arbeiter dieses Werkes hin bald auf freien Fuß gesetzt werden mußte.

Die Bezirkshauptmannschaft wurde bald nach der Besetzung Ferlachs im Voigtschen Schloß errichtet. Der erste Bezirkshauptmann, ein älterer Herr aus Krain, behandelte die einheimische Bevölkerung — auch die Deutschen — mit einer gewissen Rücksicht. Diese Haltung wurde jedoch von den einheimischen nationalen Slowenen nicht gebilligt, vielleicht auch mißverstanden. Auf Betreiben dieser Kreise verschwand der alte Herr nach sechs bis acht Wochen. Rückschauend kann gesagt werden, daß die Politik dieses ersten jugoslawischen Bezirkshauptmannes die weitaus gefährlichere war als die seines Nachfolgers Ferjančič und des Kommissärs Hacin. Diese Herren führten ein System der Bspitzelung und Verfolgung österreichisch gesinnter Personen ein, dessen Folge das gerade Gegenteil des Beabsichtigten war: es erregte Unmut, Haß, Widerstand. Die alte Gemeindevertretung von Ferlach hielt ihre letzte Sitzung am 5. Juni 1919 ab. Es war nur ein Teil der Vertreter anwesend, da der andere nach Deutschösterreich geflüchtet war. An der Sitzung nahm auch ein vom Stationskommando bestimmter Vertreter der Slowenen teil.

Wir entnehmen dem Sitzungsprotokoll folgende Beschlüsse:

„1. Jenen größeren Unternehmungen, welche wegen der Abschließung von Deutschösterreich nicht in der Lage sind, die Wochenlöhne auszuzahlen, soll das Wirtschaftsamt der Gemeinde die erforderlichen Geldmittel vorstrecken.

2. Der anlässlich der Beschießung von Ferlach getötete Arbeiter R a u b e r wird auf Gemeindekosten bestattet.“

Unter dem Bezirkshauptmann Ferjančič wurde eine neue Gemeindevertretung eingesetzt, welcher sechs Slowenen, sechs Sozialdemokraten und zwei Deutschbürgerliche angehörten. Die erste Sitzung wurde am 5. August 1919 abgehalten. Gegenstand der Sitzung war die Konstituierung der Gemeindevorstellung und des Ortsschulrates. Zum Gemeindegerechten wurde Ludwig Borovnič d. Ä. ernannt, zum Ortsschulratsobmann der Sozialdemokrat Karl Stummer gewählt. In der ersten Zeit nach der Räumung des Rosentales durch die Kärntner

Truppen und der Besetzung desselben durch die Jugoslawen herrschten wohl Niedergeschlagenheit und Sorge. Aber der humanen Haltung des ersten Bezirkshauptmannes und der militärischen Befehlshaber zufolge trat bald eine gewisse Beruhigung ein. Die Jugoslawen sorgten für Zuschub von Lebensmitteln und für Arbeit. Das Geschäft ging bald gut, die Arbeiter verdienten. Die bürgerlichen Kreise deutscher Richtung hatten sich zum Teil mit der nun einmal gegebenen Lage abgefunden und hätten sich wohl kaum jemals wieder aus eigener Kraft zu einem Widerstand aufgerafft. Dieser kam vielmehr von seiten der Arbeiterschaft, als sich die Verwaltungsmethoden änderten.

* * *

Das erste Wiederaufleben der Sozialdemokratischen Partei und damit des politischen Lebens knüpft sich an den 19. Juli 1919, den Tag des Europa-Generalstreiks. In einer auf dem Marktplatz abgehaltenen Versammlung wurde gegen den Gewaltfrieden Protest erhoben. Redner war der Sozialdemokrat Socher. Die Versammlung war gut besucht.

Ein zweites bemerkenswertes Ereignis war eine Veranstaltung des Arbeitergesangsvereines „Stahlklang“ im August 1919. Die Bezirkshauptmannschaft hatte sie zuerst untersagen wollen, aber dann, nach Befragen des hier stationierten Generals Majster, doch gestattet. Majster stellte dem Arbeitergesangsverein sogar die Militärmusik zur Verfügung und erschien selbst mit seinen Offizieren beim Just, woselbst das Fest stattfand. Es fand sich eine große Menschenmenge ein, auch aus der Umgebung, die zum weit überwiegenden Teil österreichisch gesinnt war. Da außerdem nur deutsche Lieder gesungen wurden, erhielt das Fest einen zwar nicht aufdringlichen, aber doch merkbaren österreichisch-republikanischen Charakter. Alles lebte auf in dem Empfinden, endlich wieder frei handeln zu dürfen. Das Fest hinterließ einen nachhaltigen, befreienden Eindruck.

Diese Veranstaltung scheint sicher mitbestimmend für die nun einsetzende strengere Handhabung der Verwaltung durch die Jugoslawen gewesen zu sein. Die Strenge richtete sich natür-

lich gegen solche Personen, die im Geruche standen, österreichisch gesinnt zu sein. Sie äußerten sich in kleineren und größeren Drangsalierungen, auch in Ausweisungen. Kein Wunder, daß die so Behandelten Schutz suchten, den sie auch in der schon im Erstarken begriffenen Sozialdemokratischen Partei Ferlachs fanden. Viele sonst deutschbürgerlich Eingestellte ließen sich damals in die sozialdemokratischen Parteilisten eintragen. Die Partei wurde zum Schutz und Schirm aller republikanischen Österreicher.

Die Partei war im Wachsen, im Erstarken und bedurfte dringlich eines unerschrockenen, unabhängigen Führers, der die sich regenden Kräfte zusammenzufassen und richtig zu lenken verstand. Dieser Führer fand sich in der Person des Fachlehrers Georg Lora, welcher Ende September 1919 mit anderen aus der Nischer Gefangenschaft zurückkehrte. Um den Nachweis einer regelmäßigen Beschäftigung erbringen zu können, wurde er zum Sekretär des Metallarbeiterverbandes bestellt. Im geheimen arbeitete er an der Vorbereitung für die Abstimmung und sorgte dafür, daß eine, wenn auch geheime, so doch regelmäßige Verbindung mit Deutschösterreich, mit dem Kärntner Heimatdienste, herbeigeführt wurde. Die Jugoslawen erkannten oder ahnten seine Gefährlichkeit und ließen aus Krain Pseudo-Sozialisten kommen, um auf die Art zu erweisen, daß die Anwesenheit und Arbeitstätigkeit Loras für die Sozialdemokratische Partei überflüssig sei. Sie suchten nach Vorwänden, um Lora ausweisen zu können.

Anfang September 1919 wurden die Volks- und Bürgerschulen eröffnet. Direktor der Bürgerschule war Professor Doktor Mischitz, ein Ferlacher, Bezirksschulinspektor Lehrer Aichholzer, ein Kärntner. Man muß sagen, daß die Jugoslawen auch auf schulpolitischem Gebiete wenig Geschick zeigten. Sie machten vor allem den einen Fehler, daß sie die Kinder möglichst rasch slowenisieren wollten. In den unteren Klassen der Volksschule wurde rein slowenisch unterrichtet, in den oberen Klassen und in der Bürgerschule hauptsächlich slowenisch. Die deutschen

Kinder, aber auch die einheimischen „Windischen“ verstanden das Schriftslowenisch nicht. Der Übergang war zu rasch. Die Eltern, nicht nur die deutschen, faßten Abneigung gegen Schule und Lehrer, in welch letzteren man nur jugoslawische Agitatoren, nicht Schulmänner erblickte. Man sagte sich, daß es mit der Slowenisierung der Schule keine zu große Eile habe, weil ja erst das Plebiszit über die bleibende Staatszugehörigkeit entscheiden werde. Warum also das Drängen? In einem Jahre kann man aus Deutschen keine Slowenen machen. Ergötzlich war es, zu sehen, welch merkwürdige Mittelchen bei diesen Versuchen angewendet wurden: es erhielten die Kinder eines rein deutschen Ehepaares, die zum erstenmal in slowenischer Sprache unterrichtet wurden, aus Slowenisch die Note „1“, aus Deutsch, ihrer Muttersprache, „5“.

Während der Winterszeit gab es der Reihe nach kleine gesellige Veranstaltungen seitens der Sozialdemokraten, die gut besucht wurden. Auch Bürgerliche nahmen daran mit besonderer Vorliebe teil. So veranstaltete die Sozialdemokratische Partei am 31. Dezember einen überaus stark besuchten Silvesterabend. Von allen Richtungen, aus dem ganzen Tale kamen die Leute schon um 3 Uhr nachmittags, um ja ein Plätzchen sich zu sichern. Die Veranstaltung war geradezu imposant und förderte das Vertrauen auf einen guten Ausgang der in Sicht stehenden Volksabstimmung. Im Monat Jänner gab es zwei Tanzkränzchen im Gasthofs Just, deren Abhaltung schon das Mißtrauen der jugoslawischen Behörde hervorrief und nur mehr durch Drohung erzwungen werden konnte. Die Einladungen ergingen immer in deutscher Sprache. Es wurde nun verlangt, gleichzeitig auch slowenische Einladungen auszugeben. Dem Verlangen wurde in der Weise entsprochen, daß eine nur geschriebene Einladung in windischem Dialekt in die Auslage des Konsumvereines gegeben wurde.

* * *

Das unentwegte Festhalten der Sozialdemokraten am Menschenrechte und an ihrer Freiheit einerseits, anderseits aber

auch der Umstand, daß es jugoslawischen Spitzeln gelang, sich als Sozialdemokraten ausgebend, in Parteisitzungen sich einzuschmuggeln und die dort erlauschten Abmachungen an die gegnerische Stelle zu überbringen, erregten größtes Mißtrauen der uns aufgezwungenen Behörde. Diese wußte sich nicht anders zu helfen, als daß sie den Führer der Bewegung, Fachlehrer Lora, ausweisen zu müssen glaubte. Der Ausweisungsbefehl wurde also gegeben, und alle Versuche, denselben rückgängig zu machen, scheiterten. Dieser furchtlose Parteiführer wich aber erst von seiner Stelle, als er unter Gendarmeriebedeckung gewaltsam an die Demarkationslinie eskortiert wurde. An seine Führerstelle traten sofort andere.

Das Spitzelwesen nahm immer mehr überhand. Alle Kreise der Bevölkerung waren von niedrigen Angebern durchseucht und jedermann mußte fürchten, daß er wegen der geringsten mißliebigen Bemerkung denunziert werde. Es war darum ein selbstverständliches Bedürfnis aller Sozialdemokraten, sich nur in unbedingt verlässlichen Kreisen zu bewegen. Diesem Bedürfnisse entsprach die Gründung einer Arbeiter-Dilettantenbühne — sie besteht heute noch in voller Blüte —, welche am 28. Februar 1920 ihre erste Theatervorstellung gab. Da Theaterstücke nicht zur Verfügung standen, mußte ein solches von einem Arbeiter erst geschrieben werden. Der Aufführung wurden große Schwierigkeiten entgegengestellt. Es wurde verlangt, daß auch slowenische Stücke gespielt werden. Tatsächlich wurde auch ein solches gespielt. Die Aufführung desselben erregte aber darum die heiterste Stimmung, weil von den Darstellern die slowenische Schriftsprache nicht genügend beherrscht wurde, sie sich also des „Windischen“ bedienen mußten, was zu Verwechslungen Anlaß gab.

Das alles waren kleine Episoden, welche keinen anderen Zweck verfolgten, als die Mißstimmung gegen die Jugoslawen zu vergrößern, die Zuversicht auf den guten Ausgang der Volksabstimmung zu heben und die Treue für Österreich zu stärken. Es war ein zäher Kleinkrieg, der von der Sozialdemokratischen Partei mit Geschick und viel Erfolg ausgekämpft wurde.

So kam der erste Mai 1920. Dieser Tag wird unvergeßlich bleiben, solange es eine Geschichte der Sozialdemokratischen Partei in Ferlach geben wird. Völlige Arbeitsruhe herrschte in allen Betrieben, ob sie gewerblicher oder landwirtschaftlicher Art waren, ob Sozialdemokraten darin beschäftigt waren oder nicht. Die Hauptfeier war für Nachmittag nach Tratten verlegt worden, um auch in bäuerlichen Orten Stimmung und Festigkeit für den Anschluß an Österreich zu erzeugen. Dem Festzuge dorthin schloß sich die ganze österreichisch gesinnte Bevölkerung Ferlachs ohne Unterschied der Partei an. Die sonst größten Feinde der Arbeiter wetteiferten im Bestreben, daran teilzunehmen. Es war ein Zug, wie er in Ferlach nie gesehen ward. Es herrschte eine Stimmung der Zuversicht und Kampfentschlossenheit, die mit Worten nicht geschildert werden kann. Das Fest legte beredtes Zeugnis davon ab, daß sich die ganze Bevölkerung unter die Führung der Sozialdemokratie widerspruchslos und begeistert gestellt hatte. Auf die jugoslawischen Machthaber wirkte dieser Erfolg so, daß sie bis zum Erscheinen der Interalliierten Abstimmungskommission kein weiteres Fest und keine öffentliche Veranstaltung mehr zuließen. Es blieb den sozialdemokratischen Parteimitgliedern darum nichts anderes mehr übrig, als Wanderungen auf die Berge und in die Umgebung des Ortes, scheinbar ohne Verabredung, zu veranstalten. Diese Wanderungen waren massenhaft besucht und trugen zur Aufmunterung — auch der Landbevölkerung — nicht wenig bei.

Es muß erwähnt werden, daß während dieser ganzen Zeit, also mehr als ein Jahr lang, das Betreten österreichischen Bodens nur mit Passierscheinen erlaubt war und daß solche Scheine nur „verlässlichen“ Personen ausgestellt wurden.

* * *

Dem heftigen Drängen der Bevölkerung nach endlicher Öffnung der Demarkationslinie konnte die inzwischen eingesetzte Interalliierte Abstimmungskommission nicht längeren Widerstand entgegensetzen, und am 7. August 1920 durften alle Personen, welche im Abstimmungsgebiete beheimatet waren, in ihren

Standort zurückkehren, nachdem vorher das jugoslawische Militär abgezogen war und an dessen Stelle eine aus Einheimischen gebildete Gendarmerie eingesetzt wurde. Am 7. August zog ein langer Zug mit fast unzählbaren Fuhrwerken, festlich geschmückt, in freudigster, hoffnungsvollster Stimmung von Klagenfurt über die Hollenburger Höhe ins Rosental und nach Ferlach. Der Begrüßungsjubel war ungeheuer. Aber schon auf der Dobrova mußten die Heimkehrer die Strenge der jugoslawischen Verwaltung verspüren. Regierungskommissär H a c i n hatte sich mit einem Gendarmerieaufgebot dortselbst aufgestellt, um die freudige Begeisterung zu dämpfen und jede frohe Stimmung zu unterdrücken. Dies gelang ihm aber nur zum Teil, weil sich die überschäumende Begeisterung der Volksmenge nicht völlig eindämmen ließ. Ein Sozialdemokrat wollte auf dem Marktplatze eine Begrüßungsansprache halten, er wurde aber daran von dem genannten Kommissär gehindert. Nur allmählich löste sich der lange Zug auf, und neue Begeisterung und neuen Siegeswillen brachten die Heimkehrer unter die bedrückte Volksmenge. Die Interalliierte Kommission hatte den Befehl gegeben, daß durch Fahnen und Abzeichen die Bevölkerung ihren Zugehörigkeitswillen offenbaren dürfe. Davon wurde der ausgiebigste Gebrauch gemacht und auf dem ganzen Wege wurde der genannte Heimkehrerzug von weiß-roten Flaggen begrüßt. Besonders in Ferlach zeigten fast alle Häuser diese bisher so streng verbotenen Farben, in allen Knopflöchern steckten weiß-rote Bändchen und Weiß-Rot war überhaupt nunmehr Trumpf.

Nun galt es, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln einen guten Ausgang der bevorstehenden Volksabstimmung vorzubereiten. Für das ganze Abstimmungsgebiet war in Klagenfurt der „Kärntner Heimatdienst“ eingesetzt worden. Er gliederte sich in Bezirks- und Ortsarbeitsstellen. Das Protokoll der gründenden Sitzung der Ferlacher Ortsarbeitsstelle liegt vor. Die Sitzung fand am 17. August 1920 statt. Die Stelle nannte sich „Heimatrat“ und hatte sich zur Aufgabe gemacht, überallhin zugunsten des Anschlusses an Österreich aufklärend zu wirken. Am nötigsten war die Aufklärung für die Schwankenden. Auf die war mit aller

Entschiedenheit ohne Unterlaß einzuwirken. Es wurde auch für möglich gehalten, dermalen noch für SHS Gesinnte in unsere Reihen zu bringen. Die „stille Arbeit“ wurde als die wirksamste erklärt. Alle Abstimmungsberechtigten sind in Listen zu verzeichnen und deren Gesinnung ist mit aller Genauigkeit zu erheben. Zu diesem Zwecke ist ein allwöchentlicher „Stimmungsbericht“ aufzunehmen. Eine besondere Aufgabe des Heimatrates ist es, der Abstimmungskommission alle jene Unterlagen zu verschaffen, welche für die Aufnahme oder Nichtaufnahme in die offiziellen Abstimmungslisten von Entscheidung sind. Dies bedarf natürlich der weitestgehenden Erhebungen in den verschiedensten Gemeinden von Österreich und oft auch darüber hinaus. Dem Ferlacher Heimatrate gehörten siebzehn Personen an; davon waren elf Sozialdemokraten und sechs Bürgerliche. Zum Obmann wurde der Sozialdemokrat Rochus P a r t l, zum Schriftführer der Sozialdemokrat Michael Schneider gewählt. Strengste Verschwiegenheit wurde allen Mitgliedern zur unbedingten Pflicht gemacht. Die Mitglieder gaben sich gegenseitig durch Handschlag das Gelöbnis der Treue und Aufrichtigkeit.

Obmann der Bezirksarbeitsstelle war Fachlehrer Georg L o r a. Auch dieser Arbeitsstelle gehörte eine große Zahl von Mitarbeitern an, die die einzelnen Referate auszuarbeiten und vorzulegen hatten. Die große Mehrheit dieser Arbeiter waren auch Sozialdemokraten.

Die Interalliierte Abstimmungskommission setzte für jede Abstimmungsgemeinde eine Abstimmungskommission ein. Diese Kommissionen bestanden aus je sechs Mitgliedern, von denen drei aus den österreichisch und drei aus den jugoslawisch gesinnten Gemeindebewohnern entnommen wurden. Der Abstimmungskommission Ferlach gehörten Ignaz Weghofer (Sozialdemokrat), Max Tschinkowitz und Johann Schaschl-Outschar als österreichisch gesinnte und Anton Lečnik, Anton Stangl und Sebastian Borovnik als jugoslawisch gesinnte Mitglieder an. Zum Präsidenten der Kommission wurde Ignaz Weghofer, zu dessen Stellvertreter Anton Lečnik ernannt. Die Abstimmungskommission hatte die

Aufgabe, alle Abstimmungsberechtigten in Listen zu verzeichnen und die Volksabstimmung durchzuführen. Lag das Stimmrecht einer Person nicht eindeutig klar zutage, so ergab sich bei der Abstimmung über die Aufnahme in die Liste immer eine Stimmengleichheit für und wider. In allen diesen Fällen entschieden endgültig drei Mitglieder der Interalliierten Kommission, die „Distriktskommission“, von denen einer ein Franzose, der andere ein Italiener und der dritte ein Engländer war. Diese drei Herren hatten ständigen Aufenthalt in Ferlach, dem Hauptorte des Distriktes „B“, genommen und trafen von Zeit zu Zeit bei den Ortsabstimmungskommissionen ein, wo sie sich über den Fortgang der Arbeiten erkundigten und die Entscheidungen im Falle der Stimmengleichheit trafen.

Orts- und Bezirksstelle des Heimatdienstes sowie die Abstimmungskommission hatten alle Hände voll zu tun. Es muß festgestellt werden, daß mit einem Eifer und einer Einheitlichkeit gearbeitet wurde wie noch nie.

Diese Vorbereitungszeit war erfüllt von aufregenden Zwischenfällen aller Art. Einige derselben sollen hier angeführt werden: Am 29. August fand auf dem Hauptplatz in Ferlach eine große Volksversammlung statt. Vorsitzender derselben war der Sozialdemokrat Socher (Rochus Partl war das Abstimmungsrecht nicht zuerkannt worden, er durfte darum auch nicht den Vorsitz führen). Referenten waren für die Sozialdemokraten L o r a, für die Bürgerlichen Jak. L u t s c h o u n i g, welcher letzterer in slowenischer Mundart sprach. Die Versammlung war außerordentlich stark von weit und breit besucht. Sie endete mit einem vollen Erfolge für den österreichischen Gedanken und trug zweifellos viel zum Gelingen der Abstimmung bei. — Kurz danach sollte eine ähnliche Versammlung auch in Feistritz im Rosentale abgehalten werden. Leider waren die Feistritzer Arbeiter nicht stark genug, dieselbe entsprechend vorzubereiten. Von Ferlach aus fand sie einen besonders starken Zuzug. Die Ferlacher marschierten geschlossen unter Vorantragung einer Kärntner Fahne nach Feistritz. Dort fanden sie den Versammlungsplatz von jugoslawischen Turnern besetzt. Die Redner-

tribüne und die umstehenden Bäume waren voll von Gegnern. Die aus Krain vielfach zu diesem Zwecke zugereisten Jugoslawen hatten schon am Vormittag die einheimischen Anhänger Österreichs so terrorisiert, daß sich dieselben nicht einmal aus den Häusern trauten und erst nach Ankunft der Ferlacher allmählich zum Vorschein kamen. Die Gendarmerie nahm sich nicht die Mühe, Ordnung herzustellen, da sie ja den Wunsch hatte, einen ähnlichen Erfolg wie in Ferlach hintanzuhalten. So gab es keine Möglichkeit, die Versammlung abzuhalten, und die Kärntner, die von weit und breit herbeigeeilt waren, mußten sich zerstreuen. Einen günstigen Erfolg für uns hatte die versuchte Versammlung aber doch: alle Teilnehmer sahen, welch balkanische Art die Jugoslawen einzuführen gewillt waren; das wirkte sicher aufklärend.

Die Jugoslawen unterließen kein Mittel, um für sich Stimmung zu machen. Besonders die Beteiligung mit Lebensmitteln war für sie die ausgiebigste Agitation. Natürlich mußte auch von unserer Seite versucht werden, dem entgegenzuarbeiten. Anweisungen für Salz, Zucker, Petroleum, Leder und auch Kleiderstoffe wurden an Minderbemittelte verteilt. Diese konnten sich die Waren in Klagenfurt holen, da sie auf andere Art nicht nach Ferlach gebracht werden konnten. Dies nahmen die Jugoslawen wieder zum Anlasse, den Heimatdienst des streng verbotenen Stimmenkaufes zu beschuldigen. Sie versuchten, die Tätigkeit desselben dadurch lahmzulegen, daß sie alle seine Schriftstücke mit Beschlagnahme belegten und sie in einer Kiste zur Bezirkshauptmannschaft brachten.

Der ganzen Bevölkerung von Ferlach bemächtigte sich daraufhin eine ungeheure Erbitterung. Es gab auf dem Hauptplatz und besonders auch vor der Fachschule, in welcher die Interalliierte Kommission amtierte, eine aufgeregte Menschenansammlung. Das dauerte bis zum Abend. Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes drohten mit der Stilllegung der Maschinen und alle anderen Arbeiter mit dem Streik. Diese ungewöhnliche Erregung veranlaßte die Interalliierte Kommission, dem mutvollen Drängen des Sozialdemokraten Partl, der Obmann der Heimatdienst-

ortsgruppe war, stattzugeben und die beschlagnahmte Kiste mit allen ihren Schriftstücken zurückzuerstatten. Ja, der Gendarmerieoffizier, der die Beschlagnahme durchgeführt hatte, wurde noch am nächsten Tage von seinem Dienstposten abgezogen. Unter ungeheurem Jubel wurde die Kiste wieder in die Arbeitsstelle zurückgetragen.

Schon einige Tage vor dem 10. Oktober hatten die Jugoslawen aus Laibach, Marburg, Agram und vielen anderen Orten große Scharen von Turnern (Sokoln), die alle mit Stöcken ausgerüstet waren, in die Abstimmungszone dirigiert, und auch Ferlach war voll von diesen „Prügelbanden“. Sie hatten die Aufgabe, durch Terror aller Art die Wähler einzuschüchtern, sie für Jugoslawien umzustimmen oder sie von der Abstimmung fernzuhalten. Diesem Terror konnte von unserer Seite nur dadurch begegnet werden, daß auch wir kräftige Männer in die Abstimmungsorte schickten, um so die Sokoln im Zaum zu halten. Von Klagenfurt zogen große Scharen, vor allem republikanisch begeisterte Arbeiter, in alle Teile der Abstimmungszone. Freilich gab es da vielfach Zusammenstöße, aber der Terror war gebrochen, die Abstimmungsfreiheit war gesichert.

Der Verlauf der Abstimmung ist zu bekannt, als daß er hier eingehend beschrieben werden sollte.

Nach vollzogener Abstimmung war es die Hauptaufgabe der berufenen Stellen, in Ruhe und Ordnung die Verwaltung in österreichische Hände überzuführen. Auch das gelang klaglos. Eine Teilaufgabe davon hatte Bürgerschuldirektor Weghofer (Sozialdemokrat) zu lösen, indem er im Auftrage der Interalliierten Distriktskommission „B“ alle Schulen dieses Distriktes zu bereisen und dort die Übergabe der Schulen an die österreichischen Ortsschulräte zu bewirken hatte. Dabei fand er allerdings manches Hindernis; aber auch dieser Akt vollzog sich fast klaglos. Leider mußte dabei festgestellt werden, daß viel Schulinventar von den Jugoslawen geplündert worden war.

Wegen Rückgabe solchen Diebsgutes aus der Bürgerschule in Ferlach verhandelte Weghofer mit dem jugoslawischen Bezirkskommissär Hacin. Dabei gab es unter anderem folgen-

des Gespräch: Hacin: „Wir müssen jetzt zwar das slowenische Kärntner Gebiet auf Befehl der Interalliierten Kommission verlassen, wir werden aber dahin zurückkehren.“ Weghofer: „Wie stellen Sie sich das vor, was sollte Anlaß oder Recht dazu geben?“ Hacin: „Es wird in Österreich zu Unruhen kommen, und das wird uns veranlassen, unsere Konnationalen zu schützen und in das jetzige Abstimmungsgebiet zurückzukehren.“

Nach Abzug der Jugoslawen wurde die Ruhe durch nichts mehr gestört. Den großen Einfluß, den die Sozialdemokraten in Ferlach sich erworben hatten, benützten sie dazu, um alles zu vermeiden, was zu nationalen Reibereien Anlaß geben könnte. Dieses Prinzip verfolgen sie heute noch, und zwar mit dem besten Erfolg. In Ferlach leben die beiden Volksstämme in Eintracht. Die Zeit nationaler Kämpfe ist vorbei und wir hoffen zuversichtlich, daß sie nie wiederkehren wird.

E I S E N K A P P E L

VON FRANZ HADERLAPP

x Am 11. November 1918 fuhr am Marktplatze in Eisenkappel ein Lastauto, von Krain kommend, vor. Ihm entstiegen zehn Soldaten und ein Offizier, die auf ihren Mützen Kokarden mit den slawischen Farben Blau-Rot-Weiß trugen. Dem Auto folgten zu Fuß vier weitere Mann, die eine Feldtelephonlinie legten. Nach kurzem Aufenthalte zogen sie alle nach Miklauzhof weiter.

Den Vorgang belächelten alle Leute, die ihn sahen, am meisten die vom Kriege eben zurückgekehrten Männer, denn man wollte es nicht glauben, daß man trotz der im Weltkriege gemachten furchtbaren Erfahrungen noch immer Krieg spielen könne.

Aber mit jedem Tage zogen immer mehr jugoslawische Militärkräfte durch Eisenkappel gegen die Drau.

Am 13. November 1918 erschien in Eisenkappel der jugoslawische Gendarmerierittmeister Zvachte mit einigen slowenischen Beamten und Gendarmen. Dieser begab sich zuerst auf den Gendarmerieposten. Dort erklärte er den österreichischen Beamten, daß nun Eisenkappel jugoslawisches Gebiet sei, und forderte von diesen, daß sie entweder in jugoslawische Dienste treten oder sonst den Posten verlassen müßten. Zu dieser Zeit versah die Stelle des Postenkommandanten der Wachtmeister Pacher Philipp; ferner war der Vizewachtmeister Kreiner Josef dort ständig eingeteilt. Die beiden Gendarmen traten, in der Ansicht, daß der Rittmeister zu Recht verhandle, in den jugoslawischen Dienst über.

Die Marktgemeinde Eisenkappel wurde vom Bürgermeister Josef Niederdorfer geleitet; den Dienst eines Gemeindesekretärs versah Max Micheutz.

Der Rittmeister Zvachte kam nun auch in die Gemeindekanzlei und forderte von Niederdorfer und Micheutz die Übergabe der Amtsgeschäfte. Die Stelle eines jugoslawischen Gemeindeverwalters sollte der Postmeister Drobnitsch, jene des Sekretärs der aus Krain gekommene Lehrer Koch versehen.

Drobnitsch und Koch übernahmen also die Gemeinde, die Schule und Sparkasse und führten überall die jugoslawische Verwaltung ein.

Nun wurden strenge Bestimmungen erlassen, denen zufolge u. a. die Gasthäuser um 9 Uhr abends sperren mußten, jedwede Versammlung verboten war und angeordnet wurde, daß alle deutschen Aufschriften von den Häusern verschwinden sollten.

Am 26. Dezember 1918 wurde der Gendarmerieposten mit jugoslawischen Gendarmen verstärkt; im Gregorhofe ist einige Tage darauf eine Gendarmerie-Ausbildungsschule eröffnet worden, deren Leitung der ehemalige österreichische Postenkommandant Potnik aus dem Rosentale übernahm. Gleichzeitig wurde der Schule der Leutnant Malgaj zugeteilt, der auch den Dienst eines Stationskommandanten versah. Später übernahm der jugoslawische Gendarmerie-Oberleutnant Mechle die Leitung der Gendarmerie in Eisenkappel.

Bei geringfügigen Übertretungen der Sperrstundenvorschrift wurde schon über die betreffenden Gasthäuser die Sperre verfügt, die von zwei Tagen bis zu einem Monat bemessen wurde. Unter diesen Verfügungen litten besonders die Gasthäuser Niederdorfer und Domnigg, die mehr gesperrt als offen waren.

Da die Gewerbetreibenden von Eisenkappel der Vorschrift betreffs Abänderung der Hausaufschriften nicht nachkamen, konnte die Bevölkerung Eisenkappels nachstehendes Schaustück wahrnehmen: Am 3. Jänner 1919 begab sich der jugoslawische Gemeindegewaltige Friedrich Drobnitsch, am Arm seine Frau führend, von Haus zu Haus, überallhin, wo Hausaufschriften in deutscher Sprache vorhanden waren. Auf den Fersen folgte ihm der Gemeindediener mit einem Schiebkarren, in dem sich Kalkmilch befand. Drobnitsch blieb bei jedem Haus stehen und auf seinen Befehl mußte der

Gemeindediener mit einem Maurerpinsel die deutschen Hausaufschriften übertünchen.

In der Woche zwischen dem 20. und 26. Jänner 1919 ordnete die jugoslawische Verwaltung die Einberufung einiger junger Jahrgänge zur Militärdienstleistung an. Die allgemeine Kriegsmüdigkeit einerseits und die Abneigung gegen das neue Gewaltregime anderseits verurteilten diesen Schritt zur Ergebnislosigkeit. Nur wenige junge Männer folgten der Einberufung.

War schon die Besetzung eines großen Teiles von Kärnten durch die Jugoslawen ein Unrecht, das nicht zu rechtfertigen war, so setzte diesem Unrechte die Verfügung der Einberufung geradezu die Krone auf.

Da nun auf dem normalen Wege die Habhaftmachung der Wehrfähigen mißglückte, griff die jugoslawische Verwaltung zur altösterreichischen Methode der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Die dienstpflichtig gemachten Jahrgänge wurden einfach durch Gendarmen ausgehoben und am 26. Jänner 1919 in der Anzahl von zirka 60 Mann mit aufgepflanzten Bajonetten durch den Markt zum Bahnhof und von dort nach Gutenstein eskortiert. Um ein abschreckendes Beispiel den Rekruten vor Augen zu führen, wurde in Gutenstein bei der Ankunft der Eisenkappler Adolf Koller verhaftet und eingekerkert, weil er sich der deutschen Sprache bediente.

Da die Einrückendgemachten zu ihrer Gänze schon im Weltkrieg Militärdienst geleistet hatten, war eine spezielle Ausbildung nicht erforderlich. Zu dieser Zeit war von den Jugoslawen das von ihnen besetzte Gebiet an der Nordgrenze bereits militärisch gesichert. Im freien Kärnten machte sich aber auch schon eine Abwehrbewegung bemerkbar. Die zur Dienstpflicht Gezwungenen wurden nun von Gutenstein nach Freibach zur Besatzungstruppe gesendet und in die vorderste Kampffront eingereiht.

Eine Gruppe von diesen Eisenkapplern verabredete unter sich, daß sie im Falle von Kampfhandlungen nicht mittun, sondern zu den österreichischen Abwehrkämpfern übergehen werden. Sie motivierten dies damit, daß sie nicht gesonnen seien, gegen ihre eigenen Brüder zu kämpfen. Diese Verabredung wurde dem Kompagniekommandanten Hauptmann Razlak verlesen, worauf alle Beteiligten sofort verhaftet und vor den Kompagnierapport gebracht wurden. Dort gaben einige wenige, eingeschüchtert durch den Kommandanten, der mit der Erschießung drohte, die Erklärung ab, sie hätten keinesfalls im Ernst an eine Meuterei gedacht. Darauf wurden diese auf freien Fuß gesetzt. Alle anderen hingegen gaben die Verabredung zu und bekräftigten auch vor dem Kommandanten, daß sie von ihrem Vorhaben nicht abzubringen seien.

Vor das Feldgericht in Völkermarkt gestellt, blieben alle diese trotz der Drohung mit dem Erschießen bei ihrer Aussage. Das Urteil des Feldgerichtes lautete:

Rädelsführer Jesernik Johann zwei Jahre Kerker,

Korporal Doujak Franz Degradierung und drei Jahre Kerker,

Gefreiter Piskernik Anton Degradierung und eineinhalb Jahre Kerker,

Grubelnig Valentin, Petschnig Karl und Rochus, Paulitsch Georg und Karnitscher Simon je ein Jahr Kerker.

Unmittelbar nach der Fällung des Urteils wurden die Sträflinge nach Laibach eskortiert und in schmutzige, von Ungeziefer überfüllte Arreste der St.-Peter-Kaserne eingekerkert. Im genannten Kerker verblieben sie bis 12. Juli 1919 und wurden dann auf Grund einer Amnestie entlassen.

Am 10. Jänner zur Mittagszeit verließen die neuen Orts-gewaltigen samt Gendarmerie und dem Ortspfarrer Germ sowie der Geschäftsinhaberin Justina Repitsch fluchtartig den Ort

gegen Seeland. Die Ursache der Flucht bestand darin, daß damals der Abwehrkampf, der später durch einen Waffenstillstand beendet wurde, einsetzte und die Jugoslawen bis nahe Völkermarkt zurückgeworfen wurden. Die Meinung, daß sich der Rückzug weiter bis Eisenkappel fortpflanzen könnte, bewog die Obigen zur Flucht. Sie kehrten allerdings am nächsten Tage wieder.

Ärger wie zuvor hausten nun die Ortsmachthaber in Eisenkappel. Manche unmotivierte Verhaftung und Hausdurchsuchung wurde vorgenommen und oft wurden Bewohner grundlos zur Bezirkshauptmannschaft vorgeführt, wo der zu den Jugoslawen übergetretene Bezirkshauptmann Kakl seines Amtes sehr streng waltete.

Um die Jahreswende soll, wie in Eisenkappel verlautete, im Besetzungsgebiete eine amerikanische Kommission herumgereist sein und sich über den nationalen Charakter des besetzten Landes informiert haben. Auch an Grabschriften sollen von ihr Studien gemacht worden sein. Nach Eisenkappel kam sie nicht.

Erheiterung in den trüben Tagen brachte der Fasching 1919 mit sich. Eine Gruppe von Eisenkappler Burschen erlaubte sich am Faschingdienstag einen recht gelungenen Scherz.

Anknüpfend an die seinerzeitige Beseitigung der deutschen Hausaufschriften durch den Gemeindegewaltigen Drobnitsch und Grubelnik wurde von den Burschen eine Gruppe zusammengestellt, die in ihrer Kleidung und in ihrem Gehaben die beiden gut karikierte. Im unteren Orte beginnend, brachten am Frühlachmittag zwei Masken auf einzelnen Häusern Plakate an, auf denen etwas von einer Einladung zu einem Maskenball zu lesen stand. In einigen Intervallen folgte eine dem Drobnitsch aufs Haar ähnliche Maske, die wiederum am Arme eine solche führte, die der Frau Drobnitsch vollkommen glich. Hinter diesen beiden kam eine Maske mit einem Schiebkarren, in dem Kalkmilch war. Diese Maske, die den Gemeindediener kopierte, hatte mit einem Maurerpinsel das Plakat über Anordnung des Gerenten mit Kalkmilch zu übertünchen, damit die Ankündigung verlöschend. Es war allen Zusehern klar, daß mit diesem Faschingsscherz der

lächerliche Chauvinismus der Gemeindegewaltigen verhöhnt werden sollte. Bis aber die Gendarmen zur Stelle waren, war der Faschingszug auch schon durch den ganzen Markt gekommen.

Am selben Tage gegen Abend bewegte sich wieder ein anderer Maskenzug von jungen Burschen und Mädchen durch den Ort. Diesmal erschien die Gendarmerie rasch und verhaftete den ganzen Zug, sicherlich in der Meinung, sie hätte es mit denselben Masken wie nachmittags zu tun. Sie wurden durch zirka zehn Gendarmen in die Bezirksgerichts-arreste gesperrt. Vor dem Bezirksgericht kam es zwischen den Zuschauern und der Gendarmerie zu mehrfachen Zusammenstößen, die beinahe in Waffengebrauch ausarteten. Nach einigen Stunden Haft wurden die Masken entlassen. Darauf folgte eine Gerichtsverhandlung; einige der Masken erhielten kleinere Strafen.

In der folgenden Zeit wanderten einige Ortsbewohner nach Österreich ab. Viele Jugendliche begaben sich zur Volkswehr, um für die Befreiung des Landes zu kämpfen. Unter diesen waren die Sozialdemokraten Silla Karl, Scherovnik Gustav, Jerlich Johann, Tratter Franz, Paulitsch August, Birsa Stephan, Klawora Karl und Anton, Grascher Josef und Orel Josef.

Am 26. März 1919 wurde dem Deutschen Schulverein das ihm gehörige Haus enteignet und in demselben ein slowenischer Kindergarten eingerichtet.

In den ersten Tagen des Monats Mai erfolgte die Offensive der Volkswehr und der Abwehrformationen gegen die jugoslawische Linie. Nur durch den Kanonendonner wurde dies in Eisenkappel bekannt.

Vom 3. Mai an konnte man bemerken, wie jugoslawische Soldaten von der Front in kleinen Gruppen durch Eisenkappel dem Seeberg zuwanderten. Diesen folgten bald auch Trainwagen und am 4. Mai zu Mittag erschienen auch die Gendarmeriekommandos von Eberndorf und Umgebung; sie hatten Sack und Pack auf requirierte Wagen verladen. Der Bevölkerung wurde es so klar, daß die Jugoslawen im Rückzug sind. Auch die Eisen-

kappler fremden Größen packten rasch zusammen. Um zirka 1 Uhr nachmittags wurden von der schon marschbereiten Gendarmerie Geiseln ausgehoben. Es waren dies die Kaufleute Deschmann Karl, Pribil Adolf, Kramer Josef und der Oberförster Hans Nagele. Letzterer war zurzeit sogar krank. Er litt an einem schweren Herzfehler. Aber weder sein eigener noch der Protest seiner Angehörigen und Freunde konnte die Gendarmen von der Verhaftung abhalten, er mußte in diesem Zustande mit.

Um halb 3 Uhr nachmittags war der Markt von den Jugoslawen geräumt. Sofort erfolgte auf vielen Häusern die Hissung von Kärntner Fahnen. Nach einigen Stunden jedoch kam die Kunde, daß unmittelbar am Ausgang des Marktes gegen Krain jugoslawische Gendarmen gesehen worden wären. Sofort verschwanden auch die Fahnen.

Da sich die Kärntner Truppen nicht zeigten, es aber doch bekannt wurde, daß in Zell an der Pfarre schon solche stehen, wurde durch Franz Haderlapp (Sozialdemokrat) Josef Riegelnik nach Zell mit einem Brief geschickt, worin mitgeteilt war, daß Eisenkappel bereits von Jugoslawen frei sei. Der Bote überbrachte den Brief auch am Abend an Ort und Stelle. Am 5. Mai 1919 um halb 10 Uhr vormittags rückte der Hauptmann Banfield mit einer Gruppe von Miklauzhof in Eisenkappel ein, von der Bevölkerung selbstverständlich stürmisch begrüßt. Eine halbe Stunde später kamen die Truppen der Volkswehr von allen Seiten heran. Eine Batterie Artillerie stand unter der Führung des Feuerwerkers Weidacher. Auch zwei Panzerautos kamen angerückt, von welchen aber eines unbrauchbar war. Ober dem Schloß Hagenegg im Dorfe Untervellach hatten sich die Jugoslawen verbarrikadiert. Einige Geschütze wurden durch das Poppgäßchen gezogen und auf der Wiese bei der Weggabel, unmittelbar ober der Besetzung Micheutz, feuerbereit gestellt. Das Kommando des Volkwehrebataillons Nr. 1 mit Major Willibald Perko und den zugeteilten Offizieren Hauptmann Gottfried Banfield, Oberleutnant Kraus, Feuerwerker Weidacher und anderen begab sich auf den Hügel unweit der Boschnitzer-Hube. Von dort aus

wurde der Angriff gegen die verbarrikadierte jugoslawische Nachhut geleitet. Das Panzerauto fuhr vor, beschoß zuerst das Schloß Hagenegg und dann weiter oben die übrigen Häuser.

Noch am Abend des 4. Mai 1919 wurde von Franz Haderlapp (Sozialdemokrat) und dem Förster Kogelmüller, weiters dem Forstpraktikanten Rosenzopf eine Heimwehrformation zusammengestellt. Diese bezog noch am selben Abend Wachen an verschiedenen Punkten des Marktes. Die Verteilung der Wachen erfolgte vor dem Hause Brugger durch Haderlapp und Rosenzopf. Dieser Heimwehrformation gehörten an:

Witaseg, Haderlapp Franz, Rosenzopf, Silla Michael, Fibrik Josef, Silla Wilhelm, Koller Adolf und Anton, Weitzer Alois, Schenk Franz, Sabota Franz, Schell Rudolf, Böhm Arnolf, Laninschegg Karl, Hribar Martin jun., Hribar Josef, Wicher Ludwig, Riegelnik Josef, Teyrovsky Gustav, Popp Ferdinand, Ganzer Johann, Piskernik Valentin, Söckl Simon, Kurath Matthias, Birska Johann, Ramschak Paul, Dolinschek Johann, Loger Johann, Bolterle Anton und Stephan, Woschitz Franz, Wolautschnig Siegfried, Teran Franz, Preschern Adolf, Kummer Alois, Anton und Josef, Glavitsch Stephan, Janschitz Ignaz, Sablotnik Johann, Truschner Franz, Grubelnig Jakob (Klokz) und Komatitsch Franz. Mehr als die Hälfte davon waren Sozialdemokraten.

Nach dem Einzug der Kärntner Truppen stellte sich auf dem Hauptplatz ein auswärtiger Abwehrkämpfer in Uniform auf den Brunnen und forderte die umstehenden Militärs und Zivilisten auf, den Pfarrhof zu plündern. Haderlapp (Sozialdemokrat), der zufällig zugegen war, sammelte rasch einen Teil der Eisenkappler Heimwehrformation, um die Plünderung zu verhindern. Als endlich welche Eisenkappler zur Stelle waren, hatte die Plünderung bereits begonnen. Weder mit Güte noch mit Gewalt waren die entfesselten Elemente von der Plünderung abzuhalten.

Wachen wurden von der Eisenkappler Heimwehr aufgestellt beim Bauer Lukas Piskernig vulgo Verbnig in Lobnig, beim Bauer Ernst Schuppanz vulgo Piskernig in Ebriach, beim Bauer

Butschounik vulgo Malle in Leppen und im Schloß Hagenegg. Weiters wurde von der heimischen Kompagnie unter Kommando von Franz Haderlapp eine starke Feldwachgruppe zum Bauer vulgo Scherteu in Leppen gelegt.

Über Auftrag des Abwehrkommandos wurde ein weiterer Angriff bis zur Grenze nicht mehr unternommen. Die Sicherung gegen etwaige Angriffe erfolgte dadurch, daß von der Volkswehr Feldwachen beim oberen Hammerwerk, beim Bauer Kupitz in Remschenig, beim Bauer Leinschitz und Stroschek in Ebriach aufgestellt wurden, die fortwährend Verbindungspatrouillen unterhielten. Eine solche Patrouille machte am 23. Mai 1919 einen Gang auf die Zimpasserhöhe. Kommandant der drei Mann war Oberleutnant Wilhelm Pramberger. Am Abend kamen die drei Mann allein zurück und teilten mit, sie seien beim Zimpasser auf eine starke Gegenpatrouille gestoßen, mit der sich ein Feuergefecht entwickelte. Hierbei wurde Oberleutnant Pramberger erschossen und mußte auf der Stelle liegen gelassen werden. Pramberger wurde auch dann am Unfallsort begraben und später in den Ortsfriedhof Eisenkappel übergeführt.

Ebenso fanden beim Zusammenstoß zweier Patrouillen im Vellachtal je ein Kärntner und ein Jugoslawe den Tod; man begrub sie, wo sie fielen, und überführte sie, den Kärntner im Jahre 1920 und den Jugoslawen im Jahre 1925, auf den Ortsfriedhof in Eisenkappel.

Die Abwehrartillerie hatte zwei Geschütze auf der Komposch-Ebene, zwei am Kundesattel und zwei weitere beim Bauer vulgo Piskernig in Ebriach zur Aufstellung gebracht. Ein günstiger Beobachtungsstandpunkt war beim Brunnerkreuz, wo auch der Artilleriebeobachter seinen Standplatz aufgeschlagen hatte.

Wie vorausszusehen war, hatten die Gegner die Wochen bis Ende Mai 1919 zur Auffüllung ihrer Bestände, Verstärkung und Neugruppierung ihrer Formationen benützt und gingen nun zum Angriff in dem Moment über, als diese Vorbereitungen beendet waren.

Am 28. Mai 1919 um 2 Uhr früh wurden die Bewohner des Marktes durch heftigen Kanonendonner aus dem Schlaf geweckt. Die Offensive wurde von den Jugoslawen auf der ganzen Linie eröffnet. Aus der Gegend des Seebergsattels und Trögern erfolgte gegen den Markt Eisenkappel ein heftiges Haubitzen-Minenwerferfeuer. Aus der Art des Feuers konnte man schließen, daß auf Seite der Angreifer reguläre serbische Truppen sich betätigen müssen. Die eigene Artillerie erwiderte, so gut es ging, das Feuer. Bald darauf, zirka 9 Uhr vormittags, zogen sich die Feldwachen in Ebriach und im Vellachtale zurück. Unter fortwährendem Geplänkel mußten der Markt Eisenkappel und dessen Umgebung geräumt werden.

Bei der Beschießung explodierte eine Granate vor dem Haustor des Gasthauses Niederdorfer, wobei der Hausknecht Michael Jerlich schwer verwundet wurde. Eine weitere Granate schlug in das Haus Nr. 11 ein, dieses stark beschädigend. Ein Geschosß explodierte im Hof des Gasthauses Schumy, ein anderes schlug in die elektrische Zentrale des Besitzers Niederdorfer ein und beschädigte die Maschinen; auch das Gemeindehaus erhielt zwei Treffer. Zwei Granaten gingen im Garten der Villa Pantz nieder und auf der Komposch-Ebene konnte man rund um die österreichische Geschützstellung 21 Einschläge von Granaten zählen. Auch die Friedhofmauer wurde an zwei Stellen durch Geschosßeinschläge beschädigt. Bei der Explosion eines Schrapnells in der Nähe des Brunnerkreuzes wurde der Oberleutnant Krikawa von einer Schrapnellkugel am Bauch schwer verwundet.

Während des Angriffs und der Beschießung versteckten sich die Bewohner des Marktes, so gut es eben ging, in die einzelnen Keller und ein Großteil flüchtete gegen Klagenfurt.

Um halb 12 Uhr mittags war der Markt geräumt und es fuhr der letzte Lokalbahnzug mit dem verwundeten Oberleutnant Krikawa gegen Kühnsdorf.

In der Kanzlei des Peter Prepotnik und im Hause Nr. 81 wurden während der Kämpfe Hilfsplätze für die Verwundeten

eingerrichtet. Die Arbeit in denselben besorgten einige Frauen und Mädchen von Eisenkappel unter Leitung des Fräuleins Frieda Schüller aus Graz.

Um halb 2 Uhr nachmittags zog die erste jugoslawische Patrouille in Eisenkappel ein. Ihr folgten dann mehrere kleine Formationen. Der Ort war wie ausgestorben. Was sich nicht geflüchtet hatte, hatte sich versteckt; nur wenige jugoslawisch orientierte Bewohner begrüßten die erschienenen serbischen Truppen.

Der Abend des 28. Mai 1919 wie die ganze Nacht bis zum nächsten Tag werden in der Erinnerung der Eisenkappeler noch sicher sehr lange fortleben. Die eingezogenen serbischen Truppen benahmen sich wie mitten im Feindesland. In allen Häusern, ob diese den Deutschen oder Slowenen gehörten, wurden rücksichtslos und ohne Pardon Plünderungen vorgenommen. Die Menschen wurden vom Schlaf geweckt, aus den Betten gejagt, mißhandelt, beschimpft und dann ihrer Habe beraubt. Am nächsten Tag rückte die Hauptwache der Jugoslawen, in der Mehrheit reguläres serbisches Militär, an; Kolonne auf Kolonne mit Geschützen und Autos zog durch den Ort. Um die Mittagszeit kam auch der serbische Generalstab mit Musik angerückt. Der kommandierende General schlug sein Quartier im Hause Nr. 11, die übrigen Offiziere im Gasthause Niederdorfer auf.

Am 30. Mai 1919 trafen auch die geflüchteten Funktionäre und Jugoslawenfreunde wieder im Markte ein. Begreiflicherweise hatte sich bei den Rückkehrenden großer Haß gegen die Verneiner des jugoslawischen Regimes im Markt angesammelt, daher auch kleinliche Sekkaturen, Beleidigungen und Verfolgungen der scheußlichsten Art gegen die kärntnerisch Gesinnten auf der Tagesordnung waren.

Allmählich zog wieder normales Leben im Markte ein. Die Jugoslawen waren eifrig bedacht, überall glänzende Feste zu feiern, womit sie die Bevölkerung des besetzten Gebietes über das Trostlose der Lage hinwegzutäuschen versuchten. Die Kärnten

treugesinnten Kreise waren fast vogelfrei und beim geringsten Anlaß lernten sie die Kerkermauern kennen. Wer nicht öffentlich der jugoslawischen Idee Gunst bezeugte, war des Hasses und der Verfolgung sicher. Auch bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln kannte man zweierlei Bevölkerungsschichten. Die Anhänger des jugoslawischen Regimes wurden in jeder Art bevorzugt.

Durch diese Taktik verlor die jugoslawische Verwaltung jedwedes Ansehen und Vertrauen. Bistief in die Kreise der eigenen Anhänger wuchs das Mißtrauen. Als am 2. September 1919 der Friedensvertrag von Saint-Germain abgeschlossen wurde, der in einem Teil des besetzten Gebietes eine Volksabstimmung festlegte, war es für die jugoslawischen Machthaber zu einer Umkehr der angewandten Taktik bereits zu spät, denn die Abneigung und der Widerwille hatten sich in der Bevölkerung des besetzten Gebietes nur schon allzu tief eingefressen.

Immer näher rückte der Tag der Volksabstimmung, und schon erschienen auch die Boten des Kärntner Heimatdienstes immer häufiger mit versteckten Flugschriften. Mehrmals waren auch die Abgeordneten der Regierung, Florian Gröger, August Neutzler und Ing. Schumy, im Ort erschienen. Schumy hielt einmal vor der Abstimmung im Gasthause beim Niederdorfer eine Versammlung der Kärntner Anhänger ab. Nach der Versammlung wurden die Versammlungsteilnehmer von Jugoslawen, die sich vor dem Versammlungslokal angesammelt hatten, angespuckt, geschlagen und beschimpft. Schumy mußte unter Gendarmeriebedeckung aus dem Orte geleitet werden.

Die Hauptleiter des Ortsausschusses für den Kärntner Heimatdienst waren der ehemalige Bürgermeister Niederdorfer, Max Micheutz, Johann Kuster (Sozialdemokrat), Valentin Eschenauer, Oberlehrer Roblegg, Karl Domnigg, Oberlehrers-

witwe Nagele, Theresia Straßolnig, Alois Hribernig (Sozialdemokrat), Andreas Lutschounig, Franz Teran, Rudolf Woschitz (Sozialdemokrat), Valentin Grubelnig (Sozialdemokrat). Die administrative Arbeit in der Heimatdienstkanzlei versahen Niederdorfer, Eschenauer, Micheutz, Domnigg und Nagele. Die Agitationsarbeit, Verteilung von Flugzetteln, Werbung, das Zuschleppen zu dem Abstimmungslokal und die Überwachung der Gegner vor und während der Abstimmung oblagen Kuster (Sozialdemokrat), Teran, Arnesch Agnes, Hribernig, Lutschounig, Straßolnig, Woschitz (Sozialdemokrat) und Grubelnig (Sozialdemokrat).

* * *

Das Abstimmungsergebnis im Markte Eisenkappel lautete bei 612 Abstimmungsberechtigten 381 Stimmen für Kärnten und 181 Stimmen für Jugoslawien.

Als Agitationsgrundlage von seiten der Kärntner Anhänger wurden ins Treffen geführt:

1. der wirtschaftliche Zusammenhang des gesamten Kärntner Gebietes, insbesondere die Gravitation des gesamten besetzten Gebietes zu den Städten Klagenfurt und Villach als Hauptabsatzgebiet der land- und forstwirtschaftlichen Produkte;
2. die kulturelle Zusammengehörigkeit des gesamten Kärntnerlandes, insbesondere in bezug auf Religion, Geschichte, Gebräuche usw.;
3. der Gegensatz der demokratischen, freien Verhältnisse in der Republik Österreich zu den halb feudalen und halb diktatorischen, imperialistischen, monarchistischen Zuständen Jugoslawiens. Hierbei diene insbesondere als kräftigste Illustrierung ein österreichisches Werbeplakat, eine Frau mit ihrem

Sohne darstellend und mit dem Satz: „Mutter, stimme nicht für Jugoslawien, sonst muß ich für König Peter einrücken“;

4. zum geringen Maße deutsche Gefühle.

Diese obigen Argumente waren gegenüber den Argumenten der Jugoslawen, die sich nur auf national-egoistische und weniger belangreiche wirtschaftliche Vorzüge bezogen, derart schlagkräftig und einleuchtend, daß sie den Sieg gewährleisten mußten. Dazu kam noch, daß sich die jugoslawischen Machthaber die Sympathie durch ihre terroristischen Methoden selbst in den Reihen der eigenen Anhänger verscherten.

Angeblich zum Schutze der Abstimmungsfreiheit strömte zur Abstimmung aus Krain eine große Anzahl Sokoln ins Abstimmungsgebiet. In gleicher Weise wurden auch von seiten des freien Kärnten zur Abstimmung Schutzmannschaften entsendet. Hervorgehoben muß aber werden, daß die Sokoln unter dem Schutze der jugoslawischen Gendarmen und sonstigen Funktionäre ihre Anwesenheit zu Terrorakten gegen die schutzlose, für Österreich gesinnte Bevölkerung benützten, während die deutsche Schutzmannschaft keinerlei Rückendeckung hatte. Wohl stand die Abstimmung unter der Leitung und Aufsicht der großen Siegermächte im Weltkriege, England Frankreich und Italien. Diese Leitung und der Schutz wurden von Offizieren dieser Mächte ausgeübt, die aber zahlenmäßig so schwach waren, daß ihr Einfluß recht wenig zur Geltung kam.

In der Marktgemeinde Eisenkappel amtierten bei der Kommission für die Österreicher die Herren Josef Niederdorfer, Heinrich Roblegg und Karl Domnigg, für die Jugoslawen Peter Piskernig, Josef Sadolschek und Josef Primoschitz unter der Aufsicht eines englischen Offiziers von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags.

Am 13. Oktober 1920 erschien um 2 Uhr nachmittags aus Klagenfurt ein Auto und es wurde das amtliche Abstimmungs-

ergebnis verlautbart. Es lautete: 59 Prozent für Österreich. Erst jetzt war die so lange von den Jugoslawen zurückgehaltene Nachricht vom Siege Österreichs nicht nur durch Gerüchte, sondern amtlich bestätigt.

Zum Siegeszeichen wurden Kärntner und österreichische Fahnen gehißt. Es herrschte überall große und aufrichtige Freude. Am Donnerstag, den 14. Oktober 1920, um zirka 3 Uhr nachmittags kamen mittels Autos von der Drau herein Sokoln, auf der Rückfahrt nach Krain begriffen; als sie im Orte Kärntner Fahnen sahen, rissen sie bei den Häusern Nr. 161 und 81 die Fahnen herunter und verbrannten sie an Ort und Stelle. Bei dem Hause Nr. 6 zündeten sie die wehende Fahne an, die dann bis zur Maststange verbrannte. Diese Burschen schossen auch auf dem Marktplatz mit Stutzen und Revolvern blindlings herum. Gerade zur rechten Zeit, ehe noch ein größeres Unglück geschah, kamen mittels Autos ein englischer und ein italienischer Offizier, die den Unfug abstellten und die Sokoln über den Seeberg nach Krain instradierten.

Von Tag zu Tag, meist bei Nacht, wanderten nun die jugoslawischen Gendarmen, Beamten und ein Teil ihrer Anhänger, sich fast nicht bemerkbar machend, durch Eisenkappel über den Seeberg nach Krain. Unter diesen bei Nacht Flüchtenden befand sich auch der damalige Direktor der Papierfabrik Rechberg, Lapeinje.

In der Woche vom 19. bis 25. Oktober übernahmen die österreichischen Behörden wieder die Verwaltung.

So endete die Drangsalierung, Knechtung und Verfolgung eines sich nach Frieden sehnenden Volkes. Mögen die ferneren Nachkommen, die jeweils von diesen großen Zeiten Kunde erhalten, mit Dankbarkeit zurückblicken auf ihre Vorfahren, die unter Hintansetzung von Glück, Frieden und Leben die Freiheit des Berglandes Kärnten zu erkämpfen verstanden.

V Ö L K E R M A R K T

VON ANTON BUCHLEITNER

Ich schicke voraus, daß ich als damaliger Kanzleibeamter der politischen Behörde in Völkermarkt mit den mir zugewiesenen Arbeiten viel zu tun hatte, so daß ich mit den Waffen der Gewalt nicht kämpfen konnte; dies besorgten meine Söhne Anton und Josef Buchleitner sowie meine Vettern Georg und Peter Buchleitner.

Am Samstag, den 30. November 1918, wurde die Stadt Völkermarkt von einer aus zirka 80 Mann bestehenden Truppe — angeblich Ententetruppe — unter Führung des Oberleutnants Malgaj von drei Seiten überfallen und besetzt. Die deutschen Aufschriften der Geschäftsläden wurden beseitigt oder überstrichen. Die Bürgerwehr wurde entwaffnet, das Post- und Gemeindeamt besetzt, der Wagnermeister Jurij Čarf als Gerent eingesetzt und Bürgermeister Gratzhofer zur Übergabe der Geschäfte aufgefordert. Auf dem Hauptplatz wurden Maschinengewehre aufgestellt und alle Lebensmittel beschlagnahmt. Die Stadtbewohner waren ob dieses Vorgehens dieser angeblichen Ententetruppen in großer Aufregung und wollten zur Selbsthilfe schreiten. Doch wurde zunächst von Klagenfurt Hilfe verlangt. Am 1. Dezember 1919 kam Volkswehr unter Führung des Oberstleutnants Schenk und bereitete den Hinauswurf dieser jugoslawischen Truppe vor. Aber mittlerweile kamen wieder Weisungen aus Klagenfurt, daß es doch Ententetruppen seien und sie daher das Recht zur Besetzung hätten. Am Sonntag, den 8. Dezember, wurde von der jugoslawischen Truppe die Übergabe der politischen Behörde gefordert. Bei der Bezirkshauptmannschaft erschienen Oberleutnant Malgaj, Gerent Jurij Čarf, Lehrer Koschier und der ehemalige Bezirkskommissär Kakl als Bezirkshauptmann mit

sechs bewaffneten Soldaten und forderten vom Regierungsrat Robert Benz die Übergabe der politischen Verwaltung. Regierungsrat Benz erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen. Auf das hin wurden die bewaffneten Männer in Aktion gestellt. Benz sagte nunmehr: „Ich füge mich dieser Gewalt, übergebe das Amt, aber nicht das Personal.“ Der jugoslawische Bezirkshauptmann Kakl übernahm nunmehr das Amt. Da Kakl das Amt ohne Personal nicht weiterführen konnte, ersuchte derselbe das Kanzleipersonal, weiterzuarbeiten, bis die Regierungen eine Entscheidung getroffen haben. Es soll bis dorthin so gearbeitet werden wie bisher. Bezirkshauptmann Kakl hat aber gleich slowenisch zu amtieren begonnen. Jeder einzelne Beamte sollte eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er bleiben wollte. Wir erklärten aber alle, einer Regierung, die mit solch brutaler Gewalt anfängt, nicht dienen zu können, daß wir aber auch zurzeit nicht die Fähigkeiten besitzen, slowenisch zu amtieren.

In der Gemeinde Diex war damals gerade die Getreideaufnahme der Ernte 1918 noch abzuschließen. Ich ging hinauf — vier Gehstunden von Völkermarkt —, die Frau auch mit. In Schwarz-Diex — Grenze gegen die Ebersteiner Gemeinde — kam ich mit deutschösterreichischen Soldaten zusammen und sprach mit denselben, was einige jugoslawisch Orientierte bemerkten. Als ich dann mit meiner Frau nach Hause kam, wurde mir mitgeteilt, daß mein Sohn Anton unter Anwendung von Gewaltmitteln verhaftet und interniert wurde. Auch war schon vom Stationskommando die Post da, ich müsse sofort auf das Stationskommando kommen. Mir wurde da Spionage vorgeworfen, ich wurde verhaftet und interniert. Nach mir kam der ehemalige Gemeindesekretär Krobath von Griffen dran. Wir waren im Gasthaus Tschebull in einem Zimmer untergebracht, wo bereits mehrere solche „Verbrecher“ waren; vier mit Gewehr, Bajonett und Handgranaten bewaffnete „Serben“ bewachten uns. Da wenig Platz zum Schlafen war, wurde über meine Bitte mir und dem Krobath gestattet, ein Nebenlokal zu benutzen, in dem bereits der Besitzer Hans Morak aus Haimburg sich befand. Nach acht Tagen, es war der 18. Dezember 1919,

sollten wir nach Marburg abtransportiert werden. Über die Fürbitte meiner Frau und meines Sohnes Anton beim Bezirkshauptmann Kakl hat mich Malgaj gegen „Haftung mit meinem Hause“ ausgelassen; auch Krobath konnte freigehen. Morak, der größere „Sünden“ hatte, mußte noch bleiben.

Da ich mich nicht änderte und die Kritik wegen der Besetzung fortsetzte, kam am 12. Jänner 1919 in meine Wohnung ein Hauptmann Kramberger des ehemaligen 17. Infanterieregiments und ersuchte mich in ironischer Weise, in einer Stunde verlässlich in den Sitzungssaal der Gemeinde zu kommen und dort mit noch neun anderen Herren als „Geisel“ zu verbleiben. Der Hauptmann hatte zwei Bewaffnete mit. Statt mir ging mein Sohn Anton als Geisel, was bewilligt wurde. Denn mich hatte schon die erste Internierung gesundheitlich stark angegriffen. Am 14. Jänner 1919 kam die Nachricht vom Abschluß des Waffenstillstandes; sonach erfolgte die Freigabe der Geiseln.

Am 29. Jänner 1919 traf die amerikanische Kommission ein. Im Gasthaus Kanduth war zu diesem Zweck alles festlich geschmückt. Ich und mein Kollege Schuhmachermeister Hribernig (Sozialdemokrat) waren zur Begrüßung der amerikanischen Herren eingeladen. Landesgerichtsrat Poetsch trug die Bitten der Deutschösterreicher vor. Die Kommission unter Leitung des Obersten Miles nahm die Wünsche zur Kenntnis und versprach, dieselben befürwortend an die maßgebenden Stellen zu leiten. Sodann wurde eine Fahrt zur Kirche und zum Friedhof unternommen. Ich holte die Schlüssel für die Kirche beim Mesner, ohne den Dechanten Cemer zu fragen, und zeigte der Kommission als Einheimischer alle vorhandenen deutschen Aufschriften seit dem Bestand der Kirche (12. Jahrhundert); die Kommission konnte sich überzeugen, daß Grabschriften in und außer der Kirche nur in deutscher Sprache vorkommen. Von dort ging es zum Friedhof und da gab es dieselben Feststellungen; dergleichen auch in der Vorstadtpfarre St. Ruprecht, wo nur einige Grabsteine der hiesigen Slowenen mit slowenischen Aufschriften vorhanden sind.

Die Mitwirkung bei dieser Kommission hatte zur Folge, daß meine Verhaftung von der jugoslawischen Behörde erwogen wurde. Mein Sohn Anton besorgte mir einen Paß, damit ich über die Grenze komme. Am 2. Februar 1919 bei starkem Schneegestöber verließ ich die Heimat und fand bei meinen Verwandten in Klagenfurt Unterkunft. Wie mir später mitgeteilt wurde, war ich kaum über die Grenze, als auch schon der Haftbefehl erlassen wurde.

Anfang April 1919 habe ich von der Landesregierung den Auftrag erhalten, in das unbesetzte Gebiet des Bezirkes Völkermarkt zu gehen, um Vorbereitungen für die Errichtung einer „Politischen Expositur“ in Griffen zu treffen. Dieselbe sollte ihre Tätigkeit mit 1. Mai 1919 aufnehmen. Mit Vertretern der Gemeinde Griffen war schon alles vereinbart. In Horners Haus sollte die Expositur unter Leitung des Herrn Bezirkskommissärs L'Estocq untergebracht werden. Ein Auto sollte die Akten, das Kanzleimaterial und etwas Einrichtung nach Griffen bringen. Am 29. April 1919 sollte die Abreise erfolgen. Aus dem allen wurde nichts. Die Jugoslawen hatten mittlerweile die Demarkationslinie überschritten. Kämpfe um Völkermarkt spielten sich ab. Die Jugoslawen wurden zurückgeworfen.

Am 2. Mai um 1/2 10 Uhr vormittags kam ich mit großer Freude nach Völkermarkt und begab mich zuerst in das Amtsgebäude der Bezirkshauptmannschaft. Ich sah dort, was die jugoslawische Verwaltung angerichtet hatte. Wir konnten nicht amtieren, weil von den Jugoslawen sämtliche Akten und Einrichtungsstücke nach Eberndorf gebracht wurden. Es mußte also im Gemeindeamt amtiert werden. Als ich in mein Heim zur Familie kam, sah ich, daß die ganzen Fensterscheiben zertrümmert und auch sonstige Hausschäden festzustellen waren.

Wir freuten uns der Befreiung. Doch die Freude wurde schon am nächsten Tage wieder gedämpft. Jugoslawische Flieger kamen, warfen Bomben ab und richteten großes Unheil an. Zehn Schritte von dem Platze, auf welchem Feldkurat Wulz eine tödliche Verletzung erhielt, stand auch ich und es war nur ein Glücksfall, daß mir nichts passierte. Sofort

verfaßte der Leiter der politischen Behörde eine Depesche für die Landesregierung und den Kärntner Heimatdienst und meldete darin die Vorfälle. Mit der Depesche fuhr ich per Auto nach Klagenfurt. Sodann erhielt ich den Auftrag, in fast allen Gemeinden des Bezirkes Gemeindefunktionäre für die Fortführung der politischen Agenden zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit konnte ich sehen und hören, wie viel überflüssige Plünderungen und Drangsalierungen geschehen waren, die mit den Kampfhandlungen nichts zu tun hatten. Auf die Einzelheiten will ich nicht eingehen.

Als nun die Personen zur Führung der Gemeinden gefunden waren, wurde vom Nationalpolitischen Ausschuß für Mittwoch, den 28. Mai 1919, eine Vertrauensmännerbesprechung in das Gasthaus Riepl in Völkermarkt einberufen, in die alle Gemeinden Vertreter entsandten. Am nächsten Tage hörten wir, daß starke jugoslawische Streitkräfte die Grenze überschritten hätten. Die wehrhaften Männer rüsteten sich zur neuerlichen Abwehr. Viele Familien flüchteten. Auch ich mußte wieder flüchten.

Ich meldete mich gleich beim Nationalpolitischen Ausschuß, der damals in St. Veit amtierte, zur Mitarbeit für die Befreiung der Heimat bzw. des besetzten Gebietes und opferte meine ganze freie Zeit für diese hohe Sache. Meine Frau, die mit der Tochter Johanna in Völkermarkt war, hatte öfters Hausdurchsuchungen zu erdulden. Es gelang der Frau dreizehnmal und der Tochter dreimal, auf Umwegen, da sie keine Verkehrslegitimationen bekamen, zu mir nach St. Veit zu kommen und mir wertvolle Nachrichten aus dem besetzten Gebiet zu bringen. Mit bepacktem Rucksack wurde abends der Weg durch Wälder und Felder bei Finsternis und oft bei Sturm, Wind und Regen gemacht, um nach Brückl zu kommen, und öfters kam sie zu Fuß bis nach St. Veit.

Im Mai 1919 sprach Staatssekretär Dr. Julius Deutsch (Sozialdemokrat) in Völkermarkt und am 20. Juli 1919 fand in St. Veit eine von der Sozialdemokratischen Partei einberufene und von rund tausend Personen besuchte Volksversammlung auf dem Hauptplatze mit der Tagesordnung: „Gegen den Gewalt-

frieden und den beutegierigen Imperialismus“ statt. Ich sprach dort im Namen der Flüchtlinge und verlas eine EntschlieÙung.

Ende 1919 und Anfang 1920 waren die Flüchtlinge schon ganz verzweifelt und glaubten, eine Rückkehr in die Heimat werde nicht mehr möglich sein. Ich ersuchte mein Freunde Hubmann und Luger (Sozialdemokraten), mit mir in Brückl eine Versammlung abzuhalten, um die Flüchtlinge aufzumuntern; sie fand auch Sonntag, den 12. Februar 1920 (Faschingsonntag), in der Werksrestauration in Brückl statt. Auch der Eisenbahner-Gesangverein „Vorwärts“ wirkte mit. Alle gingen zu Fuß von St. Veit nach Brückl und zurück, weil an diesem Tage kein Zug verkehrte. Als Redner erschienen Hubmann und Luger. Das Versammlungslokal war überfüllt. Ich fungierte als Einberufer und führte auch den Vorsitz. Die Ausführungen der Redner wurden mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt. Beide Redner erklärten mit voller Zuversicht, für das strittige Gebiet werde das Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werden und der Geisteskampf werde, wenn sich die in Betracht kommende Bevölkerung wie bisher verhält, sicher zugunsten Deutschösterreichs ausfallen. Die Flüchtlinge sollen den Mut nicht verlieren, eine Rückkehr in die Heimat werde gewiß möglich sein.

Als es mit der Volksabstimmung Ernst wurde, setzte ich mich mit dem Fachlehrer Georg Lora (Sozialdemokrat) in Ferlach in Verbindung. Ich ging auch einmal zu Fuß von Klagenfurt über die Demarkationslinie nach Ferlach, um mit Lora als Leiter der dortigen Arbeitsstelle in Sachen der Agitation zu sprechen. Gleich darauf berief ich im Einvernehmen mit den Arbeitern der Chlorfabrik Brückl, die zumeist im besetzten Gebiete wohnten, eine Versammlung für den 24. Juni 1920 in das Gasthaus Haberle in St. Gregorn bei Reisdorf für 5 Uhr nachmittags mit der Tagesordnung: „Die bevorstehende Volksabstimmung“ ein. Als erster Redner sprach Lora aus Ferlach, als zweiter Fachlehrer Strugger aus Klagenfurt, als dritter ich über agitatorische Vorbereitungen. Diese Versammlung knapp an der Grenze, an welcher rund 50 Arbeiter aus dem besetzten Gebiete teilnahmen, hatte ihre Wirkung. Mit Freuden verließen die Versammelten das

Versammlungslokal, um das Gehörte im besetzten Gebiete zu verbreiten. Bis zur Öffnung der Demarkationslinie war ich in der freien Zeit, die nicht groß war — hatte ich doch als Protokollist der Bezirkshauptmannschaft St. Veit täglich sieben oder acht Stunden Dienst zu machen —, zumeist auf Agitation im Grenzgebiete und bei den Sitzungen des Kärntner Heimatdienstes in Klagenfurt.

Gleich nach Öffnung der Demarkationslinie wurde ich von der Dienstleitung St. Veit enthoben und beauftragt, mich ins Abstimmungsgebiet zu begeben. Ich übernahm mit Oberleutnant V. Maierhofer das Versammlungsreferat. Hier konnte ich meine volle Kraft der guten Sache widmen. Ich stellte die leeren Lokale meines Hauses für Sitzungen des Frauenkomitees und die Aufbewahrung des wirtschaftlichen Agitationsmaterials in uneigennütziger Weise zur Verfügung. Am 29. September 1920 erschienen bei mir der jugoslawische Polizeiagent Kubi und der Wachführer Schiffer mit zwei Gendarmen, um eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Die Utensilien des Kärntner Heimatdienstes wurden beschlagnahmt und ins Gemeindeamt gebracht. Dies wurde sofort in der Stadt bekannt. Die Kärntentreuen sammelten sich, zogen in großer Zahl zur Bezirkshauptmannschaft und begehrten durch eine Deputation vom Bezirkshauptmann die Zurückgabe der Gegenstände, was zögernd bewilligt wurde. Niemand wollte sie zurückführen. Um 10 Uhr abends erhielten wir dieselben zurückgestellt.

Nun wurde mit der Versammlungstätigkeit eingesetzt. Weil öffentliche Versammlungen nicht ratsam waren, wurden Versammlungen und Besprechungen auf geladene Gäste beschränkt; solche wurden bei Nacht und bei Tag — je nach den örtlichen Verhältnissen — abgehalten. Dieselben sollten aber bei der jugoslawischen Bezirkshauptmannschaft gemeldet werden. Ich besorgte die Anmeldung. In den Versammlungsorten hatte ich gewöhnlich mit der jugoslawischen Gendarmerie zu tun. Ich fand darunter recht freundliche Männer, aber auch solche, die mich gern verhaftet hätten. Ich sprach in einigen Orten mehrere Male. Außer in den vorerwähnten Grenzorten sprach ich — abgesehen von den

vielen Versammlungen in Völkermarkt selbst — in folgenden Orten: Lavamünd, Greuth, Mauern, Klein-St. Veit, Mittertrixen, St. Margareten, Waisenberg, Haimburg, St. Radegund, St. Nikolai, Kleindix, Ruden, St. Kollmann, Griffen, Pustritz, Tainach, dann rechts der Drau in Eberndorf, Kühnsdorf, St. Kanzian, Unterdrauburg, Sittersdorf, Miklauzhof, Globasnitz und Mittlern. Hauptsächlich verlegte ich mich auf die Arbeit im Gerichtsbezirke Völkermarkt. Die Arbeit brachte gute Früchte. Von 10.807 im Distrikt Völkermarkt abgegebenen Stimmen waren 8306 für Deutschösterreich, d. s. 77·2 Prozent.

Der 10. Oktober 1919 brachte uns die Erlösung von der jugoslawischen Fremdherrschaft und der Republik Deutschösterreich ein Stück Land mit treuen Anhängern.

Nach den ersten Abstimmungsergebnissen fühlten sich die Jugoslawen als Sieger. Truppen marschierten ein — angeblich zum Schutz ihrer Anhänger — und taten so, als ob sie die Sieger wären; doch die Eingeweihten wußten schon, daß nicht rohe Gewalt, sondern Vernunft und bessere Einsicht zum Siege geführt haben.

Für den 22. Oktober 1920 erhielt ich vom Distriktsausschuß den Dienstauftrag, bei der Übernahme der Geschäfte der politischen Behörde mitzuwirken. Dies geschah im besten Einvernehmen mit den Beamten der jugoslawischen Verwaltung. Der Abschied zwischen mir und dem Bezirkshauptmann Kahl sowie dem Bezirkssekretär Robar, die sich wohl schwer vom Dienste und dem Amte, dem sie viele Monate vorstanden, trennten, vollzog sich in der freundschaftlichsten Weise. Wir schieden in dem Bewußtsein, daß jeder in seiner Art bestrebt war, seiner Pflicht für sein Land und sein Volk Genüge geleistet zu haben. Das Volk entschied sich eben für das Land mit Demokratie und Republik, das Land mit mehr Freiheiten, größerer Unabhängigkeit und — besseren wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Möglichkeiten.

A R N O L D S T E I N

VON GEORG SCHNABL

Am 4. Dezember 1918 wurde ich zum Pfarrer Dr. Cukala in den Pfarrhof gerufen. Da erwarteten mich außer Dr. Cukala noch zwei Jugoslawen. Diese gaben an, Vertreter der jugoslawischen Regierung zu sein, und sagten, daß ich auserkoren worden sei, die Gemeindeverwaltung in Arnoldstein bis zu eventuellen Neuwahlen zu führen. Ich war überrascht ob dieser Zumutung und erklärte, daß ich ohne Befragung der Bevölkerung von Arnoldstein das Amt nicht übernehmen wolle. Ich berief auch sofort eine Versammlung ein, die massenhaft besucht war, und das Ergebnis war der Beschluß: „die in Arnoldstein mittlerweile eingerückten elf jugoslawischen Gendarmen zusammen mit dem Pfarrer Cukala zu ‚fassen‘ und der politischen Behörde in Villach zu übergeben“. Ein Teil der Bürgerlichen war aber mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Eine Gemeindeausschußsitzung wurde einberufen und ich zur Teilnahme an derselben eingeladen. Da erklärte man mir, daß ich die Haftung für den Schutz des Lebens und des Vermögens jedes einzelnen Bürgers übernehmen müsse, wenn der Wille der Versammlung durchgeführt werden solle. Der Widerstreit der Meinungen führte schließlich zu dem Beschlusse, eine neuerliche Versammlung auf den Kirchenplatz einzuberufen. Dies geschah und ich erhielt von der Massenversammlung den Auftrag, den Pfarrer am Kircheneingang zu erwarten und ihm folgende Forderungen zu überreichen:

1. Die jugoslawischen Fahnen vom Kirchturm und dem Gendarmeriegebäude sind zu entfernen;
2. die jugoslawische Gendarmerie hat Arnoldstein zu verlassen.

Der Pfarrer erklärte: „Ich sehe, daß ich der Gewalt weichen muß. Die jugoslawischen Fahnen werden eingezogen und über den Abgang der Gendarmerie werde ich der jugoslawischen Regierung berichten.“

Am 14. Dezember erhielt ich von Finkenstein die telephonische Nachricht, daß 180 jugoslawische Soldaten gegen Arnoldstein marschieren. Ich berief sofort eine Betriebsversammlung der Bleiberger Werksarbeiter ein und da wurde beschlossen, die Jugoslawen zwischen Arnoldstein und Pöckau aufzuhalten und ihnen so den Einmarsch in Arnoldstein zu verwehren. Ein Teil der Arbeiterschaft sollte im sogenannten Lärchenwald nächst Pöckau, der zweite auf dem Felsen östlich von Arnoldstein postiert werden. Der größere Teil war für Arnoldstein bestimmt. Wir waren vollkommen ausgerüstet und es wäre ein leichtes gewesen, die herannahenden Jugoslawen gefangenzunehmen. Leider hat sich ergeben, daß die Bürgerlichen gegen diese Aktion waren. Die Jugoslawen haben nach der Einrückung in Arnoldstein das Schulhaus besetzt und dieses zur Kaserne gemacht.

Gleich am nächsten Tage darauf, das war am Sonntag, den 15. Dezember, hat bei mir und den meisten anderen Sozialdemokraten eine Hausdurchsuchung stattgefunden, wobei nach Waffen gesucht wurde. Zwischen 11 und 12 Uhr desselben Tages wurde der Buchhalter der Bleiberger Bergwerks-Union, Herr Hugo Stadler, von den Jugoslawen in seiner Wohnung verhaftet. Von einem Mädchen wurde ich aufmerksam gemacht, daß meine Verhaftung bevorstehe. Da mir ein anderer Weg nicht offenstand, mußte ich durch das Fenster, sodann durch den zirka einen Meter tiefen Werkskanal und schließlich durch den Gailitzfluß fliehen, um den Jugoslawen zu entkommen. In vollkommen nasser Kleidung ging ich in meine Heimatsgemeinde Feistritz an der Gail, woselbst ich feststellte, daß die Kleider bereits gefroren waren. In Feistritz hielt ich unter den Vertrauensleuten eine Versammlung ab, in welcher ich diesen die Nachteile einer eventuellen Angliederung Arnoldsteins an das Reich der Serben klarmachte. Ich habe dort viele begeisterte Männer gefunden, die bereit waren, für die Heimat zu kämpfen.

Am folgenden Tag erging es dem Sozialdemokraten Konzilia, der auch in derselben Werkstätte arbeitete wie ich, gerade so. Auch er mußte auf diese Art flüchten und sich so der Verhaftung entziehen. Wir verbanden uns mit dem tapferen Sozialdemokraten Philipp Millonig aus Hohenthurn und stellten auch mit Nötsch die Verbindung her.

Ähnliche Ereignisse wie in Arnoldstein spielten sich auch in Hohenthurn ab. Der Arbeiter- und Bauernrat (2:2) dort faßte den Beschluß, die jugoslawische Besatzung von Achomitz, elf Mann, gefangenzusetzen. Dies geschah auch am 18. Dezember und die Gefangenen wurden nach Arnoldstein überstellt. Alle Beschwichtigungsversuche der damaligen Kärntner Landesregierung fanden in Hohenthurn taube Ohren und alle Versuche der Jugoslawen, in dieses Gebiet einzudringen, wurden von den Hohenthurnern und Stoßauern abgewehrt.

Dafür rückten jugoslawisch Uniformierte über Nötsch gegen Emersdorf vor.

Weiters beschickte der jugoslawische Kommandant von Rosenbach sogar St. Stefan an der Gail mit einer Abteilung. Diese Abteilung meldete sich beim Bürgermeister und verblieb in Sankt Stefan; jedoch dauerte die Besetzung nicht lange. Die Sozialdemokratische Partei bzw. die Mitglieder dieser Partei gaben sogleich die Weisung hinaus, daß sich sämtliche wehrfähigen Männer der Gemeinde zu melden haben, und binnen einer Stunde waren zirka zweihundert Mann zur Stelle. Als der Kommandant der jugoslawischen Abteilung die Situation merkte, zog er sich mit seinen Truppen freiwillig zurück. Wir gingen nun von Ort zu Ort immer weiter hinauf in das Gailtal, wo wir Versammlungen abhielten und der Bevölkerung klarmachten, daß auch die Besetzung von Arnoldstein auf die Dauer nicht geduldet werden kann. Hierauf wurde im Gasthofe Michor in Nötsch eine Besprechung abgehalten. Der Heimatdienst sah sich nun auch veranlaßt, den Hauptmann Mahr, einen Oberleutnant und einen Leutnant über Bleiberg nach Nötsch zu dirigieren. Später kam noch der damalige Hauptmann Gressel von Mauthen, welcher das Kommando über die zu unternehmende Aktion über-

nahm. Täglich wurden unter den Vertrauensleuten Besprechungen abgehalten. Unser erster Beschluß lautete: Wir werden die Jugoslawen am Heiligen Abend angreifen. Wir wußten, daß am selben Tage unter dem Protektorate des Pfarrers Cukala ein großes Volksfest in Arnoldstein stattfindet, während es sonst in der katholischen Kirche nicht üblich ist, am Heiligen Abend Volksfeste zu veranstalten. Dieser Beschluß wurde jedoch zunichte, da er von einer Frau, welche zu Fuß über Feistritz an der Gail nach Arnoldstein wanderte, den Jugoslawen verraten worden sein soll. Der zweite Beschluß lautete: Angriff am 6. Jänner um 6 Uhr früh.

Der Sammelzug, der die Mitkämpfer des oberen Gailtales brachte, rollte am Vortag um 8 Uhr abends von Kötschach ab. In jeder Station und Haltestelle stiegen neue Kämpfer ein und um 12 Uhr nachts kam der Zug nach Nötsch. Nun hieß es noch bis 4 Uhr früh warten, um die vereinbarte Zeit einzuhalten. Um 4 Uhr rollte der Zug mit den Kämpfern gegen Arnoldstein ab und fuhr in einem Schnecken tempo fast bis zum Kamin der Bleiberger Bergwerks-Union. Dort verteilten sich die einzelnen Kolonnen, und zwar: Kolonne Hauptmann Mahr ging nördlich von Arnoldstein über die Felder und die sogenannte Werda vor und hatte die Aufgabe, den Bahnhof zu besetzen. Die Kolonne des Sozialdemokraten Philipp Millonig zog entlang der Straße gegen das Gasthaus Grumm hinauf, um die dort logierenden Offiziere der jugoslawischen Besatzung zu verhaften, was auch durchgeführt wurde. Weiters oblag dieser Kolonne, das Schulhaus anzugreifen. Die Kolonne Wirtitsch rückte auf der Anhöhe des Deber südlich von Arnoldstein vor. Die Kolonne Hauptmann Gressel bildete die Reserve. Die Kolonne Wirtitsch hatte übrigens die Verbindung mit den Kolonnen Mahr und Millonig aufrechtzuerhalten. Die Kolonne Mahr nahm den Bahnhof nach einem Kampf von kaum zehn Minuten ein und die dort befindliche Wache wurde gefangengenommen. Auf unserer Seite hatten wir einen Schwerverwundeten. Länger dauerte der Kampf beim Schulhause, und zwar von 6 bis 8 Uhr früh. Um 8 Uhr ergaben sich die achtzig Mann jugoslawischer Truppen. Sie wurden als Gefangene von

einer Abteilung der Kolonne Mahr nach Villach geführt. Der übrige Teil der Kämpfer säuberte das Gebiet bis Rosenbach. Um Arnoldstein vor weiteren Angriffen zu schützen, wurde eine Kompanie Volkswehr gebildet. Diese führte die Besetzung des Wurzenpasses durch. Es waren durchwegs Arbeiter, die sich zur Volkswehr meldeten und so noch weiter in militärischen Diensten verblieben. Diese Besetzung des Passes dauerte vom 6. Jänner bis Mai 1919. Anfang Mai drohte die Gefahr, daß die Jugoslawen über den Wurzenpaß vordringen. Ohne den Auftrag des Volkswehrkommandanten Mahr abzuwarten, alarmierten die Vertrauensmänner der Bleiberger Bergwerks-Union die Arbeiterschaft und sämtliche Arbeiter unter vierzig Jahren wurden unter dem Kommando Konzilias zur Verteidigung des Wurzenpasses aufgeboten. Die Bürgerlichen verhielten sich ziemlich ablehnend und es kostete große Mühe, sie für die junge Republik zu gewinnen. Jeden einzelnen mußte man förmlich mit Patrouillen ausheben, denn freiwillig waren die Herren für diese Aktion nicht zu haben. Nun kam Hilfe vom damaligen Italien und die Arbeiterwehr konnte wieder eingezogen werden.

R O S E N B A C H

VON FRIEDRICH RAMUSCH

Nach dem Angriff der Gailtaler auf Arnoldstein ist das Volkswheerbataillon Nr. 4, Villach, am 5. Jänner 1919 in den Abwehrkampf getreten. Die erste Aufgabe, die an das Bataillon gestellt wurde, war die Säuberung des Gebietes von Villach gegen Rosenbach und die Besetzung der beiden Draubrücken im Raume Villach—Rosegg. Das Bataillon hatte dann den Sicherungsdienst im Abschnitt Rosenbach zu versehen. Abschnittskommandant war Hauptmann Banfield.

Für den 10. Februar wurde vom Abschnittskommando ein Angriff auf den Karawankentunnel festgesetzt. Meine Kompagnie erhielt den Befehl, in der Nacht vom 9. auf den 10. Februar bis zur Kote 1162 vorzudringen und von dort gemeinsam mit der in Rosenbach stationierten Marinekompagnie, die längs der Bahn gegen den Tunnel vorzugehen hatte, den Angriff durchzuführen. Der Angriff war für 7 Uhr früh festgesetzt. Die Marinekompagnie hatte das verabredete Signal zum Angriff nicht eingehalten und war früher als vereinbart vorgestoßen; dadurch kam der Angriff der 1. Kompagnie im Rücken des Gegners nicht voll zur Geltung.

Die Kompagnie war fast bis zum Tunnel vorgestoßen und geriet durch den Umstand, daß die Marinekompagnie zurückgeschlagen wurde, in eine sehr kritische Situation, da der Gegner alle Maschinengewehre gegen die Kompagnie am Berghang richten konnte. Die Kompagnie mußte zurück. Durch diesen Rückschlag entstand nun folgende Situation: Das Gelände ab Station Rosenbach bis zum Tunnel unbesetzt! In der Station eine Menge Kriegsmaterial, Geschütze, Maschinengewehre und Munition, und das Kostbarste der damaligen Zeit: eine große Menge Verpflegung! Der Weg nach Rosenbach war also für die Jugoslawen frei!

Unsere Mannschaft war infolge ausgestandener Kälte, mangelnder Verpflegung und nicht zuletzt des mißlungenen Angriffes wegen vollständig zermürbt. Die Offiziere verloren jeden Einfluß auf die Mannschaft. Da erhielt ich den Auftrag, die Verteidigung Rosenbachs zu übernehmen. Mit zirka fünfzig Mann habe ich die ausgedehnte Stellung bis zum nächsten Tag (11. Februar) gehalten. In der Nacht haben wir mit zwei Maschinengewehren noch einen Feuerüberfall auf den Tunnel unternommen und hiebei ein Geschütz, welches von der Marinekompagnie am Vortage nicht mehr zurückgenommen werden konnte, in Sicherheit gebracht. Außerdem haben wir bei Morgengrauen einen Angriff des Gegners abgewiesen. Um 9 Uhr wurde die Kompagnie abgelöst und kehrte nach einer zwei Tage und zwei Nächte dauernden ununterbrochenen, anstrengenden Dienstleistung nach Villach zurück. Die Stellung vor dem Tunnel wurde dann von anderen Truppen bis zum 29. April gehalten.

An diesem Tage erfolgte bei Morgengrauen ein Angriff der Jugoslawen auf der ganzen Front. Den Sicherheitsdienst versah da die Marinekompagnie, die größtenteils gefangengenommen bzw. niedergemacht wurde. Unser Bataillonskommandant Major Sanitzer ließ mich am 29. April um 7 Uhr früh in Villach rufen und teilte mir mit, was in Rosenbach geschehen war. Ich erhielt den Befehl, die Kompagnie zu sammeln und so schnell wie möglich nach Ledenitzen abzugehen. Es mußten alle Vorkehrungen für Ausrüstung, Verpflegung und Einwaggonierung getroffen werden. Um 9.30 Uhr vormittags ging die Kompagnie per Bahn nach Ledenitzen ab, woselbst bereits die übrigen Teile des Volkswelrbataillons gestellt waren. Sogleich nach erfolgter Auswaggonierung erfolgte der Abmarsch des Bataillons über die Schäferhütte, Kammlinie Gracenica bis Kote 1162. Von da sollte überraschend ein Angriff gegen den Tunnel unternommen werden. Ich war über die Absichten des Bataillonskommandanten nicht unterrichtet, sonst hätte ich gegen diesen Angriff sofort Stellung genommen. Das Bataillon hatte im ganzen einen Kampfstand von ungefähr 130 Mann und vier Maschinengewehre mit acht Verschlagen Munition, eine ganz unzureichende Ausrüstung für

einen solchen Angriff. Major Sanitzer und sein Adjutant Hauptmann Berger führten das Bataillon, ich folgte infolge der Ermüdung als einer der letzten. Gegen 4 Uhr nachmittags — es schneite und begann auch schon zu dunkeln — traf das Bataillon bei Kote 1162 ein. Ich kam gerade noch rechtzeitig zum Bataillonskommandanten und sagte ihm, daß der Angriff mit so unzureichenden Mitteln ein Wahnsinn sei. Gleichzeitig machte ich den Bataillonskommandanten auf die Befestigung des Tunnels aufmerksam, die ich von früher her kannte. Auf diese meine Einwendungen gab Major Sanitzer resigniert den Befehl zum Rückzug, und das Bataillon kam gegen Mitternacht bei Schneegestöber zum Gehöft Kanin, wo es einquartiert wurde. Am nächsten Tage wurde es nach Schlatten verlegt. Der Bataillonskommandant war über den von mir gemachten Einspruch sehr erbost. Mir aber machte das Bewußtsein große innere Befriedigung, verhindert zu haben, daß nutzlos Menschenleben geopfert wurden.

Am 30. April nachmittags unternahm das Bataillon einen Angriff auf Kirche und Ortschaft St. Jakob, die beide im Sturm genommen wurden; hiebei konnte die Heimwehrkompanie Velden mit 120 Mann aus jugoslawischer Gefangenschaft befreit werden. Bei diesem Angriff hat sich besonders die Maschinengewehrkompanie des Bataillons ausgezeichnet. In der Kirche waren 32 Mann mit zwei Maschinengewehren und in der Ortschaft zirka achtzig Mann der jugoslawischen Besatzung, die gefangen genommen wurden. Die Jugoslawen zogen sich mit großen Verlusten nach Rosenbach zurück. Unser Bataillon kehrte wieder nach Schlatten zurück, wo es bis zum Angriff am 4. Mai verblieb. An diesem Tage sollte der Tunnel angegriffen werden. Ich machte die Kommandanten aufmerksam, daß ein Angriff nur nach entsprechender Artillervorbereitung und wenn der Tunnel von beiden Seiten, aus der Richtung Maria-Elend und über Gracenica, angegangen werde, Erfolg haben könne. Es wurden in Wien Verstärkungen, besonders aber Artillerie angesprochen. Am 3. Mai trafen ein Volkswheerbataillon aus Niederösterreich und eine Volkswherbatterie ein. Nach erfolgter Artillervorbereitung be-

gann der Angriff am 4. Mai um 4 Uhr früh. Das niederösterreichische Volkswheerbataillon, die Heimwehrkompagnie Velden und die Tiroler Volkswehr stießen östlich, das Villacher Volkswheerbataillon und die Maria-Gailer Heimwehr westlich der Eisenbahnstation Rosenbach in der Richtung gegen Kote 1162 (Gracenica) vor. Um 7 Uhr früh war der Tunnel in unserem Besitz. Daß der Angriff an diesem Tage gelang, ist vor allem den braven Kämpfern der vielverlästerten Volkswehr zuzuschreiben. Ich führte bei diesem Angriff den dritten Zug der ersten Kompagnie, bestehend aus 40 Mann. Schon bei Beginn des Angriffes standen dem Zug zwei feindliche Maschinengewehre gegenüber, die durch Umgehung in kurzer Zeit genommen wurden. Mein Zug drang bis auf den Rücken unter Kote 1162 vor. Dort geriet ich mit meinen Leuten abermals in ein starkes Maschinengewehrfeuer aus der Richtung Bärengraben und mußten in einer Mulde Deckung suchen. Nach einiger Zeit traf die Maschinengewehrkompanie des Bataillons dort ein und bald gelang es ihr, die vier feindlichen Maschinengewehre außer Gefecht zu setzen. Auch hier hat die Maschinengewehrkompanie geradezu erstaunliche Leistungen vollbracht. In dieser Mulde gesellte sich auch der Oberleutnant Arneitz, jedoch ganz allein, zu uns. Nach erfolgter Orientierung stürmte ich mit einem halben Zug, die andere Hälfte war noch nicht nachgekommen, den Tunnel, Oberleutnant Arneitz auch mit. Wir mußten dabei einen reißenden Bach durchwaten, und als wir vor den Tunnel kamen, stand derselbe noch unter eigenem Maschinengewehrfeuer, das uns selbst sehr gefährlich wurde. Nach ungefähr zehn Minuten kam ein Leutnant von uns mit sechs Mann, der eine Leuchtpistole bei sich hatte, mit der es möglich war, unsere Maschinengewehrabteilung zu verständigen, daß eigene Leute beim Tunnel sind. In diesem Moment eröffneten die Jugoslawen mit einem Maschinengewehr das Feuer aus dem Tunnel. Erst als ich von der Station aus mit einigen Soldaten ein 6·5-Zentimeter-Geschütz gegen den Tunnel brachte, gelang es uns, das jugoslawische Maschinengewehr zum Schweigen zu bringen. Unsere Leute drangen in den Tunnel ein. Bei diesem Angriff hatte leider

mein Zug die schwersten Verluste zu tragen: zwei Tote und drei Schwerverwundete. Wir hatten große Mühe, die Toten und Verwundeten wegzubringen. Oberleutnant Arneitz hat die jugoslawische Trikolore von der vor dem Tunnel untergebrachten jugoslawischen Offiziersmesse herabgeholt. Mit dieser Fahne ist er durchs Rosental gefahren und hat sich als Held feiern lassen. Die Angriffstruppen, total erschöpft und ermüdet, wurden zurückgezogen und niemand war zur Sicherung des Tunnels da. Aber es kam als Retter das Arbeiterbataillon aus Villach, welches den Sicherungsdienst übernahm und den Tunnel verrammelte. Ohne Eingreifen des Arbeiterbataillons wäre uns der Erfolg des Tages zweifellos wieder verlorengegangen.

In vielen Büchern und Aufsätzen wird die Tätigkeit der Volkswehr im Abwehrkampf nur so nebenbei erwähnt. Richtig ist, daß die Volkswehr die Hauptlast im Abwehrkampf zu tragen hatte. Sie hatte auch dementsprechend große Verluste. Ich wurde nach Beendigung der Abwehrkämpfe im Juni 1919 zum Soldatenrat gewählt. Die beiden Kärntner Kreuze und eine Bataillonskommandobelobung fielen mir zu.

Ich war von der Mannschaft gewählter Zugskommandant und wurde später, wie schon erwähnt, Soldatenrat, Auszeichnungen, die höher zu werten sind als Orden und Titel. Es wird einer späteren Zeit vorbehalten sein, aufmerksam zu machen, wie wichtig im Abwehrkampf die gewählten Kommandanten und gewählten Vertrauensleute waren. Sie haben kriegsmüde und verbitterte Menschen neuerlich zu Kämpfern für die Heimat gemacht.

DAS BESETZTE KLAGENFURT

ZWEI STIMMUNGSBILDER

Aus Nr. 2 der „Sozialdemokratischen Mitteilungen“ vom 14. Juni 1919 erfahren wir einiges über „Das besetzte Klagenfurt“. Es heißt da: Seit mehr als acht Tagen sind wir ohne Post- und Bahnverbindung. Kein Telephon und kein Telegraph vermittelt uns Nachrichten. Abgeschlossen sind wir von der ganzen Welt, Nachrichten von außen dringen nicht zu uns oder sie verdichten sich zu Gerüchten, die die Nervenspannung zum Zerreißen bringen.

Eine drückende Schwüle liegt über der Stadt. Diese schwer erträgliche Atmosphäre verschärft noch die seelischen Depressionen der Menschen, die in der besetzten Stadt leben. Die Kaffeehäuser sind um 8 Uhr abends gesperrt, aber auch tagsüber leer. Zeitungen gibt es nicht, sie können nicht hereingebracht werden, einesteils wegen der strengen militärischen Grenzsperrre, anderenteils wegen der Einstellung des Zugsverkehrs. Wie tot liegt die Stadt nach 9 Uhr abends da. Die schreckliche Ungewißheit, was aus uns werden soll, zermartert das Gehirn und die Nerven. Was haben wir verbrochen, daß man uns so quält? Hat das arme Land Kärnten noch nicht genug Kriegsoffer gebracht? Sind wir nicht alle durch Hunger, durch geistige und körperliche Erschöpfung am Rande unserer Kraft? Was haben wir doch alles erleben müssen die letzten fünf Jahre! Hunderttausende sind ins Feld gezogen und nicht mehr zurückgekommen, Tausende von Verwundeten und Toten haben wir vorüberziehen sehen, Krankheiten und Seuchen haben die Menschen im Hinterland dezimiert. Monate, ja jahrelang haben wir den Kanonendonner und das Maschinengewehrfeuer anhören müssen, haben wir mit blutendem Herzen und zitternder Seele

der armen Kriegsoffer gedacht. Mit fieberndem Hirn fahndeten wir nach einem Hoffnungsschimmer, der die leidende Menschheit herausführen sollte aus all dem Jammer und Elend.

Ach, was wissen denn die Menschen jener Länder, die nicht unmittelbar an der Kriegszone lagen! Sie vermögen die Schrecknisse nicht zu erfassen, unter denen wir lebten, sie begreifen unseren Seelenzustand nicht! In dieser quälenden Sorge haben wir die Tage seit dem 6. Juni verlebt. Niemand weiß, was mit uns geschehen wird. Und gerade diese Ungewißheit ist es, die uns alle lähmt. Hätten wir Zeitungen, bekämen wir Briefe und Telegramme, unsere Lage wäre viel leichter zu ertragen. So aber sind wir von der Welt abgesperrt wie in einem Käfig, wie Verbrecher, die ihres Urteils harren! Das ist der Leidensweg des Klagenfurter Volkes, der statt zum Glück und Frieden in eine ungewisse Zukunft führt. Aber wir wollen trotzdem nicht verzagen! Nicht der Imperialismus und die nationale Herrschsucht werden die Geschicke der Völker bestimmen. Die Grundlage der neuen Welt ist die internationale Verbrüderung aller arbeitenden Menschen.

Es kamen weitere Nummern der „Sozialdemokratischen Mitteilungen“ an Stelle des verbotenen „Arbeiterwille“ und immer wieder Klagen über die Besetzung, die Absperrung, den würgenden Druck, die Lebensmittelnöte u. a. m.

Am 12. Juli 1919 erschien Nr. 8 der „Mitteilungen“ und da wird unter „Schwere Zeiten“ geschrieben: Mit fieberhafter Spannung erwartet die Bevölkerung der besetzten Stadt Klagenfurt das Ergebnis der Verhandlungen, die zwischen den Vertretern des deutschösterreichischen Staates und jenen des SHS-Staates stattfinden sollen. Fünf Wochen leben wir nun in der quälenden Sorge, was aus uns werden wird. Die Bewohner des unglücklichen Landes Kärnten haben während der Kriegszeit so schwere Opfer gebracht und so viel bitteres Leid ertragen müssen, daß sie ein Schicksal wirklich nicht verdienen wie das, dem sie jetzt entgensehen. In drei Teile soll das herrliche

Kärnten zerrissen werden. Nicht die natürlichen Grenzen, die volkswirtschaftlichen, kulturellen und verkehrstechnischen Lebensmöglichkeiten sollen entscheidend sein für den zukünftigen Bestand unseres Landes, sondern die brutale Gewalt des Sieges diktiert uns das Urteil. Man hat in Paris die südliche Linie des Klagenfurter Beckens so festgesetzt, daß der Stadt Klagenfurt jede Lebensmöglichkeit abgeschnitten ist. Wir verlieren das ganze Hinterland, und wenn auch die Stadt von den südslawischen Truppen befreit sein wird, wird das Elend nicht aufhören.

Daß der jetzige Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist und zum wirtschaftlichen Ruin der Stadt führen muß, ist für jedermann klar. Aus einer Denkschrift, welche kürzlich der Interalliierten Kommission überreicht wurde, geht das ganz deutlich hervor. Wegen der Verkehrsabsperrung mangelt es in der Stadt an Kohle und Rohmaterial, die fertigen Waren können nicht expediert werden, weil der Zugsverkehr eingestellt ist. Die Sperrung des Post-, Fernsprech- und Geldverkehrs unterbindet jede kommerzielle Tätigkeit und schafft die größte Notlage für die Arbeiter, Beamten und Angestellten. Die meisten Betriebe stehen vor der Sperre, wenn nicht in letzter Stunde eine Änderung der Verhältnisse eintritt. Dadurch werden in der Industrie über 1000, im Handel und Gewerbe 600, in den Buchdruckereien 200 und in den anderen Branchen 200, zusammen rund 2000 Arbeiter und Angestellte arbeitslos.

Durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch sind mindestens 3000 Arbeiter und Angestellte mit ihren Familien in ihrer Existenz gefährdet. Welche Not dadurch heraufbeschworen wird, bedarf keiner besonderen Erwähnung. Dazu das beängstigende Gefühl für die Angehörigen der vielen Internierten und Versckickten.

Deshalb warten wir alle so sehnsüchtig auf das Ergebnis der diplomatischen Verhandlungen, die, wenn sie günstig verlaufen, für uns wie eine Erlösung wirken werden.

Die Klagen in der sozialdemokratischen Presse über die Schäden der gewaltsamen Absperrung werden immer schärfer

und schärfer, die „Sozialdemokratischen Mitteilungen“ bekommen ein größeres Format. Mit Nr. 12 fand das Blatt aber auch schon sein Ende, da die jugoslawische Preßzensur das Weitererscheinen desselben verbot. Aber es ward auch schon ein neues Blatt, „Volkswille“, geschaffen, von dem aber nur eine einzige Nummer erschien.

Die Aufhebung der Besetzung des Klagenfurter Beckens durch die Jugoslawen machte das Weitererscheinen des „Volkswille“ überflüssig, da nun ab 30. Juli 1919 wieder der „Arbeiterwille“ regelmäßig ins Land kam. In den weiter von den Jugoslawen besetzten Gebietsteilen Kärntens blieb aber auch fernerhin die Verbreitung des „Arbeiterwille“ verboten. Die Partei stellte die Verbindung mit den Parteimitgliedern dieser Gebiete durch zeitweise ausgegebene Flugschriften her, bis endlich auch die Freiheit der Verbreitung der sozialdemokratischen Presse wieder erkämpft ward.

WICHTIGE PARTEIUNDGEBUNGEN

1. Nationalrat und Volksabstimmung.

Bei der Beratung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1920 ergriff im österreichischen Nationalrat Florian Gröger (Sozialdemokrat) am 21. April 1920 das Wort und führte u. a. aus:

Wir deutschen Sozialdemokraten haben durch Jahrzehnte einen schweren Kampf um das Selbstbestimmungsrecht der Nationen geführt, wir sind stets gegen jede nationale Unterdrückung, gegen jede nationale Vergewaltigung aufgetreten und nicht selten sind wir dafür als nationale Verräter hingestellt worden. Um so schmerzlicher haben wir es empfunden, daß die freigewordenen Nationen das Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten und an dessen Stelle die brutale Militärdiktatur gesetzt haben. Südkärnten ist seit November 1918 von den Jugoslawen miliärisch besetzt. Trotz aller vereinbarten Waffenstillstandsverträge und der Festsetzung der Demarkationslinie haben die Jugoslawen am 29. April und am 29. Mai des vorigen Jahres an der ganzen Front Vorstöße unternommen, die schließlich zu jenen Abwehrkämpfen der deutschen Bevölkerung führten, die ja bekannt sind.

Seit dem Juli des vorigen Jahres wartet nun die Bevölkerung der strittigen Gebiete Kärntens und insbesondere die Bevölkerung der südlichen Zone „A“ auf die Volksabstimmung.

Wohl ist es wahr, daß in der Zone „A“ die Mehrheit der Bevölkerung der slowenischen Nation angehört. Aber diese Slowenen sind alle der deutschen Sprache mächtig und alle gravitieren sie nach Klagenfurt, nach Kärnten, nach Deutschösterreich. Es sind die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, die bei der Abstimmung in den strittigen Gebieten mehr in Betracht kommen als die nationalen. Politisch leben die Menschen

in der deutschösterreichischen Republik viel freier, als es in Jugoslawien der Fall ist. Die Arbeiter des strittigen Gebietes in Kärnten, des Völkermarkter und Ferlacher Bezirkes und des Rosentales, haben jahrzehntelang der gewerkschaftlichen, politischen und konsumgenossenschaftlichen Organisation der österreichischen Sozialdemokratie angehört. Diese Arbeiter haben mit glühender Begeisterung die revolutionäre Bewegung in Österreich verfolgt, sie wollen teilnehmen an allen politischen und sozialdemokratischen Errungenschaften der deutschösterreichischen Republik. In Jugoslawien herrscht heute noch der Militarismus, die Zwangseinrückung, es herrscht die Dynastie, es gibt noch kein Frauenwahlrecht und die sozialpolitische Gesetzgebung läßt alles zu wünschen übrig. Deshalb wollen die sozialdemokratischen Arbeiter der Abstimmungszone, wenn sie auch Slowenen sind, nicht zu Jugoslawien, sondern sie halten treu und fest zu Deutschösterreich, sie halten treu und fest zu ihrer alten Organisation, mit der sie durch Jahrzehnte alle Freuden und Leiden, alle Kämpfe und Erfolge geteilt haben.

Wenn die Volksabstimmung vorüber sein wird, dann werden wir auch an den Abbau des nationalen Hasses und des nationalen Chauvinismus gehen müssen. Wir werden trachten müssen, mit unseren Nachbarstaaten freundnachbarliche Beziehungen einzugehen, wir werden trachten müssen, Verhältnisse zu schaffen, die es uns ermöglichen, miteinander wirtschaftlich zu verkehren.

Mag aber die Volksabstimmung in Kärnten ausgehen wie immer, unser Grundsatz ist: des Volkes Wille sei höchstes Gesetz! So fassen wir deutsche Sozialdemokraten das Selbstbestimmungsrecht des Volkes auf. Und weil wir gute Deutsche sind, sind wir auch gute Internationale. Deshalb sind wir felsenfest überzeugt von der internationalen Verbrüderung des Proletariats der ganzen Welt. Nicht in Feindschaft mit den Proletariern des

SHS-Staates wollen wir leben, sondern in brüderlicher Gemeinschaft. Wir grüßen unsere südslawischen und unsere romanischen Brüder, weil wir wissen, daß wir im gemeinsamen Kampfe erst imstande sein werden, das Joch des Kapitalismus vom Proletariat abzuschütteln.

2. Aufruf.

In den „Sozialdemokratischen Mitteilungen für das Abstimmungsgebiet“ vom 4. September 1920 lesen wir folgenden Aufruf:

Die Sozialdemokratische Partei ist eine internationale Partei. Ihre Stellung zur bevorstehenden Volksabstimmung ist daher eine wesentlich andere als die der nationalen Parteien. Sie kennt keine nationalen Vorrechte, sondern nur gleichberechtigte Völker und Nationen und verurteilt jede Unterdrückung einer Nation durch eine andere. Sie hat sich daher stets dafür eingesetzt, daß die Völker frei nach ihrem Ermessen über ihre nationale Zugehörigkeit und ihr Schicksal entscheiden sollen. Von diesen Grundsätzen ausgehend, stellt sie es auch jedem ihrer Parteimitglieder und -anhänger frei, ob sie sich bei der bevorstehenden Volksabstimmung für Deutschösterreich oder Jugoslawien entscheiden wollen. Sie überläßt daher in nationaler Hinsicht die Entscheidung ganz dem freien Ermessen des einzelnen.

Nun wird aber bei der bevorstehenden Volksabstimmung in Kärnten das Hauptmotiv nicht die nationale Frage sein, sondern der Großteil der Abstimmungsberechtigten und insbesondere die sozialdemokratisch gesinnten Stimmberechtigten werden sich hiebei die Frage vorlegen: Welcher Unterschied besteht in politischer, kultureller und sozialpolitischer Hinsicht zwischen Deutschösterreich und Jugoslawien und welche Folgen hat der Ausfall der Abstimmung für die Bewohner des Abstimmungsgebietes in wirtschaftlicher Beziehung?

Diese Fragen sind für jeden sozialdemokratisch gesinnten Stimmberechtigten und insbesondere für die arbeitende Bevölkerung viel wichtiger als die Frage der nationalen Volkszugehörigkeit, weil von dem Ergebnis der Abstimmung die Zukunft der im Abstimmungsgebiete wohnenden Menschen und ihrer Kinder und weiteren Nachkommen abhängt.

Deutschösterreich ist eine freie Republik, in welcher das Volk selbst regiert. Arme und Reiche haben gleiche politische Rechte. Die Privilegien der besitzenden Klasse wurden mit der Revolution beseitigt. Eine politische Bevormundung besteht nicht. Jedes Gesetz, welches in der Nationalversammlung geschaffen wird, wird einzig und allein von den freigewählten Vertretern der Arbeiter, Bauern und Bürger beschlossen. Das gleiche Recht besteht für die Landtage und die Gemeinden. Was die Nationalversammlung beschließt, ist Gesetz und bedarf keiner obrigkeitlichen kaiserlichen oder königlichen Bestätigung mehr. Dem Volke steht mithin durch die von ihm gewählten Vertreter das ausschließliche Recht der Gesetzgebung der Republik zu.

Ist dies im Königreiche der Serben, Kroaten und Slowenen auch so? Nein! Dort steht das Volk noch immer unter der Bevormundung der königlichen Majestät Peters. In Jugoslawien besteht auch noch der alte Militarismus, welcher eine ständige Kriegsgefahr für die fremden und eigenen Völker ist, Unsummen von Volksvermögen verschlingt, die durch erhöhte Steuern aufgebracht werden müssen, und welcher eine Stütze des monarchistischen Systems und der Kapitalisten ist.

In Deutschösterreich ist dieser Militarismus mit dem Zusammenbruch der alten Monarchie verschwunden.

Da gibt es kein Einrücken mehr für die jungen Männer und auch keine Waffenübungen für die Familienväter. Die deutsch-österreichische Nationalversammlung hat seit ihrem Bestande für die Arbeiter eine ganze Reihe wichtiger Arbeiterschutzgesetze geschaffen, wie in keinem anderen Staate. Deutschösterreich ist

auch in dieser Hinsicht der jugoslawischen Monarchie weit voraus.

In Deutschösterreich kann jedermann frei und offen, ohne polizeilich oder strafgerichtlich verfolgt zu werden, in Wort und Schrift seine Meinung äußern, was in Jugoslawien nicht der Fall ist.

Und so gäbe es noch eine ganze Reihe von Vorteilen anzuführen, welche Deutschösterreich seinem Volke und der Arbeiterschaft zum Unterschied von Jugoslawien bietet. Alles dies ist nur in einer freien Republik möglich, wo für arm und reich gleiches politisches Recht besteht und das Volk selbst sein Gesetzgeber ist. Mit Rücksicht auf alle diese Vorteile, welche die Republik dem Volke und insbesondere der Arbeiterschaft zum Unterschied von der Monarchie der Serben, Kroaten und Slowenen bietet, empfiehlt die Sozialdemokratische Partei Kärntens allen sozialdemokratisch gesinnten Stimmberechtigten sowie der gesamten Bevölkerung ohne Unterschied, ob Mann oder Frau, bei der bevorstehenden Volksabstimmung ihre Stimme für Deutschösterreich abzugeben.

3. Die sozialdemokratische Bezirksorganisation von Klagenfurt und Umgebung und die Volksabstimmung.

Am 12. September 1920 tagte in Klagenfurt eine Bezirkskonferenz der politischen Organisation von Klagenfurt und Umgebung und beschloß nach einem ausführlichen Referat einstimmig folgende Resolution zur Volksabstimmung:

„Die Sozialdemokratische Partei ist eine internationale Partei. Seit ihrem Bestand ist sie für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eingetreten. Sie verabscheut jede Unterdrückung und Vergewaltigung eines Volkes, welcher Nation immer. Getreu diesem Programm fordert die sozialdemokratische Bezirksorganisation Klagenfurt und Umgebung für

die Abstimmung im Klagenfurter Becken freie und unbeeinflusste Volksabstimmung. Sie verlangt, daß die Voraussetzungen einer freien Volksabstimmung geschaffen werden, und sieht diese in der Freiheit der Presse von Zensur, Freiheit der Meinungsäußerung, Versammlungs- und Redefreiheit begründet. Sollten diese Freiheitsrechte ausgeübt werden können, so muß das Abstimmungsgebiet unparteiisch verwaltet werden. Dazu sind notwendig der vollkommene Abzug des Militärs sowie die Einsetzung objektiver Verwaltungs- und Sicherheitsorgane. Die Bezirkskonferenz protestiert gegen jede Fälschung des Volkswillens und verlangt Sicherheit für den tatsächlichen Willensausdruck der arbeitenden Bevölkerung des Abstimmungsgebietes. Werden ausreichende Sicherheiten für eine unbeeinflusste Abstimmung geboten sein, so ist sie überzeugt, daß sich die überwiegende Mehrheit des arbeitenden Volkes im Abstimmungsgebiet für die Republik Deutschösterreich und gegen die Militärmonarchie SHS entscheiden wird. Die versammelten Vertrauensmänner aus dem Abstimmungsgebiet erklären einstimmig, daß die Arbeiterschaft der Republik Deutschösterreich in unwandelbarer Treue ergeben ist und sie im Kampfe um Recht und Freiheit ausharren wird.

Die Bezirkskonferenz spricht dem arbeitenden Volke in der Zone „A“ ihre wärmste Sympathie aus und versichert ihre wirksame Unterstützung im Kampfe für seine im Friedensvertrag feierlich verkündeten Rechte.“

4. Landtag und Volksabstimmung.

Die vorläufige Landesversammlung für Kärnten hat in ihrer Sitzung vom 28. September 1920 unter Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion nachstehende Kundgebung an die Bevölkerung der Zone „A“ beschlossen:

„Der 10. Oktober naht. Mit ihm beginnt ein neuer Abschnitt in Kärntens Geschichte. Der freie Wille des Volkes

wird an diesem Tage über Kärntens Schicksal entscheiden. Mit froher Zuversicht blickt die vorläufige Landesversammlung der Volksabstimmung entgegen. Sie wird ein machtvolles Bekenntnis zur Kärntner Heimat werden und die Wiedervereinigung der Zone ‚A‘ mit dem übrigen Kärnten bringen.

Die stimmberechtigten Landsleute der Zone ‚A‘ sind mit dem übrigen Kärntner Volke durch die Geschlossenheit des Landes, durch die Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Interessen, durch die Geschichte vieler Jahrhunderte und durch die gemeinsame Kultur so innig verbunden, daß das Zusammenhalten der deutschen und slowenischen Bevölkerung Kärntens in der Frage der Unteilbarkeit des Landes zu einer Naturnotwendigkeit geworden ist.

Die vorläufige Landesversammlung, weit entfernt, die Methoden jugoslawischer Vergewaltigung und Willkür anzuwenden, vertritt als Grundsatz der zukünftigen Landespolitik die Politik der Versöhnung und der Gerechtigkeit.

Sie erklärt daher im Bewußtsein der verantwortungsvollen Stunde namens der von ihr vertretenen Bevölkerung, daß sie den slowenischen Landsleuten ihre sprachliche und nationale Eigenart jetzt und alle Zeit wahren will und daß sie deren geistigem und wirtschaftlichem Aufblühen dieselbe Fürsorge angedeihen lassen wird wie den deutschen Bewohnern des Landes.

Eine genaue Ausarbeitung dieser Grundsätze wird nach durchgeführter Wiedervereinigung mit den Vertretern der Kärntner Slowenen vereinbart werden.

Die demokratischen Grundsätze, auf denen die Republik Österreich aufgebaut ist, bürgen übrigens dafür, daß der Wille der slowenischen Bevölkerung unverhüllt zum Ausdruck kommen wird.

Der Kärntner Slowene wird daher auch innerhalb seines bisherigen Heimatlandes Kärnten die Bürgerschaft für den

Bestand seines nationalen Lebens und seines wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges vorfinden. In friedlicher Arbeit vereint, werden nach der Wiedervereinigung beide Volksstämme Gelegenheit finden, alle jene Schäden gutzumachen, die ein langjähriger Krieg und eine zweijährige Besetzung größerer Landstriche durch ungebetene Eindringlinge verursacht haben.

Die vorläufige Landesversammlung entsendet den heldenhaften Märtyrern in der Zone ‚A‘ vor der Volksabstimmung nochmals herzliche Grüße und ruft ihnen namens der übrigen Bevölkerung Kärntens, die glücklicher war und von dem furchtbaren Joch der Südslawen verschont blieb, zu:

Seid bedankt für die hingebungsvolle Treue, mit der ihr zu eurer Heimat gestanden seid, für die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, die ihr aus Liebe zu Kärnten gebracht habt, für die bewunderungswürdige Haltung, mit der ihr alle Verfolgungen und Unterdrückungen über euch ergehen liebet!

Laßt euch nicht entmutigen, gebt nicht den Lohn für eine fast zweijährige Qual in letzter Stunde preis! Harret vielmehr aus in eurer Standhaftigkeit bis zu dem nicht fernen Tage der Befreiung!

Eure Heimat Kärnten wird es euch vergelten, eure Kinder und Kindeskinde werden euch dafür danken.“

5. Der sozialdemokratische Landesparteitag und die Volksabstimmung.

Die Sozialdemokratische Partei Kärntens ist am 2. Oktober zu ihrem ordentlichen Landesparteitage zusammengetreten. Vor Eingang in die Tagesordnung erhob der Parteitag folgende Resolution einstimmig zum Beschluß:

„Die internationale Sozialdemokratische Partei ist seit ihrem Bestande für das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eingetreten. Sie verabscheut jede Unterdrückung

und Vergewaltigung eines Volkes welcher Nation immer. Getreu diesem Programm fordert der sozialdemokratische Landesparteitag für die Abstimmung im Klagenfurter Becken freie und unbeeinflusste Volksabstimmung. Jedermann muß die Möglichkeit geboten sein, frei und unbeeinflusst von seinem Stimmrechte Gebrauch zu machen. Nur dann, wenn völlige Sicherheit für eine unbeeinflusste Ausübung des Stimmrechtes geboten ist, kann der Landesparteitag das Ergebnis der Abstimmung als Volksentscheid im Sinne der Forderungen der Sozialdemokratie und der Bestimmungen des Friedensvertrages anerkennen. Jede Verfälschung des tatsächlichen Willensausdruckes wäre die Quelle neuer Unzufriedenheit, geeignet, die Entwicklung unseres Landes zu gefährden. Von der Überzeugung durchdrungen, daß die überwiegende Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung des Abstimmungsgebietes sich zur Republik Österreich bekennen wird, entbietet der Landesparteitag den Brüdern im Abstimmungsgebiet proletarische Grüße und versichert sie seiner wirksamen Unterstützung im Kampfe um ihr von der Sozialdemokratischen Partei stets hochgehaltenes und durch den Friedensvertrag feierlich verbürgtes Recht freier und unbeeinflusster Selbstbestimmung.“

6. Aufruf der Sozialdemokratischen Partei Kärntens in letzter Stunde.

Am 6. Oktober 1920, also knapp vier Tage vor der Volksabstimmung, erschien ein Aufruf der Sozialdemokratischen Partei an das arbeitende Volk im Abstimmungsgebiete, der in vielen tausend Exemplaren in der Abstimmungszone verbreitet wurde und folgende einleitende Sätze hatte:

„An das arbeitende Volk im Abstimmungs-
gebiete!

Bald zwei Jahre sind seit dem Zusammenbruche des
völkermordenden Weltkrieges vergangen. Mit Sehnsucht

wurde die Stunde erwartet, in der wieder Friede Einkehr halten sollte in die gequälte, gepeinigte Menschheit. Schon läuteten Friedensglocken, schon schien der Augenblick nahe, der Frieden unserem Lande bringen sollte, da kam neues, schweres Schicksal über unser vielgeprüftes Volk. Nicht freie Selbstbestimmung, sondern Macht und Gewalt sollten seine Staatszugehörigkeit bestimmen. Von Schmerz und Kummer waren unsere Herzen erfüllt, bange, bittere Stunden waren über uns hereingebrochen. Da leuchtete in die quälenden Zweifel ein Hoffnungsschimmer: der Friedensvertrag verkündete feierlich, daß in unserem Lande

Recht vor Gewalt

stehen solle. Er gab uns das Selbstbestimmungsrecht, er legte das Schicksal des gemischtsprachigen Gebietes in die Hände seiner Bevölkerung. Es können nun

jeder Mann und jede Frau

von dem Rechte freier Selbstbestimmung Gebrauch machen. Jeder Mann und jede Frau können mitbestimmen, welchem Staate in der Zukunft das Abstimmungsgebiet angehören soll. Und dieses

Recht wird zur Pflicht,

der ohne Rücksicht auf alle Einschüchterungsversuche nachgekommen werden muß, durch die schwerwiegenden Folgen, die seiner Ausübung anhaften. So haben Mann und Weib ihr Gewissen zu prüfen, für welchen Staat sie sich am

Schicksalstage,

am 10. Oktober, entscheiden sollen. Das eigene Wohl, Glück und Zukunft der Kinder und Enkelkinder werden am Tage der Volksabstimmung zur Entscheidung gebracht. Wollen wir und unsere Nachkommen die Gesicke der

Republik Österreich oder der Monarchie SHS teilen? Das ist die Schicksalsfrage, die der Bevölkerung des Abstimmungsgebietes vorgelegt ist.

Das arbeitende Volk führt, seit es sich seiner Bedeutung bewußt geworden ist, einen gewaltigen Kampf wider seine

Bevormundung durch Dynastien.

Es will nicht beherrscht, nicht Sklave sein, es will sich seine Gesetze selbst, frei von obrigkeitlichem Zwang, geben. Mündig geworden, ist ihm verhaßt, was die Volksherrschaft hemmt, was über das Volk höhere Macht und Gewalt stellt.

Unvereinbar sind Volksherrschaft und Monarchie!

Unvereinbar sind Freiheitsrechte mit dynastischer Willkür!“

AUS DEM KÄRNTNER LANDESAUSSCHUSS (LANDESREGIERUNG)

VON AUGUST NEUTZLER

Als nach dem Zusammenbruche der Kriegsfrenten eine den Stärkeverhältnissen der politischen Parteien der Vorkriegszeit entsprechende provisorische Landesverwaltung in Kärnten eingesetzt wurde, hatte auch ich die Ehre, namens der Sozialdemokratischen Partei in den provisorischen Landesausschuß entsendet zu werden.

Die Verantwortung, die der Landesausschuß 1918/19 und 1920 in seiner Gesamtheit und jedes einzelne Mitglied desselben zu tragen hatten, war groß und muß um so höher gewertet werden, als die Ereignisse sich überstürzten und es täglich, ja stündlich galt, Entscheidungen zu treffen.

Es ist natürlich unmöglich, die vielen Beschlüsse des damaligen Landesausschusses, die das Gesamtinteresse des Landes betrafen, sowie etwa die vielen Teillösungen von Einzelfragen auch nur anzuführen. Die Akten aus jener Zeit, die Protokolle und sonstige Aufzeichnungen, soweit solche vorhanden sind, können darüber gewiß Aufschluß geben. Ich will von den vielen Begebenheiten nur einige wenige herausgreifen, um so zu zeigen, daß gute scharfe Worte, zur rechten Zeit und am rechten Platze gemacht, imstande waren, hin und wieder neue Situationen zu schaffen:

1. Eines Tages — das Datum ist mir nicht mehr in Erinnerung — wurde ich zu einer Sitzung des provisorischen Landesausschusses geladen. Ich kam etwas verspätet hin und fand außer den Mitgliedern des Landesausschusses noch einige Offiziere und sonstige maßgebende Persönlichkeiten vor, die sich

alle in großer Aufregung befanden. Ich erkundigte mich bei dem Landesverweser Dr. Lemisch über den Grund dieser Aufregung, worauf mir dieser mitteilte, daß soeben der Beschluß gefaßt worden wäre, den Rosenbacher Tunnel zu sprengen. Eine Ordonnanz sei mit diesem Befehl schon nach Rosenbach abgegangen. Mir schien dieses Vorhaben so widersinnig und überflüssig, daß ich sofort gegen dasselbe auf das heftigste protestierte. Zuzufolge meines Protestes sah sich der Landesverweser veranlaßt, die Herren schleunigst noch einmal zur Beratung zusammenzurufen. Da gelang es mir, auch den anwesenden Offizieren die Überzeugung beizubringen, daß eine solche Maßnahme überflüssig sei. Der Hinweis darauf, daß man ein so großes Werk wohl leicht zerstören, aber nur sehr schwer und nur unter größten finanziellen Opfern wieder gebrauchsfähig machen könne, wirkte. Die Ordonnanz wurde wieder zurückgerufen und die Sprengung des Karawankentunnels unterblieb.

2. Ich war auch bei der Deputation, die bei General Majster in Marburg Vorstellungen gegen die Besetzung des Landes erhob. Das war am 29. und 30. November 1918. Als die von unseren Wortführern Dr. Reinlein und Dr. Reinprecht ins Treffen geführten Gründe den General nicht veranlaßten, von seinem Vorfatze, einen großen Teil des Landes mit Klagenfurt zu besetzen, abzustehen, sah ich mich veranlaßt, ihm vor Augen zu halten, welche Folgen auch solch ein Einmarsch in Klagenfurt hätte, und appellierte an sein Menschlichkeitsgefühl. Ich ersuchte ihn, nicht mutwillig einen solchen Bruderkrieg — nach dem soeben beendeten Weltkrieg — hervorzurufen. Ich wies auf die geänderten politischen Verhältnisse hin und gab ihm die Versicherung, daß die Sozialdemokratische Partei, die in Kärnten ausschlaggebend ist, dafür sorgen wird, daß die kärntnerischen Slowenen in Zukunft in keiner Weise in ihren Rechten und Ansprüchen verkürzt würden und man es daher auch den Bewohnern der gemischtsprachigen Gebiete überlassen solle, über ihre weitere Staatszugehörigkeit durch eine herbeizuführende Volksabstimmung selbst zu entscheiden. Diese Entscheidung werde dann gewiß

maßgebend für alle interessierten Faktoren sein. „Sollten Sie, Herr General, aber auf Ihrem Vorsatze, Klagenfurt zu besetzen, beharren, dann mögen Sie zur Kenntnis nehmen, daß sich in Kärnten jung und alt gegen die Vergewaltigung zur Wehr setzen wird.“ Auf diese meine Ausführungen gab der General folgendes zur Antwort: „Das sind Worte eines Mannes, die ihm gewiß vom Herzen gekommen sind. Ich werde also in Klagenfurt nicht einmarschieren lassen, werde aber 20 Offiziere hinsenden, die die Aufgabe haben, darüber zu wachen, daß mit den Demobilisierungsgütern kein Mißbrauch getrieben wird. Ebenso werde ich nach St. Veit und Villach zehn Offiziere entsenden. Für die Unterbringung und Verpflegung derselben haben die betreffenden Städte gegen seinerzeitige Abrechnung Vorsorge zu treffen. Die Zuteilung dieser Offiziere zum genannten Zweck erfolgt vorläufig. Die endgiltige Regelung der strittigen Fragen wird durch gemeinsame Konferenzen beider Regierungen in Laibach, die am 9. Dezember beginnen, erfolgen.“

General Majster erklärte noch, daß er die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt auch nördlich der Drau besetzen müsse. Ich erklärte, dieses der Landesregierung in Klagenfurt zur Kenntnis zu bringen, müsse aber schon jetzt gegen eine weitere Besetzung Protest erheben. Tatsächlich wurde schon am 30. November, als wir noch in Marburg waren, Völkermarkt besetzt.

Bevor wir Marburg verließen, wollten wir uns die Vereinbarungen schriftlich geben lassen. Aber zu unserer Überraschung erklärte nun General Majster auf einmal die getroffenen Vereinbarungen für null und nichtig, da er erfahren habe, daß seine Konnationalen mittlerweile im Hotel Trabesinger in Klagenfurt von seiten der Deutschnationalen hart bedrängt und beim Hotel die Fenster eingeschlagen worden wären. So endeten die Verhandlungen in Marburg ziemlich ergebnislos. Klagenfurt wurde aber damals von den Jugoslawen nicht besetzt.

3. Trotz des Mitte Jänner 1919 in Graz abgeschlossenen Waffenstillstandes konnten es die Jugoslawen speziell im Völker-

markter Bezirk nicht unterlassen, fortwährend über die Grenze herüberzuschießen, sobald nur irgend etwas Lebhaftes in Sicht kam. Diese fortwährenden Provokationen erbitterten unsere bäuerlichen Abwehrkämpfer dermaßen, daß auch sie begannen, das Feuer zu erwidern. Dadurch kamen wir in Gefahr, die Volksabstimmung etwa nicht zustande zu bringen, weshalb der Landesausschuß beschloß, daß die einzelnen Mitglieder desselben Teile der Abwehrfront besuchen sollten, um unsere Abwehrkämpfer von Unbesonnenheiten abzuhalten. Mir oblag die Aufgabe, hinab zum Kreuzerhof, von dort nach Mittertrixen und St. Stefan zu fahren. Unterwegs schloß sich noch ein Offizier, dessen Name mir entfallen ist, an. In Mittertrixen gelang es mir ohne weiteres, die Leute zu bestimmen, sich ruhig zu verhalten. Als wir von dort weg nach St. Stefan fuhren, bekamen wir von Aich herüber Maschinengewehrfeuer. Glücklicherweise wurde niemand getroffen. In St. Stefan angekommen, kamen die Abwehrkämpfer gerade von der Fassung der Menage, und als sie die Schießerei der Jugoslawen hörten, warfen sie die Menageschalen weg, griffen zu den Gewehren und riefen: „Den Lausern werden's wir jetzt doch einmal zeigen!“ Auf meine Intervention hin riefen sie mir zu: „Wenn ihr Klagenfurter fortwährend bremsen werdet, so werden wir einfach nach Klagenfurt kommen und die ganze Regierung ausheben!“ Als ich ihnen die Folgen ihres Beginns vor Augen hielt, ließen sie sich dann doch bestimmen, von einem Gegenangriff abzu-
sehen.

VOM WEHRAUSSCHUSS

DER VORLAUFIGEN KÄRNTNER LANDESVERSAMMLUNG

Darüber lesen wir in dem Buche „Kärntens Freiheitskampf“ von Dr. Martin Wutte folgendes:

Die erste militärische Stelle im Lande war anfangs der Wehrausschuß der Landesversammlung, von welchem das Oberkommando seine Weisungen entgegenzunehmen hatte. Als dann die Landesversammlung am 5. Dezember 1918 den Beschluß faßte, dem Landesbefehlshaber in allen rein militärischen Angelegenheiten, welche mit der Landesverteidigung im Zusammenhange standen, vollkommen freie Hand zu lassen, wurde der Wehrausschuß ein Bindeglied zwischen dem Landesbefehlshaber und der Landesversammlung und hatte nur Entscheidungen über die Abwicklung der ehemaligen österreichisch-ungarischen Wehrmacht sowie über die Aufstellung, Organisation und Verwaltung der neuen Wehrmacht zu treffen. Der Wehrausschuß war aus Mitgliedern der drei politischen Parteien des Landes zusammengesetzt. Sein Obmann war der Abgeordnete Peter Melcher (Sozialdemokrat). Als Berater waren je ein Vertreter der Verbände der Berufsoffiziere, der Reserveoffiziere, der Berufsunteroffiziere und des Landesoldatenrates beigegeben. Die Tätigkeit des Landesbefehlshabers brachte es mit sich, daß bei vielen Verfügungen das Einvernehmen mit den politischen Parteien gepflogen werden mußte. Hierbei hat der Wehrausschuß unter seinem Obmann eine sehr verdienstvolle Tätigkeit entfaltet und insbesondere die großen Schwierigkeiten, welche durch die oft sehr übertriebenen Forderungen einzelner radikaler Elemente entstanden, geebnet. Ohne die Tätigkeit des Wehrausschusses wäre es dem Landesbefehlshaber unmöglich gewesen, die für die Verteidigung des Landes nötigen Maßnahmen durchzuführen.

VON DER VOLKSWEHR

Dieser sucht das Buch von Dr. Martin Wutte einigermaßen gerecht zu werden, was um so höher einzuschätzen ist, als es nicht an Versuchen gefehlt hat, die „rote“ Volkswehr für alle militärischen Mißerfolge, aber auch für verschiedene unerfreuliche Vorkommnisse im Grenzgebiet verantwortlich zu machen.

In einer allerdings sehr zurückhaltenden und verlegenen Art wird da u. a. gesagt:

„Die Unterabteilungen der Volkswehr waren aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt und hatten sehr verschiedenen Kampfwert. Doch muß festgestellt werden, daß dem größeren Teile die Verteidigung des Heimatlandes und der Freiheit höher stand als alles andere. Dieser größere Teil der Volkswehr trug während der ganzen Kärntner Kämpfe die Hauptlast. Er stand ununterbrochen in der Front und hat mehr geleistet, als von der ganzen Volkswehrorganisation erwartet werden konnte. Sonderbestrebungen einzelner konnten bei dem guten Kern dieses Teiles keinen fruchtbaren Boden finden. Die den militärischen Wert in günstigem Sinne beeinflussenden Elemente behielten die Oberhand.

In den ersten Tagen des Monats Dezember standen dem Landesbefehlshaber im ganzen Lande etwa 600 kampfbereite Männer der Volkswehr zur Verfügung. Die zur Sicherung in Betracht kommende Front vom Hühnerkogel bis Arnoldstein betrug rund 125 Kilometer.“

BERICHTE VON VOLKSWEHR- MÄNNERN

Von den vielen uns eingesandten ausgezeichneten Berichten aus Kreisen der Volkswhehrmänner können wir infolge Platzmangels leider nur einige veröffentlichen.

1. Ferdinand W e d e n i g, Völkermarkt.

Es war in den Sturmtagen des November 1918. Ich kehrte mit den vielen tausend Frontsoldaten aus dem großen Völkermorden in meine Heimat zurück, glücklich, das grauenhafte Werkzeug, die tötende Waffe, losgeworden zu sein, und selig, endlich wieder der friedlichen Arbeit im Berufe mich zuwenden zu können. Schon auf dem Marsche in die Heimat, der mich über Pontafel führte, konnte ich, ehe ich noch von einem Zusammenbruche etwas erfuhr, wahrnehmen, wie die Soldaten der krainischen Regimenter ihre Kokarden mit slawischen Nationalfarbensändern überzogen und sich von uns, die wir mehr die deutsche Sprache gebrauchten, auf einmal absonderten und slawische Spottlieder auf Österreich und Deutschland sangen. In Pontafel angekommen, erfuhren wir mit Staunen, daß die Habsburger nicht mehr seien. Das war eine Nachricht, die alle Herzen höher schlagen ließ, und alle Soldaten, ob deutsch oder slowenisch, ungarisch oder italienisch, jubelten voll Begeisterung und freuten sich, endlich der Bedrücker losgeworden zu sein. Noch wußte keiner von uns, welche Staatsformen die aus der österreichischen Monarchie entstandenen Staaten etwa annehmen werden. Als wir in Klagenfurt ankamen, wurde gerade der 12. November gefeiert. Der Tag wurde zum Freudentage für alle freiheitsliebenden Menschen. In den folgenden Wochen entschied sich Kärntens Schicksal. Immer wieder kamen neue Berichte über Besetzungen von Orten Unterkärntens durch jugoslawisches irreguläres Militär. Am 15. November ließ ich mich

in das Volkswehrebataillon Nr. 2, 3. Kompagnie, einreihen, um so den jungen Staat, die Republik, schützen und verteidigen zu helfen. Bis auf den Überfall durch die Jugoslawen auf die Ortschaft Grafenstein, wobei der Bahnhof dieser Ortschaft auf einige Stunden in die Hände der Eindringlinge geriet, gab es in den Wintermonaten nur vereinzelte Plänkeleien auf der von beiden Streitteilen geschaffenen Front. Am 29. April 1919 begannen die eigentlichen Kampfhandlungen, nachdem die Jugoslawen unsere Posten nordöstlich von Völkermarkt und Tainach angegriffen und zur Räumung des Gebietes bis zur Gurker Brücke gezwungen hatten. Die 3. Volkswehrkompagnie des Bataillons Nr. 2, welcher ich angehörte, lagerte in Wabelsdorf und hatte ihre Feldwachen beim Hinko und Perditz (gegenüber Schloß Neudenstein, auch „Schwarzes Schloß“ genannt) aufgestellt. Beide Feldwachen wurden von den Jugoslawen eingekreist und konnte nur ein Teil der Kämpfer dem Tode entkommen. Es gab mehrere Verwundete; drei junge Volkswehrmänner haben dort ihr Leben für die Freiheit ihrer Heimat gelassen.

Bei der Gurker Brücke wurde haltgemacht und gesammelt; man erwartete aus Klagenfurt und dem übrigen Kärnten Verstärkung. Solche traf auch ein. Am Abend des 29. April setzten unsere Abteilungen wieder zum Angriff an. Leider waren die Verstärkungsmannschaften, die sich mittels Autos an die Front bringen ließen, wieder zum Teil verschwunden und nur wenige kämpften mit den Volkswehrmännern Schulter an Schulter um die Rückeroberung des verlorenen Gebietes. Am Morgen des 30. April wurde so das Gebiet von Tainach bis Pörtschach von den Jugoslawen befreit. Die vollständige Befreiung des besetzten Unterlandes wurde nun das Ziel aller Abwehrkämpfer. Die Einnahme von Völkermarkt folgte. Die 3. Kompagnie stand in Höhenbergen und Wurzen; der Stand an aktiven Kämpfern hatte sich mittlerweile bedeutend verringert und mit ganz schwachen Gruppen rückte die Kompagnie am Südhang des Lilienberges und in den Auen gegen den nördlichen Brückenkopf der Völkermarkter Draubücke. Ich befand mich mit noch 16 Kameraden bei der rechten Flügelgruppe, die in den Auen vorzudringen

hatte. Wir machten bei unserem Vordringen eine größere Anzahl Gefangener, unter denen ich einige meiner ehemaligen Kriegskameraden erkannte, die beteuerten, von den Jugoslawen zum Dienen gezwungen worden zu sein. Die Gefangenen wurden von uns in keiner Weise bedroht und wir ließen sie sogar ohne Eskorte gegen Höhenbergen abmarschieren. Von meinem Kompagniekommandanten, der sich auch bei meiner Gruppe aufhielt, will ich hier nichts erwähnen und auch seinen Namen nicht nennen, weil sein Verhalten bei diesem Vormarsche auf mich den denkbar schlechtesten Eindruck machte. Der Herr hatte auch nur mehr einige Tage Zeit, Kompagniekommandant zu sein, und wurde dann durch Hauptmann Hinghofer ersetzt. Nach der Befreiung der Stadt Völkermarkt wurde an der vollständigen Befreiung des Unterlandes nicht mehr gezweifelt und in einigen Tagen war die Befreiung des ganzen Landes vollzogene Tatsache. Während des Vormarsches wurden unsere Volkswehrabteilungen, die sehr schwach waren, von der Bevölkerung, so insbesondere in Völkermarkt, Eberndorf, Bleiburg und im Grenzort Gutenstein, mit Jubel aufgenommen und alles staunte, daß die starken jugoslawischen Kampftruppen unseren schwachen Mannschaften weichen mußten. Besondere Anforderungen an die Volkswehrabteilungen wurden anläßlich der Besetzung der Landesgrenze bei Kötterlach gestellt. Bei den geringen Mannschaften war an eine geschlossene Front, die in diesem Falle von Vorteil gewesen wäre, nicht zu denken und man mußte sich mit Feldwachen, die in Abständen von 200 bis 400 Schritten aufgestellt wurden, begnügen. Der Dienst war für jeden einzelnen Kämpfer bei den mangelhaften Sicherungsvorkehrungen ein äußerst anstrengender und aufreibender. An ein Ausruhen war nicht zu denken. Besonders in den letzten Tagen vor dem Generalangriff der Jugoslawen, die uns in ihrer Übermacht wieder zum Rückzug zwangen, mußte jeder Kämpfer Übermenschliches leisten. Obwohl die Verpflegung sehr viel zu wünschen übrig ließ, blieb ein jeder auf seinem Posten. Hier, das kann ich mit ruhigem Gewissen sagen, war auch der Kommandant der Kompagnie Herr Hauptmann Hinghofer zu

jeder Zeit auf seinem Posten und nur seiner klugen Führung war es zuzuschreiben, daß die Kompagnie beim Rückzuge keine Verluste an Menschenleben zu beklagen hatte, obwohl sie bis zum letzten Augenblick in ihren Stellungen verblieb. Die Kompagnie setzte sich bis auf zwei Studenten, deren Namen mir heute nicht mehr erinnerlich sind, aus lauter Frontsoldaten zusammen. Die freie Zeit wurde auch in den Stellungen immer zu Besprechungen benützt, wobei die Soldatenräte Bericht über die Lage erstatteten. Die meisten Besprechungen und Versammlungen galten der politischen Aufklärung und Erziehung zur jungen Republik. Letzteres hat meines Erachtens viel zum Opfermut, Pflichtbewußtsein und zur Ausdauer des einzelnen im Kampfe um die Befreiung der Heimat beigetragen. Die meisten Volkswwehrmänner, auch Unteroffiziere, waren organisierte Sozialdemokraten. Zusammenhalten, gegenseitiges Vertrauen und zähes Ausharren, das waren unsere Losungsworte. Elemente, die sich den Anordnungen und Befehlen nicht fügten, wurden nicht geduldet und von den pflichtbewußten Volkswwehrmännern selbst verachtet und zum Austritt veranlaßt. Es wurde über die Volkswwehr nach Abschluß der Freiheitskämpfe sehr viel Übles geredet, zumeist von Menschen, die selbst nicht einen Finger für die bedrängte Heimat riskierten. Ich freue mich heute mehr denn je und bin stolz darauf, nicht nur Abwehrkämpfer, sondern auch Vertrauensmann der Mannschaft beim Volkswwehrebataillon Nr. 2 gewesen zu sein.

2. Hans Hofer, Villach.

Ich war zur Zeit der Abwehrkämpfe Volkswwehrmann. Bald wurde ich zum Obmann des Soldatenrates gewählt. Als solcher nahm ich selbst an den Abwehrkämpfen nicht teil, denn ich erblickte meine Aufgabe in der Hauptsache darin, den Volkswwehrmännern eine ordentliche Verpflegung und Ausrüstung zu sichern, sie vor materiellen Schädigungen zu bewahren, aber auch darin, die oft wirren, weltfremden und unmöglichen Anordnungen der Kommanden verständlich und durchführbar zu machen.

Über die schon im Dezember 1918 von einigen Seiten propagierte Gründung einer „Weißen Garde“, von den verschiedenen unverantwortlichen Waffenschiebungen angesichts des Einmarsches der Jugoslawen soll vorderhand nichts berichtet werden.

Wie nützlich die Einsprüche der Soldatenräte sein konnten, zeigt folgender Vorfall:

Am 31. Dezember 1918 beehrte der Herr Militärkommandant Hülgerth das Volkswehrkommando Villach mit seinem Besuch. Da wurde ein Angriffsplan ausgearbeitet. Obwohl die Vereinbarung bestand, daß das Kommando eigenmächtig nichts unternehmen wolle, war doch bekanntgeworden, daß am 2. Jänner 1919 zeitlich früh ein Mannschaftstransport mittels Eisenbahn nach Finkenstein zwecks Einleitung von Kampfhandlungen abgehen solle. Die Soldatenräte beantragten, diese Verfügung zurückzunehmen und dem gesamten Soldatenrat Gelegenheit zu geben, seine Meinung zu äußern. Die gemeinsame Sitzung des Soldatenrates mit dem Kommando verwarf den ganzen Angriffsplan und Major Sanitzer mußte am 1. Jänner nach Klagenfurt mit der Mitteilung, daß in dieser Form der Angriff nicht unternommen werden könne. Wie recht wir mit unserem Beschluß hatten, zeigte der Umstand, daß in der Nacht vom 1. zum 2. Jänner das Geleise am Bahndamm bei Finkenstein aufgerissen wurde, wodurch der ganze Transport unvermeidlich über die Böschung gestürzt wäre. Ein großes Unglück war so durch das Eingreifen des Soldatenrates verhindert worden.

In etlichen Tagen darauf war der Angriff der Gailtaler in Arnoldstein. Das Villacher Volkswehrbataillon wurde nunmehr mit Zustimmung der Soldatenräte in Fürnitz eingesetzt und führte die Räumung des ganzen Gebietes bis Ledenitzen mit großem Elan durch; es besetzte sodann die Übergänge in den westlichen Karawanken.

Ende April und im Mai 1919 wurden die Kämpfe im Rosental immer heftiger und häufiger. Das schwache Volkswehrbataillon war nicht mehr in der Lage, allein die Sicherungen

durchzuführen. Ich mußte daher das Arbeiterbataillon in Villach alarmieren. 80 bis 100 Arbeiter fuhren sofort nach Ledenitzen, um die Volkswehr zu unterstützen; ohne diese Unterstützung wäre ein Durchbruch der Jugoslawen nicht zu verhindern gewesen. Jene Bürger von Villach, die heute so gern den Hahnenschwanz auf dem Hute tragen, haben die Landesverteidigung und die Verteidigung der Stadt ruhig der verhaßten Volkswehr und dem Arbeiterbataillon überlassen. Das Volkswehrbataillon Villach war dann bis zum Schluß der Kämpfe immer in der Gegend von Rosenbach, stellte die Besatzung für die ihm nahen Teile der Karawankenkette und wurde später in das Loiblthal vorgeschoben.

HEIMWEHREN UND ARBEITER- BATAILLONE

Über die Zusammensetzung der Heimwehrkompagnien gibt ein Bericht Aufschluß, den das Militärkommando Kärnten an das Staatsamt für Heerwesen sandte und in dem es u. a. heißt:

Die Heimwehrkompagnien setzten sich im allgemeinen aus allen Jahrgängen zusammen; sobald jedoch im Wege der allgemeinen Einberufung auf die turnusweise Heranziehung der Jahrgänge gegriffen wurde, durften Leute dieser Jahrgänge, wenn sie nicht schon vor der Einberufung einer Heimwehrkompagnie angehörten, nicht mehr in Heimwehrkompagnien eingestellt werden, sondern mußten zu den Marschformationen einrücken.

In der Hauptsache befanden sich zumeist nur ältere und jüngere Jahrgänge bei den Heimwehrkompagnien. In den einzelnen Kompagnien waren die verschiedensten Berufe vertreten. Zumeist waren es aber Bauern und landwirtschaftliche Arbeiter, dann auch Bürger, Handelsleute und industrielle Arbeiter. Die Offizierstellen waren größtenteils von Reserveoffizieren besetzt.

Über die Brauchbarkeit der Heimwehr sagt der Bericht:

Nach den eingelangten Berichten hat die Heimwehrorganisation in jeder Beziehung sehr gut entsprochen.

Gelegentlich der ersten Einberufung waren es vornehmlich die Heimwehrmänner, welche der Einrückung sofort Folge leisteten. Sie scharten sich um ihre Kommandanten und konnten in kurzer Zeit der Front zugeführt werden.

Wie bei allen derartigen Formationen war ihre Verwendungsmöglichkeit infolge der mangelhaften Ausrüstung und Ausbildung und der nicht im militärischen Sinne vorhandenen Disziplin wohl beschränkt. An Stelle der letzteren trat jedoch das

Gefühl der Ortszusammengehörigkeit, welches den Kompagnien einen festen Kitt gegeben hat. Die Heimwehrekompagnien waren durchwegs guten Willens und taten ihr Möglichstes. Sie haben im allgemeinen auch bedeutend besser entsprochen als die im letzten Moment zusammengewürfelten Marschformationen.

Charakteristisch für Heimwehrformationen ist ihr Anschwellen im ersten Moment der Gefahr, aber auch ihre rasche Abnahme bei lebhaften Kämpfen, die eine Reihe von Tagen dauerten.

Besonders hervorzuheben wäre die Heimwehr des unteren Lavanttales, die wohl das größte Kontingent beistellte und ihren Höchststand mit 2000 Mann erreichte. Auch die Bezirke St. Veit, Klagenfurt und Villach beteiligten sich bei eintretenden Kämpfen stets mit einigen hundert Mann, die auch außerhalb des Bezirkes in die Front gingen.

Aus diesem amtlichen Bericht geht eines mit größter Deutlichkeit hervor, daß die Heimwehren vom Jahre 1918/19 etwas ganz anderes darstellten, als etwa der Heimatschutz von heute. Die marxistischen Arbeiter bildeten einen wesentlichen Bestandteil der Heimwehren von damals! Sie waren in der Volkswehr dominierend und stellten noch dazu eigene Arbeiterbataillone auf, so in Villach, Klagenfurt und Wolfsberg.

Über das Arbeiterbataillon (Hilfskorps) Wolfsberg wird berichtet:

Als die Arbeiter des Lavanttales die Hilferufe der Bauern, Handwerker und Arbeiter des unteren Tales hörten, waren sie sofort bereit, den Betrieb zu verlassen und die Sense und den Hammer mit Gewehr und Maschinengewehr zu vertauschen. Die Arbeiter stellten an die Unternehmer zwei Forderungen; die erste: daß ihnen bzw. ihren Familien während der Zeit ihrer Abwesenheit vom Betrieb der Lohn voll weiterbezahlt werde, da ja die Familien den Lohn zum Leben brauchten, und daß sie ein eigenes Korps unter Führung eines von ihnen gewählten Vertrauensmannes bilden dürfen.

Die Wolfsberger Unternehmer stimmten nach längeren Verhandlungen beiden Forderungen zu, aber merkwürdigerweise stieß in St. Stefan und in Gösel-Wölch (Frantschach) die Erfüllung der zweiten Forderung auf Widerstand. Die St. Stefaner Knappen wurden gegen ihren Willen gezwungen, sich unter das Kommando des von ihnen gehaßten Bergverwalters Ingenieurs Schnür zu stellen, und die Arbeiter der Papierfabrik Frantschach hätten veranlaßt werden sollen, in dem Oberlehrer von St. Gertraud, Pietschnig, ihren Kommandanten zu sehen; die Bauarbeiter wieder mußten sich unter die Führung des größten Wolfsberger Bauunternehmers Urbani begeben. Der Grund zu dieser Verteilung der kampfbereiten Arbeiterschaft des Lavanttales lag in der Befürchtung gewisser militärischer und politischer Kreise, daß die vielen hundert Arbeiter, wenn sie einmal bewaffnet sind, leicht zu einer Gefahr werden könnten — natürlich dachten sie dabei nicht an die Jugoslawen, sondern an sich selbst!

Das Arbeiterhilfskorps wurde formiert, 150 Mann in Wolfsberg als erste Staffel ausgerüstet, zwei Staffeln in Reserve behalten und die erste Staffel an die Front abtransportiert. Es bekam die Koralpenlehne St. Georgen—Andersdorf—Brandl zugewiesen. Patrouillen wurden vorgestoßen, Verbindung nach rechts und links gesucht und alles vorgekehrt, um einem jugoslawischen Angriff begegnen zu können. Das Korps war noch nicht zwei Tage in der Stellung, kamen auch schon die Frantschacher Arbeiter angerückt — sie hatten mittlerweile die zweite Forderung: sich dem Arbeiterhilfskorps anschließen zu dürfen, durchgesetzt —, so daß die Front gegen die Höhe der Koralpe zu erweitert werden konnte. Auf dem Rücken der Koralpe war ein junger Leutnant, Reinhold Lackenbacher, postiert, der wohl den guten Willen hatte, aber infolge seiner Jugend nicht die Fähigkeit besaß, die ihm unterstellten Bürgerlichen zusammenzuhalten. Sein Häuflein wurde von Tag zu Tag kleiner und da war es wohl kein Wunder, daß der erste Vorstoß der Jugoslawen an dieser Stelle die Front erschütterte und ins Aufrollen brachte.

Warum hat man dem Arbeiterhilfskorps nicht auch die Sicherung des Koralpenrückens übertragen? Warum hat man auch an der Front noch die Bauarbeiter des Lavanttales und die Knappen von St. Stefan möglichst weit weg vom Arbeiterhilfskorps postiert? Darüber wollen wir jetzt nicht rechten! Der Befehlshaber Oberstleutnant Fürnschliel schreibt über das Arbeiterhilfskorps:

„Für spät abends war das Eintreffen des Arbeiterhilfskorps Wolfsberg mit über 100 Mann unter dem Kommando des Hauptmannes i. R. Hans Lackenbucher*) avisiert. Letzteres wurde zur Auswaggonierung in Mühldorf angewiesen und erhielt den Befehl, über Rojach nach Sankt Georgen zu marschieren und sich dem dortigen Abschnittskommandanten Hauptmann F. Kofler zu unterstellen. Der Adjutant beim Unterbefehlshaber, Oberleutnant H. Mickl, erbat sich die Erlaubnis, die kritische Lage am linken Flügel persönlich herzustellen, da eine Verständigung mit dem dortigen Kommando nicht möglich war. Er führte die Kompanie Lackenbucher*) in der Nacht über Herzogberg nach St. Georgen und Andersdorf, was er alles entgegen den eingetroffenen Meldungen frei fand, und weiter auf Brandl. Das Arbeiterhilfskorps Wolfsberg, dem sich Oberleutnant i. R. Oberingenieur Christen anschloß, erhielt den Befehl, am Koralpenhang von Andersdorf gegen Brandl Stellung zu beziehen. Unterstützt durch schneidige Patrouillengänge des Oberleutnants Christen, erledigte diese Abteilung in aner kennenswerter Weise die ihr gestellte Aufgabe.“

Gewiß wäre es auch dem Arbeiterhilfskorps nicht möglich gewesen, dauernd die Koralpenhöhe, wenn man ihm die Verteidigung derselben auch anvertraut hätte, gegen die übermächtigen, gut bewaffneten Jugoslawen zu halten, aber ein Gewinn

*) Soll heißen: Hans Lager. Ob diese Namensverwechslung absichtlich oder unabsichtlich in Fürnschliels Broschüre kam, ist nicht bekanntgeworden.

von einigen Tagen hätte den geordneten Rückzug erleichtert und ungleich weniger Verluste erfordert.

Als die Bauern von St. Georgen, Ettendorf und Rojach sahen, daß vom mittleren und oberen Lavanttal wohl viele Kommandanten und Patzigmacher, aber mit Ausnahme der Arbeiter nur wenig Kämpfer kamen, als sie sahen, daß es an allem, an Gewehren, Maschinengewehren, Geschützen, Telephonmaterial, Verpflegsausrüstung, fehlte, als sie von den Vorgängen auf der Koralpenhöhe, der wichtigsten Schlüsselstellung der Front, hörten, da wurden sie von dumpfer Verzweiflung gepackt. Die Gemeindeausschüsse der genannten Gemeinden traten zusammen und beschlossen, auf ein vereinbartes Zeichen (Raketensignal) zum Protest die Stellungen zu verlassen und an den feigen Hinterländern, besonders an den Wolfsberger Bürgern, ihrer unzulänglichen Hilfeleistung wegen Rache zu nehmen.

Der Rückzug brachte die völlige Auflösung der Kampfformationen. Die Zivilbevölkerung, besonders die vermögenden Bauern und Bürger, lud vielfach ihre kostbare Habe auf ihre Automobile oder Fuhrwerke und in langen Kolonnen zogen die Flüchtenden gegen den Obdacher Sattel. Die Jugoslawen machten in St. Andrä halt.

Die Unterlavanttaler Abwehrkämpfer retteten vor allem die Geschütze. Mit diesen kamen sie nach Wolfsberg gefahren und brachten sie in der unmittelbaren Nähe des Henckel von Donnersmarckschen Schlosses in Aufstellung mit der Absicht, von da aus gegen die anrückenden Jugoslawen zu feuern. Die Ettendorfer, Rojacher und St. Georgner Bauern meinten, daß so die Jugoslawen zum Gegenfeuer zu bringen wären. Die Stadt Wolfsberg käme dann ins Kreuzfeuer und könne so in einen Trümmerhaufen verwandelt werden und die Rache ist geübt!

Die Bürger von Wolfsberg versuchten, die bäuerlichen „Bolschewiken“ zu beschwichtigen, zu überreden, sie wollten einige Faß Bier zahlen, sie drohten, sie baten, aber es half alles nichts. Die Geschütze wurden aufmontiert. Da schickte in voller Verzweiflung kein Geringerer als der alte achtzigjährige Graf Henckel „von“ Donnersmarck zu den marxistischen Ver-

trauensmännern und bat sie, zu intervenieren. Diese taten es auch, nicht weil der Herr Henckel es wünschte, sondern weil ihnen das Schicksal der Stadt wie allen anderen Menschen auch am Herzen lag. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Unterlavanntaler zogen ab. Henckel „von“ Donnersmarck schickte seine Karte, auf der er höchstpersönlich selbst das Wörtchen „Graf“ durchstrich, zu unseren Vertrauensmännern und brachte da seinen „innigsten Dank“ zum Ausdruck.

WIE SOZIALDEMOKRATEN IN DEN HEIMWEHRKOMPAGNIEN KÄMPFTEN

VON JAKOB TRUPPE

Am 12. Dezember 1918 wurde ich von einem Zuge jugoslawischen Militärs in Maria-Elend als politisch Verdächtiger in Haft genommen und über St. Jakob im Rosentale nach Laibach geliefert. Dort blieb ich bis zum 12. Jänner 1919. Die Kämpfe vom 6. Jänner 1919 konnte ich deshalb nicht mitmachen. Am 13. Jänner bin ich von Laibach zurückgekommen und sofort der Heimwehrkompagnie Rosenbach (Kommandant Hauptmann Eglseer, Leutnant Fritz) beigetreten. Da wurde ich Zugskommandant. Meine Leute setzten sich fast ausschließlich aus heimischen Sozialdemokraten zusammen. Am 30. April wurde der Waffenstillstand von den Jugoslawen gebrochen und die Kärntner Formationen in Rosenbach und Schlatten mittels Handgranatenüberfalls vertrieben. Als ich am 30. April in der Frühe mit meinen Leuten das Feuer hörte, eilte ich sofort nach St. Jakob. Ich versuchte zuerst, gegen Mühlbach vorzukommen, doch gelang es mir infolge des heftigen Feuers nicht. Dann eilte ich zum Kompagniekommandanten zurück und ging mit Leutnant Fritz zum Angriff von der Kirche St. Jakob gegen Schlatten vor. Nicht weit von der Kirche waren beiläufig 120 Mann des Gegners mit Maschinengewehren. Die Lage war äußerst kritisch, da die Unseren nicht wußten, ob sie nicht vielleicht vom Gegner umzingelt werden könnten. Außerdem waren es bald nur mehr 18 Mann, die aushielten. Gegen 1½5 Uhr nachmittags kam uns das Villacher Volkswehr bataillon zu Hilfe. Nun gingen wir gegen das Spritzenhaus Rosenbach auf die Anhöhe gegen Schlatten vor und kamen auf diese Weise dem Gegner in den Rücken.

Der größte Teil davon wurde nun gefangen. Um beiläufig 8 Uhr abends war die Station Rosenbach wieder in unseren Händen. Um 11 Uhr nachts wurden ich und meine Leute abgelöst. Wir kamen todmüde nach St. Jakob zurück. Von hier ging ich mit der Tiroler Kompagnie Maria-Elend zu. Auf der Straßenbrücke Feistritz bei St. Jakob wurde ein Posten aufgestellt. Als dieser am nächsten Tag nach St. Jakob wollte, erklärte ihm ein Besitzer, daß St. Jakob neuerlich von den Slawen besetzt sei. Diese seien während der Nacht über den Mittagkogel und Ledenitzen nach St. Jakob geführt worden. Es hieß, daß es nur gegen 20 Mann sein dürften. Ich bereitete die Erstürmung von St. Jakob vor. Wir kamen bis zu den ersten Häusern von St. Jakob. Hier wurden wir von einem fürchterlichen Infanterie- und Maschinengewehrfeuer von allen Seiten empfangen, so daß nichts anderes übrig blieb, als zurückzugehen. Bei der Brücke angelangt, erhielt ich die Nachricht, daß mein Kommandant Leutnant Fritz von den Jugoslawen gefangen worden sei. Nun setzte ich mich mit den anderen Truppen ins Einvernehmen (auch den Artillerieformationen) und es gelang, um $\frac{1}{2}$ 3 Uhr nachmittags einen Angriff auf St. Jakob von allen Seiten zu machen. Die Artillerie unterstützte den Angriff bestens. Die Gegner hielten besonders den Kirchturm und den Friedhof besetzt. Der Tapferkeit aller war es zuzuschreiben, daß der Hügel genommen und beiläufig 200 Gefangene gemacht wurden. Nun folgten einige Tage Ruhe. Anfang Juni ging ich mit Leutnant Fritz und seinen Leuten zum Angriff auf die „Gratschenitzen“ über. Es gelang uns, unbemerkt bis auf ganz kurze Distanz an die Jugoslawen heranzuschleichen. Plötzlich wurden wir entdeckt und von Maschinengewehrfeuer empfangen. Ich deckte mich hinter einem Felsen und schleuderte einige wohlgezielte Handgranaten auf das feindliche Maschinengewehr, so daß dieses verstummte. Die Jugoslawen ergriffen die Flucht und unsere Leute besetzten die Stellungen. Ich bediente sofort das jugoslawische Maschinengewehr und infolge des Flanken- und Rückenfeuers mußten die Jugoslawen den ganzen Hang des Berges räumen. Dies alles geschah bereits um einige Tage früher, als der Hauptangriff angesagt war. Infolge der Flucht mußten die

Jugoslawen ihre zwei Gebirgskanonen zurücklassen. Eine warfen sie über den Felsen, von der zweiten nahmen sie den Verschluß weg, der aber wieder gefunden wurde. Unsere Kompanie rückte über den Hang gegen den Tunnel vor. In unglaublich kurzer Zeit wurde durch das Zusammenarbeiten aller der Tunnel erobert. Reiche Beute blieb in den Händen unserer Leute (32 Maschinengewehre, 4 Geschütze, 6 Tragtiere, 3 Führer-Ausrüstungsgegenstände und einige Waggon Artillerie- und Infanteriemunition). Eine versuchte Sprengung des Tunnels von seiten der Unsrigen blieb ohne Wirkung, doch wurde der Tunneleingang durch Drahtverhau und Vermauerung gegen einen weiteren Angriff gesichert. Einige Tage später erhielt ich den Auftrag, die Höhen in der Umgebung von Maria-Elend durch Feldwachen zu schützen. Nun war einige Zeit Ruhe.

Anfang Juni zeigten sich wieder jugoslawische Truppen in Feistritz im Rosentale. Ein Überfall auf Feistritz wurde von mir mit Erfolg geleitet. Verstärkte Angriffe mit viel Maschinengewehren und Geschützen machten es schließlich nötig, daß wir uns in der Richtung gegen Maria-Elend zurückziehen mußten.

VOM KÄRNTNER HEIMATDIENST

VON ING. FRANZ PICHLER

Am 26. Oktober 1918 traten die Vertreter der politischen Parteien Kärntens, und zwar die der sozialdemokratischen, der christlichsozialen, der Deutschen Volkspartei und des Vereines der Alldeutschen, im Landhause zu Klagenfurt zusammen und bildeten den Kärntner Nationalrat bzw. den Vollzugsausschuß. Dieser Vollzugsausschuß vereinbarte die Zusammensetzung der vorläufigen Landesversammlung. Zum Chef der Kärntner Landesregierung, damals „Landesausschuß“ genannt, wurde Dr. Artur Lemisch unter dem Titel „Landesverweser“ einstimmig gewählt.

Am 18. November 1918 wurde vom damaligen Kärntner Landesausschuß der „Nationalpolitische Ausschuß“ ins Leben gerufen.

Dieser unterstand bis zum Mai 1919 ausschließlich dem Landesverweser. Seine Aufgabe war es, alles vorzubereiten, um in Kärnten, wenn schon nicht kampfflos, so doch wenigstens im Wege einer Volksabstimmung die Karawanken zur Südgrenze der österreichischen Republik und damit überhaupt zur südlichen Grenze der zukünftigen großen deutschen Republik zu machen. Der Ausschuß hatte auch die Vertreter des Landes Kärnten für die österreichische Delegation in Saint-Germain, die bekanntlich von Staatskanzler Dr. Renner geführt wurde, mit dem nötigen Material auszustatten, wobei übrigens wieder einmal bemerkt werden möge, daß es hauptsächlich den Bemühungen des Staatskanzlers Dr. Renner in Saint-Germain sowie seiner klugen Taktik zu verdanken ist, daß Kärnten überhaupt eine Volksabstimmung zugebilligt wurde. Es darf nicht vergessen werden, daß der da-

malige Einfluß der Südslawen und der mit ihnen eng befreundeten Franzosen in Saint-Germain unendlich größer war als der des besiegten und niedergetretenen Staates Österreich. Daß es trotzdem den Verhandlungen Dr. Renners gelang, den Gewaltstreich des Königreiches SHS, welches die Südgrenze bis zur Ossiacher Linie vorgeschoben wissen wollte, zu hintertreiben, war wahrhaft ein Meisterstück Renners und der Dank von ganz Kärnten gebührt ihm für immerwährende Zeiten für diese Tat. Wäre dies ein bürgerlicher Vertreter gewesen, so hätte er sicherlich schon ein Denkmal in Kärnten, aber da er nur ein Sozialdemokrat ist, so wurde seine Tat als selbstverständlich, sang- und klanglos und mit wenig Dank hingenommen.

Am 10. Mai wurde dem Nationalpolitischen Ausschuß ein parlamentarischer Ausschuß an die Spitze gestellt, dem Vertreter aller Landtagsparteien angehörten. Von diesem Augenblick an beteiligte sich unsere Partei auch offiziell an der Volksabstimmung bzw. deren Vorbereitung. Daß sich viele Mitglieder unserer Partei auch bei den Kärntner Abwehrkämpfen in die vordersten Reihen stellten, besagt die Statistik der für Kärnten Gefallenen, die aufzeigt, daß bei 70 Prozent aller Gefallenen Sozialdemokraten waren. Dabei war die Situation in der Partei, da es sich doch um die Angelegenheit eines gemischtsprachigen Gebietes handelte, keine einfache und gerade wir, die wir immer für die Versöhnung der beiden Nationen in unserem Lande auf das energischste eintraten, mußten uns nun entscheiden, in diesem Kampfe Partei zu nehmen, und dabei war es von vornherein klar, daß es in allererster Linie von unserer Partei abhing, wie die Dinge in Kärnten verlaufen würden. Aber die Wahl zwischen einem Staat, der monarchistisch regiert wird, und einer Republik, deren Grundstein unsere Partei gelegt hat, war verhältnismäßig leicht, wozu noch die Tatsache kam, daß der weitaus überwiegende Teil unserer Parteiangehörigen in Kärnten zur deutschen Kulturgemeinschaft gehört. So hat sich denn die Partei aus diesen Gründen mit ihrer ganzen Kraft in den Dienst der Sache gestellt, die wirtschaftliche und politische Zerreißung von Kärnten ver-

hindert und damit auch die Südgrenze der großen deutschen Republik vorbereitend festgelegt.

Im Mai 1919 mußte der Nationalpolitische Ausschuß mit den übrigen Behörden seinen Sitz nach Spittal a. d. Drau verlegen und hier wurde getrachtet, Verbindungen mit dem von Jugoslawen besetzten Gebiete herzustellen. Im August 1919 übersiedelten die Landesregierung wie auch der Nationalpolitische Ausschuß nach St. Veit a. d. Glan und nun wurden die Grundlagen für ein Vertrauensmännersystem in der besetzten Zone geschaffen. Im Rahmen der Landes-Agitationsleitung gründete Dr. Steinacher die Organisation der Heimattreuen im besetzten Gebiete. In St. Veit nun beschlossen die politischen Parteien, diese Landes-Agitationsleitung vom Nationalpolitischen Ausschusse zu trennen. Es wurde von der Landesversammlung ein eigener politischer Ausschuß gewählt und der Sitz dieses parlamentarischen Ausschusses mit der ihm untergeordneten Landes-Agitationsleitung sogleich nach Klagenfurt verlegt. Der Nationalpolitische Ausschuß verblieb in St. Veit, um dort vornehmlich Auslandspropaganda zu treiben. Mit dem Eintreffen der Plebiszitkommission in Klagenfurt, wodurch der letzte Zweifel an dem Zustandekommen der Volksabstimmung genommen wurde, entfiel auch die Notwendigkeit der Auslandspropaganda des Nationalpolitischen Ausschusses und daher wurde derselbe im Juni 1920 aufgelöst.

Aus dem parlamentarischen Ausschusse, der aus den Landtagsabgeordneten Dr. Dörflinger, Leer, Lukas (Sozialdemokrat), Ing. Pichler (Sozialdemokrat), Dr. Reinprecht und Ingenieur Schumy bestand, und der Landes-Agitationsleitung mit Dr. Steinacher entwickelte sich nun eine eigene Organisation, der „Kärntner Heimatdienst“, welche, auf den geschaffenen Grundlagen weiterbauend, die Vorbereitungen zur Volksabstimmung schuf und dieselbe auch glücklich durchführte.

Der Vorstand des Kärntner Heimatdienstes bestand aus Ing. Schumy, Dr. Reinprecht und mir sowie dem Geschäftsführer Dr. Steinacher. Dabei waren die Arbeiten des Vorstandes folgend eingeteilt: Schumy: Obmann und Politik; Dr. Reinprecht: Presse;

ich: Wirtschaft. Die ganze Abstimmungszone war in einzelne Abschnitte eingeteilt, und zwar waren dies die Abschnitte Völkermarkt, Eberndorf und Rosental. Der Abschnitt Völkermarkt unterstand dem Ing. Maierhofer; Abschnitt Eberndorf-Eisenkappel: Praschke und Klinge; Abschnitt Rosental: Franz Kraigher. Den Abschnittsleitungen unterstanden wieder, und zwar gerichtsbezirksweise die Arbeitsstellen, gemeindeweise die Heimaträte und die Ortsvertrauensmänner, und gerade diese Vertrauensmänner waren die letzten und wichtigsten Wurzeln der Organisation. Das Vertrauensmännersystem wurde so ausgebaut, daß in den letzten Wochen vor der Abstimmung auf je zehn Stimmberechtigte ein Vertrauensmann kam. Auf diese Weise war es auch möglich, auf das genaueste über die Stimmungen in der Zone unterrichtet zu sein. Daß dieser ganze Apparat natürlich auch eine große Arbeit verursachte, war klar, und trotzdem in der Zentrale mit dem Personal auf das ökonomischeste gewirtschaftet wurde, waren doch bei hundert Personen am Sitze des Kärntner Heimatdienstes — der in der Ackerbauschule in Klagenfurt untergebracht war — notwendig, nur um den inneren Betrieb zu leisten und das Bürokratische zu erledigen. Vorstand dieses gesamten inneren Betriebes und gleichzeitiger Stellvertreter des Geschäftsführers Dr. Steinacher war Hauptmann Maier-Kaibitsch. Zu dieser geschilderten Organisation kamen noch zwei Gruppen, und zwar die Abteilung „Erfassung der auswärtigen Abstimmungsberechtigten“ (Vorstand Prof. Dr. Miltschinsky, zugeteilt Ing. Schumy) und das Autoreferat, das mir unterstand.

Diese ganze große Organisation wurde natürlich nicht an einem Tage geschaffen, sondern entwickelte sich erst nach und nach und kam zu ihrer vollen Auswirkung erst in den letzten Monaten vor der Abstimmung. Dem Heimatdienste, speziell dem Vorstande, waren stillschweigend alle Rechte und volle Bewegungsfreiheit von der provisorischen Landesversammlung sowie von der Landesregierung eingeräumt, aber auch die volle Verantwortung. Leider waren diese Rechte nicht auch von den entsprechenden Geldmitteln begleitet und was von Anfang an bitter fehlte, das war die ökonomische Basis dieser Organisation,

die besonders mir viel Sorgen bereitete. Man darf nicht vergessen, daß wir in einem Gebiet arbeiten mußten, wo der Gegner alle Vorteile besaß. Er hatte die Zone „A“ militärisch besetzt, in seiner Hand befanden sich Schule und Kirche und vor allem anderen, das war das Empfindlichste, Bahn, Telegraph und Telephon. Daher war unser großer Apparat notwendig, um diese Vorteile halbwegs wettzumachen, deshalb bedurfte es der vielen Vertrauensmänner und des großen Autoparks, der in den letzten Wochen vor der Volksabstimmung bis zu fünfundachtzig Personenautos answoll. Tat nun ein großer Teil der in diesem Agitationsapparat beschäftigten Personen seine Arbeit umsonst und wurde auch ein weiterer Teil von der Regierung oder von anderen Behörden kostenlos zur Verfügung gestellt, so mußte doch ein beträchtlicher Teil der in oft wirklich aufreibender Arbeit beschäftigten Leute wenigstens halbwegs besoldet werden. Dazu kamen die Kosten, die die Presse verursachte, und die großen Beträge, die der Autopark verschlang. Auch für Spionagedienste waren nicht unerhebliche Gelder nötig. Aber woher dies alles nehmen? Das Land, das so viel Sorgen hatte, konnte beim besten Willen nur in sehr beschränktem Maße dafür Mittel zur Verfügung stellen, und die Wiener Regierung, die sich ebenfalls in sehr bedrängter materieller Lage befand, gab zwar nach Möglichkeit, namentlich in Naturalien, Zucker usw., aber dies alles reichte nicht annähernd aus, um unseren Bedarf zu decken. Man macht sich im allgemeinen kaum einen Begriff, was diese Volksabstimmungen in Europa gekostet haben. Es ist wahrhaft nicht zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß sie zumindest, was den Aufwand an materiellen Mitteln betrifft, geistige „Kriege“ waren. Trotzdem von allen Volksabstimmungen die von Kärnten die weitaus billigste war, so gaben wir doch im Heimatdienste allein bei 50 Millionen Kronen aus, um die Organisations- und Agitationskosten zu bezahlen. Das ergibt für eine auf uns entfallende Stimme einen Betrag von ungefähr 2300 Kronen. Wir wissen nicht genau, was Jugoslawien dafür ausgegeben hat, aber

eines ist sicher, daß es sich ein Mehrfaches dieses Betrages kosten ließ, um die Volksabstimmung zu seinen Gunsten zu entscheiden. Die großen Plebiszite, die Deutschland hatte, verschlangen unvergleichlich höhere Summen und namentlich das in Oberschlesien kostete wahrhaft phantastische Gelder. Es läßt sich nicht genau errechnen, wieviel auf eine Stimme entfiel, jedenfalls aber waren es über 100.000 Mark. Noch größer waren die Aufwendungen der Polen für Ostpreußen, wo eine Stimme den Polen bei 180.000 Mark kostete. Es sind also wirkliche Kriegsziffern, die man da vernimmt, aber die Einsätze, um die es ging, haben den Aufwand auch gerechtfertigt. Nicht zu unterschätzen war die Unterstützung, die wir von Deutschland erhielten, und namentlich der Organisation des deutschen Schutzbundes hatten wir außerordentlich viel geistige und materielle Hilfe zu verdanken. Dazu war natürlich eine großangelegte Sammlungstätigkeit eingeleitet, an der sich die ganze Bevölkerung beteiligte. Aber die gesamte Sammlungstätigkeit in allen Ländern deutscher Zunge brachte ein Erträgnis, das gerade die Kosten eines Tages der letzten fünf Wochen deckte. Was war also die hauptsächliche Rettung aus dieser wirtschaftlichen Bedrängnis des Heimatdienstes, wo wir im Vorstande gezwungen waren, noch im Anfang des Abstimmungsjahres selbst über ein Paar neue Schuhe, die der eine oder andere Vertrauensmann brauchte, längere Debatten zu führen? — Die Rettung brachte die Abstimmungsmarke. Dies war eine gewöhnliche Marke, die den Aufdruck „Kärntner Abstimmung“ trug und natürlich den Markensammlern als Rarität besonders begehrenswert erschien. Der Verkauf dieser Abstimmungsmarke wurde in entgegenkommender Weise von der Generalpostdirektion dem Kärntner Heimatdienst übertragen. Wir errichteten eine eigene Verkaufsstelle im Landhause und betrauten mit der Leitung der ganzen Verkaufsorganisation Oberbaurat Ing. Butz. Natürlich betrieben wir auch die entsprechende Propaganda und die Nachfrage nach dieser Marke bzw. nach diesen Markensätzen — wir verkauften sie nur satzweise, wobei man unter einem Satz alle Briefmarken verschiedener Werte versteht, das waren neunzehn Stück — war groß und der Absatz ein

überaus reger. Der Vorteil für uns lag darin, daß wir die Marken zu einem höheren Preise verkauften als dem, den wir der Postverwaltung für die gekauften Marken zahlen mußten. Wir hatten selbst nicht geglaubt, daß der materielle Erfolg ein so großer sein werde, und heute kann man ruhig eingestehen, daß 75 Prozent aller aufgewandten Kosten vom Reingewinn des Markenverkaufes bestritten wurden, denn, so unglaublich es auch klingen mag, in den letzten Wochen vor der Volksabstimmung betrug die tägliche Summe, die die Marke dem Heimatdienste rein einbrachte, eineinhalb Millionen Kronen. Es war interessant, zu sehen, wie sich die Leute im Landhaushof um die Marken anstellten, in so langen Reihen wie kaum je in den knappsten Mehl- und Brottagen, und dies ist auch nicht zu verwundern, denn der Privatgewinn, der mit den Markensätzen erzielt wurde, war ein noch größerer als der des Heimatdienstes, der ausschließlich für die Abstimmung verwendet wurde. Von den reichlichen Mitteln, die uns schließlich zur Verfügung standen, machten wir einen besseren Gebrauch als die Jugoslawen, die materiell noch bedeutend besser standen als wir. Wir setzten viel später als sie mit unseren Agitationsgeldern und Geschenken ein, während die Jugoslawen von allem Anfang an die Zone mit allen möglichen Dingen, voran Geld, Lebensmitteln, wie Speck und Mehl, förmlich überschwemmt, worin wir ihnen weit unterlegen waren. Etwas besser stand für uns die Sache in bezug auf Zucker, der den Jugoslawen mangelte und den uns nach Möglichkeit die Wiener Regierung zu diesem Zwecke zur Verfügung stellte, und auch Textilien, wie Kopftücher, Blaudruckstoffe usw. An Geldmitteln waren uns die Jugoslawen vom Anfang bis zum Ende überlegen. Nur hatten wir uns von vornherein auf eine sparsame und steigende Tendenz verlegt, was die Jugoslawen nicht taten, denn sie setzten mit Verschwendung ein, die sie dann nicht mehr steigern konnten. Auch in der psychologischen Beurteilung der Bevölkerung zeigten wir uns erfahrener, denn wir sagten immer allen, denen wir gaben: „Wir geben euch, so viel wir können. Nehmt ruhig

auch von den Jugoslawen, die euch vielleicht mehr geben können; deswegen könnt ihr doch für Kärnten stimmen“, während die Jugoslawen reichlicher schenkten, aber jedem, der etwas von uns nehmen würde, mit allem Möglichen drohten.

Neben dieser Organisationstätigkeit betrieben wir natürlich eine außerordentlich rege *Versammlungstätigkeit*. Nachdem die öffentlichen Versammlungen durchwegs von den Jugoslawen gestört wurden, so verlegten wir uns mehr auf die §-2-Versammlungen, also nur für geladene Gäste, und es waren besonders Vertrauensmänner unserer Partei, die als Redner in diesen Versammlungen auftraten. Der begehrteste und beliebteste Redner im ganzen Abstimmungsgebiete überhaupt war der nun leider schon verstorbene Kleinbauer Gaggel (Sozialdemokrat), der es wie kein zweiter verstand, der Bevölkerung aus dem Herzen zu reden; ferner aber auch die Sozialdemokraten Lora, der überdies Arbeitsstellenleiter in Ferlach war, sowie Lukas, Neutzler und besonders auch der verewigte Gröger. Daß überhaupt der größte Teil der Vertrauensmänner Sozialdemokraten waren und als solche sich, wenn auch namenlos, aber in ihrer Summe das größte Verdienst um die Abstimmung erworben haben, sei nochmals gesagt.

So rüsteten wir uns auf allen Gebieten, auf politischen und wirtschaftlichen, also geistig und materiell, für den Abstimmungstag. Daß dabei die Druckereien von Klagenfurt fast ausschließlich im Dienste des Heimatdienstes standen, um einerseits reichliches Agitationsmaterial in die Zone hinauszusenden, anderseits um das jugoslawische Agitationsmaterial zu entkräften, war ebenso selbstverständlich wie wichtig, weil wir es auf diesem Gebiete zustande brachten, weit rascher und schlagkräftiger zu arbeiten als die Jugoslawen. Trotz aller dieser Vorbereitungen, die vornehmlich den Zweck hatten, die unter militärischem Druck stehende Bevölkerung der Zone nicht entmutigen zu lassen, war die Beurteilung unserer Lage in der Interalliierten Kommission für unsere Aussichten eine recht skeptische, so daß uns sogar am Vorabend des Abstimmungstages ein Mitglied der darin vertretenen, uns damals wohlgesinnten Mächte den vertraulichen Rat gab,

die Abstimmung durch Gewaltakte zu stören, was Anlaß zu ihrer Abreise geben und dadurch die Abstimmung unmöglich machen würde, denn keine Abstimmung sei jedenfalls besser als eine verlorene. Diese Ansicht war allerdings begreiflich, da ja — wie oben ausgeführt — die Jugoslawen alle Machtmittel und damit alle Trümpfe für die Volksabstimmung in ihren Händen hatten. Dazu glaubten sie, daß sie durch Schule und Kirche über den seelischen Zustand der Abstimmungsbevölkerung weit besser unterrichtet seien als wir, und so, gestützt auf die Berichte ihrer Priester und Lehrer, rechneten sie mit einem sicheren, zirka siebzigprozentigen Sieg. Glücklicherweise hatten sie sich gründlich geirrt, während wir uns im Kärntner Heimatdienste um kaum ein ganzes Prozent verrechnet hatten. Selbstverständlich versetzte uns trotzdem dieser gefährliche Rat aus der Interalliierten Kommission in nicht geringe Aufregung und wir im Vorstande des Kärntner Heimatdienstes verbrachten schwere Stunden am Vorabend des Abstimmungstages, bis wir uns um 2 Uhr früh mit dem Entschlusse erhoben: „Wir haben das Menschenmögliche getan und wollen nun trotz alledem vor dem letzten Schritte nicht zurückschrecken. Wir wollen also den Abstimmungstag keineswegs stören, sondern alles daransetzen, um ihn ruhig verlaufen zu lassen.“

Dieser Beschluß hatte auch um so größere Bedeutung, als in den letzten Wochen vor der Abstimmung die Jugoslawen mit einem neuen Mittel einsetzten, um eine für sie günstige Abstimmung zu erzwingen, nämlich mit den sogenannten Prügelbanden. Diese waren organisierte, gut bezahlte junge Männer, meist aus Krain, deren Aufgabe es war, einzeln oder geschlossen auftretende verläßlich kärntnerisch Gesinnte zu verprügeln und Schwankende durch Drohungen einzuschüchtern. Es war natürlich notwendig, daß wir dieser Organisation eine ebensolche entgegensetzten, denn durch den Terror dieser Leute hätte sich das Abstimmungsbild außerordentlich zu unseren Ungunsten ändern können. Wir schufen also eine Organisation von Antiterrorbanden und am Abstimmungstage war es ein förmlich

strategischer Aufmarsch längs der ganzen Linie des Abstimmungsgebietes, wobei das breite Zentrum das Arbeiterbataillon von Klagenfurt einnahm. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Objekte der Kärntentreuen während der Abstimmung zu schützen, auftretenden Prügelbanden energisch entgegenzutreten, um so die Stimmung unter den Kärntentreuen möglichst gut zu erhalten. Die Organisation klappte und speziell das Arbeiterbataillon aus Klagenfurt, ausschließlich aus Sozialdemokraten bestehend, löste vorbildlich und mustergiltig seine schwierige Aufgabe.

So verlief denn der Abstimmungstag, allen Prophezeiungen zum Trotze, ruhig und ungestört und, obwohl ganz Laibach nach dem Abstimmungstage voll Siegesfahnen hing, zum Vor-
teile für Kärnten.

Des Interesses wegen sei auch auf den folgenden Seiten 148 bis 152 ein auszugsweises Resultat der Volksabstimmung festgehalten.

* * *

In dieser für Kärnten denkwürdigen Zeit hatten sich einmütig die ganze Bevölkerung und vor allem anderen alle Parteien in den Dienst des Heimatlandes gestellt. Aber für jeden objektiv Denkenden war es klar, daß es dabei am meisten auf die größte der Parteien, das ist die sozialdemokratische, ankam. Sie vereinigte bei den der Abstimmung folgenden Nationalratswahlen besonders im Abstimmungsgebiete wie auch im übrigen Lande fast die Hälfte aller abgegebenen Stimmen auf ihre Kandidaten. Allerdings hatten hiebei die bürgerlichen Parteien ganz darauf vergessen, daß es den Sozialdemokraten zu verdanken war, daß die für Kärnten historisch so bedeutsame Zeit nur mit ihrer Hilfe für Kärnten glücklich verlaufen konnte. Und der Höhepunkt bürgerlicher Gesinnung war es jedenfalls, als bei diesen Nationalratswahlen das größte der Wahlplakate verkündete, daß der-

Distrikt A, Rosegg.

G e m e i n d e	Umgangssprache 1910		Stimm- berech- tigte	Volksabstimmung 1920 Abgegebene Stimmen				Ungiltige und nicht abge- gebene Stimmen
	Deutsch %	Slow. %		für Österreich		für Jugoslawien		
				absolut	%	absolut	%	
Augsdorf	5.4	94.6	651	262	43.2	344	56.8	45
Drau	50.6	49.4	389	252	64.1	141	35.9	4
Latschach	36.6	63.4	663	228	35.7	410	64.3	25
Ledenitzen	3.2	96.8	591	233	41.6	327	58.4	31
St. Jakob	10.2	89.8	1893	816	45.8	968	54.2	109
Rosegg	28.5	71.5	321	189	59.6	128	40.4	4
Summe	17.6	82.4	4508	1980	46.3	2318	53.7	210 ¹⁾

¹⁾ Davon 50 ungiltig.

Distrikt B, Ferlach.

Ebental	74.5	25.5	245	165	67.3	80	32.7	—
Feistritz i. R.	44.5	55.5	947	410	45.1	500	54.9	37
Ferlach	89.8	10.2	1708	1235	72.5	468	27.5	5
Keutschach	7.4	92.6	598	304	52.6	274	47.4	20
Köttmannsdorf	42.6	57.4	794	449	62.3	272	37.7	73
Ludmannsdorf	3.9	96.1	438	86	20.6	331	79.4	21
Maria-Rain	69.8	30.2	607	428	75.1	142	24.9	37
Maria-Wörth	57.7	42.3	375	248	68.1	116	31.9	11
Mieger	3.8	96.2	522	383	78.5	106	21.5	33
Oberdörfel	9.6	90.4	214	63	31.2	139	68.8	12
Radsberg	29.9	70.1	383	181	49.0	188	51.0	14
St. Margareten	7.5	92.5	607	291	51.1	279	48.9	37
Schiefeling	5.7	94.3	664	354	55.3	286	44.7	24
Unterferlach	34.2	65.8	558	315	58.3	225	41.7	18
Unterloibl	49.8	50.2	916	558	63.9	315	36.1	43
Viktring	84.5	15.5	910	703	82.3	152	17.7	55
Weizelsdorf	11.3	88.7	516	166	34.1	321	65.9	29
Windisch-Bleiberg	3.5	96.5	375	71	20.5	276	79.5	28
Zell	1.3	98.7	366	17	3.2	511	96.8	38
Summe	40.4	59.6	11943	6427	56.4	4981	43.6	535 ²⁾

²⁾ Davon 125 ungültig.

Distrikt C, Bleiburg.

G e m e i n d e	Umgangssprache 1910		Stimm- berech- tigte	Volksabstimmung 1920 Abgegebene Stimmen				Ungültige und nicht abge- gebene Stimmen
	Deutsch %	Slow. %		für Österreich		für Jugoslawien		
				absolut	%	absolut	%	
Bleiburg	88.2	11.8	562	414	75.3	136	24.7	12
Eberndorf	21.4	78.6	1625	985	66.1	505	33.9	135
Eisenkappel	73.6	26.4	612	381	67.8	181	32.2	50
Feistritz	0.9	99.1	1070	355	35.3	653	64.7	62
Gallizien	2.0	98.0	559	391	71.5	156	28.5	12
Globasnitz	1.6	98.4	708	314	46.2	366	53.8	28
Leifling	7.5	92.5	704	290	42.9	387	57.1	27
Loibach	11.9	88.1	681	286	45.1	348	54.9	47
Moos	2.2	97.8	807	115	15.0	650	85.0	42
Rückersdorf	5.5	94.5	997	607	65.0	327	35.0	63
St. Kanzian	14.0	86.0	701	358	54.6	298	45.4	45
Schwabegg	1.1	98.9	260	61	25.0	183	75.0	16
Sittersdorf	11.1	88.9	796	474	59.9	317	40.1	5
Vellach	3.2	96.8	1507	281	21.5	1029	78.5	197
Summe . .	15.5	84.5	11589	5312	49.0	5536	51.0	741 ³⁾

3) Davon 87 ungültig

³⁾ Davon 87 ungültig.

Distrikt D, Völkemarkt.

Diex	12.3	87.7	904	507	65.0	273	35.0	124
Grafenstein	50.1	49.9	968	832	88.1	112	11.9	24
Griffen	26.8	73.2	1786	1290	77.2	380	22.8	116
Haimburg	22.9	77.1	795	443	58.8	310	41.2	42
Lavamünd	96.9	3.1	768	717	92.9	55	7.1	4
St. Peter	5.6	94.4	627	347	58.0	251	42.0	29
Poggersdorf	45.4	54.6	726	574	81.1	134	18.9	18
Pustritz	99.7	0.3	674	634	96.8	21	3.2	19
Ruden	13.3	86.7	823	505	63.9	285	36.1	33
Tainach	24.7	75.3	324	269	85.9	44	14.1	11
Völkemarkt	80.6	19.4	1424	1154	83.5	229	16.5	41
Waisenberg	35.0	65.0	1423	1026	74.6	349	25.4	48
Gefängnis	—	—	9	8	—	1	—	—
Summe . .	43.6	56.4	11251	8306	77.2	2444	22.8	501.4)
Gesamtsumme der Zone „A“	31.4	68.6	39291	22025	59.04	15279	40.96	1987

4) Davon 70 ungültig.

jenige, der sozialdemokratisch wähle, ein „Volksverräter“ sei. Nun, die Sozialdemokratische Partei hat keinesfalls mit dem Dank der bürgerlichen Parteien gerechnet und die Motive ihres Handelns waren von höheren Zielen geleitet.

Es ist gewiß am Platze, gerade im heurigen Jahre, im Jahre der Zehnjahrfeier der Volksabstimmung, neuerlich zu verkünden, daß es in der damaligen gefahrvollen Zeit gerade die breite Masse des Volkes war, der das Hauptverdienst an der für uns glücklichen Volksabstimmung zukommt. Unter den Parteien dieser Zeit aber hatte die Sozialdemokratische Partei als die stärkste Partei des Landes die größte Verantwortung zu tragen und ihr Bestreben, unangebrachte Gewalt von außen zu bekämpfen, einen wichtigen Teil der deutschen Republik zu sichern und Versöhnung in diesem Lande anzubahnen, war jedenfalls von Erfolg begleitet.

DIE PROLETARIERFRAUEN UND DIE VOLKSABSTIMMUNG

Es ist nicht möglich, im Rahmen der vorliegenden Broschüre alle die körperlichen und seelischen Qualen zu schildern, die unsere Frauen zur Zeit der Abwehrkämpfe und der Volksabstimmung wieder erleben mußten. Nach den furchtbaren Schrecknissen des Weltkrieges noch einmal in blutigen Kampf ziehende Männer, Väter, Söhne, noch einmal sterbende Krieger, weinende Mütter, betende Kinder, wimmernde Waisen, noch einmal das Stöhnen, Knirschen und Aufschreien Verwundeter und zu Krüppeln Geschossener, noch einmal das Rattern der Maschinengewehre, der dumpfe Knall berstender Granaten, das Zischen der Schrapnells, das Leuchten brennender Gehöfte in dunkler Nacht.

Und vor der Volksabstimmung? Da wanderten die Frauen von Nachbarin zu Nachbarin, von Verwandtschaft zu Verwandtschaft, von Dorf zu Dorf, von Hütte zu Hütte und warben für die österreichische Republik, für das ungeteilte Kärnten, und in beredten Worten schilderten sie Österreichs Schönheiten, Österreichs Freiheiten, Österreichs Verbundenheit mit den arbeitenden Schichten des jungen Staates. Viele hundert namenlose Frauen haben so entscheidend mitgewirkt an dem günstigen Ergebnis der Volksabstimmung vom Jahre 1920.

Nicht selten standen Frauen unter dem Einflusse mächtiger Gewissenskonflikte. So soll folgende Begebenheit der Nachwelt erhalten bleiben: Ein altes, armes slowenisches Mütterchen bekam zur Zeit der Besetzung nicht selten Lebensmittel von den Jugoslawen. Hätte sie dieselben etwa nicht annehmen sollen bei der ungeheuren Lebensmittelnot, die damals überall herrschte? Ja, sie

nahm davon, so viel sie nur bekommen konnte, und versorgte sich selbst damit und gab auch ihren Söhnen und Enkeln davon ab. Aber das Mütterchen nahm auch Lebensmittel von österreichisch-deutscher Seite! Wie sollte sie nun stimmen? Sie überlegte lange, sehr lange, aber schließlich meinte sie: „Ich werde für die Jugoslawen beten und für die Sozialdemokraten (Österreich) stimmen!“

Gewiß war dies nicht die einzige Frau, die so dachte und so handelte, es waren ihrer viele. Nur so konnte Österreich gewinnen.

WARUM NICHT AUCH STEIERMARK EINEN ABWEHRKAMPF FÜHRTE

VON HANS LAGGER

In einigen Publikationen über die Kärntner Abwehrkämpfe wird mit einer gewissen Bitterkeit darauf verwiesen, daß das Kärntner Beispiel im Jahre 1918/19 so gar kein Verständnis und daher auch keine Nachahmung in Steiermark gefunden habe. Oberstleutnant Anton Fürnschließ gibt in seiner Broschüre „Der Kärntner Freiheitskampf im Lavanttal 1918/19“ der steirischen Landesregierung die Schuld, daß es nicht auch in Steiermark zu Abwehrkämpfen kam, und in Aufsätzen anderer Feuilletonisten konnte man sogar die Behauptung lesen, die Sozialdemokraten (wer denn sonst!) wären die Schuldigen an der Zurückhaltung der Steiermark gewesen.

Beide Behauptungen sind falsch. Die steirische Landesregierung war damals in der überwiegenden Mehrheit von Bürgerlichen gebildet und als Landeshauptmann fungierte der deutschnationale Advokat Dr. Kaan, der sich sehr häufig sogar als sehr radikalnational gebärdete. Einen sehr maßgebenden Einfluß in Steiermark hatte 1918/19 der deutschnationale Industriellenführer, Wirtschaftskommissär und Nationalrat Dr. Wutte; auch die beiden christlichsozialen Führer Dr. Rintelen und Dr. Ahrer machten sich damals schon sehr bemerkbar. Einspinner, der deutschnationale Vertreter des Gewerbe- und Handelsstandes, war Militärbevollmächtigter der Landesregierung. Als Landesbefehlshaber und Militärkommandant fungierte nach Abgang des Feldmarschalleutnants Lukas in den ersten Novembertagen des Jahres 1919 der Generalmajor Reisinger.

Von den Sozialdemokraten wurden Dr. Eisler und Resel viel genannt.

Ich hatte in der Zeit des Frontenzusammenbruches die Aufgabe übernommen, Arbeiterbataillone in Graz zu gründen und mit diesen die militärischen Sicherungen der Bahnhöfe, Lagerhäuser und anderer wichtiger Objekte zu schaffen sowie den Rückzug der Fronttruppen in Steiermark in möglichst gute Bahnen zu lenken und zu überwachen. Als Bataillonsführer der Arbeiter zu einer Zeit, als es mit Ausnahme einiger weniger Studentenkompagnien keinerlei sonstige Sicherungstruppen gab, hatte ich natürlich oft Gelegenheit, mit den Funktionären der steirischen Landesregierung, insbesondere mit dem Militärbevollmächtigten Resel, zu sprechen und zu verhandeln. Einmal kam Resel zu mir in die Kaserne (Andräsche) und erklärte: „Machen Sie sofort Ihr Bataillon marschbereit; stellen Sie noch ein zweites, drittes, stellen Sie raschestens viele solcher Bataillone auf, wir wollen gegen Marburg marschieren! Ich kann doch als Abgeordneter von Marburg unmöglich zusehen, wie diese Stadt von den Jugoslawen besetzt wird!“

In kurzer Zeit wuchsen auch schon ein zweites Bataillon und zwei Alarmbataillone heran und schon hatte ich Verbindung hergestellt mit den großen Industriezentren der Mittel- und Obersteiermark. Aber inzwischen kam Resel wieder zu mir und mit gesenktem Kopf und gläsernen Augen sprach er lakonisch die Sätze: „Wir dürfen nicht! Der Waffenstillstand verbietet uns den Kampf mit Ententetruppen!“ Und als ich den Einwurf machte: „Die Kärntner kümmern sich nicht um den Waffenstillstand!“, da sagte er: „Ja, in Kärnten sind ganz andere Verhältnisse; da gibt es keine so scharfe nationale Abgrenzung wie bei uns in Steiermark. In Kärnten führen den Kampf die Bauern und Arbeiter draußen in den Dörfern der gemischtsprachigen Gegenden; bei uns in Steiermark ist in den ‚Windischen Büheln‘ mit ihrer streng jugoslawisch orientierten Bevölkerung ein Kampf gegen die Jugoslawen nicht möglich und die deutschen Städte und Orte, wie Marburg, Cilli und wie sie alle heißen, sind von den slawischen Land-

bewohnern eng umklammert und zudem durch starke serbische Truppenkontingente besetzt. Nur eine Volksabstimmung wie in Kärnten, nicht ein regulärer Krieg, den wir nicht führen können und nicht führen dürfen, hätte Aussicht auf Erfolg, das Unterland gegebenenfalls zurückzugewinnen.“

Resel kam noch oft und immer wieder sprach er von seinem geliebten Marburg und immer wieder verwies ich auf das Kärntner Beispiel.

Am 27. Jänner 1919 kam nun die Nachricht von Marburg, daß die Deutschen dieser Stadt eine Kundgebung, an der etwa 18.000 bis 20.000 Personen, Männer, Frauen, Kinder, teilnahmen, anläßlich des Eintreffens einer amerikanischen Studienkommission veranstaltet hatten. Es kam zu einem Zwischenfall, die jugoslawische Militärwache wurde avisiert. Diese richtete ein entsetzliches Blutbad an, indem sie blindwütend planlos herumschoß. Viele Tote und Verwundete lagen auf dem Platz herum.

Der „Arbeiterwille“ vom 29. Jänner 1919 schrieb darüber an leitender Stelle unter „Eine feige Untat“ unter anderem folgendes:

„Das in Marburg vergossene Blut wird hoffentlich gute Früchte tragen. Wilson hat eine ernste Mahnung an alle Völker gerichtet, die durch Gewaltmaßnahmen bei der Besetzung fremder Gebiete das Selbstbestimmungsrecht der Einwohner dieser Gebiete zu unterdrücken suchen. In Marburg ist nun die Unterdrückungspolitik der Jugoslawen aller Welt offenkundig geworden. Alle Welt sieht nun, daß die jugoslawischen Machthaber ihre Krallen nach fremdem Gut ausstrecken . . .“

Aber auch die steirische provisorische Landesversammlung hat zu den Vorfällen in Marburg Stellung genommen und in der denkwürdigen Sitzung vom 28. Jänner 1919 erklärte der Sozialdemokrat Suppanz im Namen der deutschen Arbeiterschaft Marburgs u. a. folgendes:

„In der Überzeugung, daß die deutschen Arbeiter Marburgs, die den größten Teil der deutschen Einwohner bilden, mit Recht verlangen dürfen, ehestens von der Unterdrückung durch die derzeitigen jugoslawischen Machthaber befreit zu werden, erklären wir es als unerläßlich, daß von dem nächstgelegenen nichtslawischen Ententekommando eine unparteiische Untersuchung über diesen furchtbaren Vorfall eingeleitet, unverzüglich Maßnahmen zur Verhütung weiterer Gewalttaten der jugoslawischen Regierung und ihres Militärs ergriffen werden und für eine entsprechende Entschädigung der Opfer dieser Gewalttat Vorsorge getroffen werde. Wir verlangen, daß der vergewaltigten Bevölkerung Marburgs volle Sühne zuteil werde.“

Genosse Resel teilte mir auch mit, daß sehr ernste Beratungen mit den damals maßgebenden führenden Militärs des Militärkommandos gepflogen wurden, daß aber alle militärischen Fachleute von einem regulären Kampf abgeraten hätten, da ein solcher bei den gegebenen Stärkeverhältnissen nicht nur völlig erfolglos, sondern für Steiermark und ganz Österreich voraussichtlich militärisch und politisch sogar katastrophal werden könne.

Ich konnte so die Überzeugung gewinnen, daß unsere Partei in Steiermark nichts unversucht ließ, um wenigstens Teile der Untersteiermark für Österreich zu gewinnen. Sie hat in allen darauf bezughabenden Fragen mit den bürgerlichen Parteien des Landes volle Solidarität geübt. Die eigenartigen wirtschaftlichen, nationalen, politischen, auch kulturellen und sozialen Verhältnisse des steirischen Unterlandes ließen einen Abwehrkampf im Kärntner Sinne nicht aufkommen und so mußten das Becken von Marburg und mit ihm alle Landesteile südlich davon für Österreich verlorengehen. Die deutschen Steirer, welcher Partei sie immer angehören mögen, keiner hat dies so gewollt, keiner so gewünscht und keiner hat wohl mit dem Verlust gerechnet. Es ist töricht und sicher auch ungerecht, jetzt hinterher

Vorwürfe zu konstruieren. Der Steirer ist sicher nicht weniger Landespatriot als der Kärntner.

* * *

Politisch beruhte die Durchsetzung der Volksabstimmung in Kärnten wohl auf der italienisch-jugoslawischen Spannung, die insbesondere zur Zeit des Kampfes um Fiume und um die Teilung Dalmatiens sehr scharf war. Der damalige Staatssekretär für Äußeres Dr. Otto Bauer hat in seinem Buche „Die österreichische Revolution“, (Wien 1923,*) in einer sehr lebendigen und schlagenden Art dargelegt, wie er damals der italienischen Regierung sehr weitgehende Angebote machte, um einerseits für Südtirol und andererseits für Kärnten und Südsteiermark möglichst viel zu erreichen. Die Verhandlungen vermochten zwar Südtirol nicht zu retten, sicherten aber die Unterstützung Italiens in der Kärntner Frage. Die Möglichkeit dieses politischen Erfolges beruhte auf dem strategischen Interesse Italiens, das Drautal nicht in jugoslawische Hände fallen zu lassen. Ein gleiches Interesse an der Untersteiermark hatten die Italiener nicht.

In Kärnten hatte man es zunächst nur mit den schwachen, militärisch schlecht ausgerüsteten und minderwertigen Truppen des Generals Majster zu tun und erst später mit serbischen Kräften. Einen Krieg in größerem Stil mit regulären serbischen Truppen konnte die serbische Regierung aus Rücksicht auf Italien nicht führen. Anders war die Lage in Steiermark. Ein Angriff der Steirer auf Marburg wäre gewiß mit einem Vorstoß starker serbischer Kräfte auf Graz beantwortet worden und hätte damit zum völligen Zusammenbruch unserer jungen Republik geführt. In Kärnten konnten wir auf eine starke Rückendeckung durch das damalige strategisch stark interessierte Italien rechnen, für Steiermark kam dieser Umstand nicht in Frage.

*) Verlag Wiener Volksbuchhandlung.

So ist die verschiedene Stellungnahme der Kärntner und der Steirer zur Zeit der Grenzbildung im Süden unseres Staates auch aus den großen politischen Zusammenhängen und Vorkommnissen der damaligen Zeit zu erklären und daher haben — auch rein politisch genommen — jene unrecht, die behaupten, es wäre dem Belieben einzelner verantwortlicher Personen in unseren österreichischen Ländern anheimgestellt gewesen, einen Abwehrkampf zu führen oder ihn nicht zu führen.

Splitterchen werden in der Regel im Riesenrade des Weltgeschehens unbemerkt zermalmt; uns Kärntnern hat 1920 ein guter Stern die Beachtung großer Völker gebracht; wir haben diese Zeit zu nutzen gewußt. Die Stimmen unserer Arbeiter und Bauern, Handwerker und Angestellten, die Stimmen aller unserer Männer und Frauen im südlichen Kärnten, sie brachten uns den Sieg; nicht den Sieg der Gewalt, sondern den der Überzeugungstreue, der Vernunft, der Freiheitsliebe und des edlen Wettbewerbes um die Seelen von Menschen. Daß solche Siege gefeiert werden, ist gewiß verständlich. Niemand, am wenigsten unsere slowenischen Arbeitsbrüder sollen sich darob verletzt fühlen. Wir bleiben, was wir waren, und bleiben, was wir sind, ob sich nun die einen zu den Deutschen, die anderen zu den Slowenen zählen: Brüder, Freunde und Genossen!

DRUCKFEHLERBERICHTIGUNG.

Auf Seite 25, und zwar 8. Zeile von unten, soll es statt
„friedliche“ Abteilung heißen: „f e i n d l i c h e“ Abteilung.



